

Die Politische Meinung

POM 24/II, 12 €

Nr. 585, 69. Jahrgang

ISSN 0032-3446

politische-meinung.de



Leistung
Wozu
anstrengen?

Burnout-Deutschland, allenthalben mehren sich die Zeichen kollektiver Zerknirschtheit.

Industrie, Bau oder Gewerbe im Stillstand, Landwirte im Aufstand. Unternehmen investieren woanders; die deutsche Tech-Szene trifft sich in Palo Alto. In keinem OECD-Staat wird weniger gearbeitet, aber es grassiert eine „Erschöpfungsepidemie“: Noch nie stieg die Zahl der Fehltage wegen psychischer Belastungen auf diese Höhen. Nach wiederholten PISA-Schocks ist Resignation eingetreten, und Eltern sind immer häufiger am Limit, weil die Kinderbetreuung nicht verlässlich funktioniert. Alle sind im Stress, aber nichts geht richtig voran. Wie kommt das Land aus dem Hamsterrad?

Auf die Regierung kann man nicht zählen. Im Dauerclinch der Koalitionäre ist sie selbst Symptom deutscher Krisenpermanenz. Ihre Zeitenwende braucht viel zu viel Zeit, „Scholzing“ statt Tatkraft! Durchsetzungswille herrscht allein in Tarifkonflikten. Dass fast bis auf das Messer um Arbeitszeitverkürzungen gerungen wird, sagt viel über die mentale Verfasstheit aus. Schon die Zwänge des Arbeitskräftemangels müssten in die andere Richtung weisen. Mehr noch geht es um die Erkenntnis, dass der „Erschöpfungsgesellschaft“ (Hartmut Rosa) nicht zu enttrinnen ist, indem man sich ihr unterwirft.

Die Frage, die nach dem Zweiten Weltkrieg am Anfang der Sozialen Marktwirtschaft stand, stellt sich heute neu: Wozu anstrengen? Im Leistungsprinzip fand man damals den Zündmechanismus, um ungeahnte Energien freizusetzen. Leistung *reloaded* – kann das der Booster aus der Erstarrungsmisere sein?

Manche halten den Leistungsbegriff für angegraut. In Schulen und Universitäten spricht man von Kompetenzen. Allein beim Sport kommt zu Bewusstsein, dass Anstrengung nicht nur zu Verausgabung führt, sondern auch ein fortwährender Antrieb sein kann. Wenig ist gewonnen, wenn Manager vom hohen Ross aus auf mehr Leistung pochen. Vielmehr müssten sie selbstkritisch fragen, warum die Beschäftigten ihren Arbeitsalltag zunehmend als sinnlos und nervtötend erfahren.

Mangelnde Leistungsmotivation zählt zu den ausgemachten Schwächen des Landes. Ihre Problematik weist über den ökonomischen Bereich hinaus und ist sogar eine Quelle politischen Unmuts. „Das Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung hat eine ausgeprägte Leistungskomponente“, so das Allensbach-Institut. Die Mittelschicht und die schwächeren sozialen Schichten seien mehrheitlich überzeugt, dass „diejenigen, die sich anstrengen und viel arbeiten, die Dummen sind“. Wer will schon zu den Dummen gehören?

Ihr Bernd Löhmann

Suche nach Regeneration.

Foto: © Nils Stelte, Serie „Renaissance“

1 Editorial

Thema:
Leistung – wozu anstrengen?

18 Versprechen gebrochen?

Maximilian Stockhausen

Wohlstand und soziale Durchlässigkeit durch Arbeit und Leistung

23 Ausstieg aus der Abwärtsspirale

Carsten Linnemann

Für einen Sozialstaat, in dem sich Leistung wieder lohnt

27 Gut angelegt?

Luise Hölscher

Steuern und Staatsleistungen im internationalen Vergleich

32 Wer erhält Leistungen des Sozialstaats?

Felicitas Schikora

Eine Übersicht

39 Mehr Mut zur Leistung

Stefan Düll

Forderungen des Deutschen Lehrerverbandes

44 Interview: Urbiologischer Antrieb

Sportwissenschaftler Ingo Froböse über Leistung im Sport

50 Das böse L-Wort

John von Duffel

Ein Babyboomer über den Abschied von der Leistungsgesellschaft

55 Weniger Arbeit, mehr Freizeit?

Friedericke Hardering

Neue Perspektiven auf Generationenunterschiede und Arbeitsorientierungen

59 Bloß keine Nachfragen

Judith Muster,

Andreas Hermwille

Drei Perspektiven auf Effizienzprogramme

64 Das Wirtschaftswunderwort

Wolfgang Tischner

Leistung und individuelle Verantwortung in Programmatik und Wahlkämpfen der Union

75 Opa soll es einmal besser haben?

Regina Görner

Anmerkungen zu Leistungsperspektiven im Generationenvertrag

82 Das meritokratische Prinzip

Matthias Oppermann

Ohne „natürliche Aristokratie“ stirbt die Demokratie

Perspektive „Zukunft“

71 Ein neues Leistungsversprechen

Fabian Gramling,

Maximilian Mörseburg

Wie Deutschland wieder zurück auf die Erfolgsspur kommt

Europa vor den Wahlen

112 Interview: „Europa kann schneller und besser werden“

Lena Düpont, Mitglied der EVP-Fraktion, über das Entwicklungspotenzial der Europäischen Union und die Wahl zum Europäischen Parlament

Erinnert

88 „Living Instrument“

Judith Froese

Zur Integrationskraft unserer Verfassung und zu ihrer Zukunftstauglichkeit

Ausgezeichnet

92 „Critical Germanness“

Michael Braun

Die Schriftstellerin Ulrike Draesner ist Trägerin des Literaturpreises der Konrad-Adenauer-Stiftung 2024

Impulse

98 Genau gesagt

Kaltërina Latifi

Oder: (Un-)Schärfen der Sprache

103 Importiert, islamisiert, integriert

Andreas Jacobs

Geschichte und Gegenwart des Antisemitismus unter Muslimen

108 Prozess der Heilung?

Christoph Plate

Europäische Restitution und afrikanische Museen

Gelesen

118 Standort Deutschland in Gefahr

Miriam Siemes

Was zu tun ist und was man unterlassen sollte. Eine Publikation der Stiftung Marktwirtschaft

122 Kampf um die globale Macht

Helmut L. Müller

China als neuer Gegenspieler des demokratischen Westens. Eine Sammelrezension

126 Aus der Stiftung

Leistung

Wozu anstrengen?

Gerastertes Toastbrot Über Leistung und Alltag



© Andreas Meichsner, DIN EN 60442
aus der Serie „The Beauty of Serious Work“

Wirtschaftstheoretisch sind Gebrauchsgüter produzierte Leistungen. Ob sie technischen Qualitätsanforderungen entsprechen, ermittelt der TÜV. Der Berliner Fotograf Andreas Meichsner hat in der Serie „The Beauty of Serious Work“ ausgeklügelte Testvorgänge dokumentiert.

Zu sehen sind Menschen in kolossalen Laboren, an profanen Arbeitsstätten oder improvisiert nur auf einem Parkplatz. Gänzlich unprätentiös, allerdings mit unbedingter Gewissenhaftigkeit, gehen sie ihrem Prüfauftrag nach. Wenn etwa Toastbrote gerastert werden, wirkt die Akribie für Außenstehende mindestens sonderbar.

In diesen Tests erscheint das Leistungsprinzip ernüchternd trivial. Wer es genau bedenkt, könnte jedoch gerade in der meist unbemerkten Alltagstauglichkeit eine seiner größten Stärken entdecken.



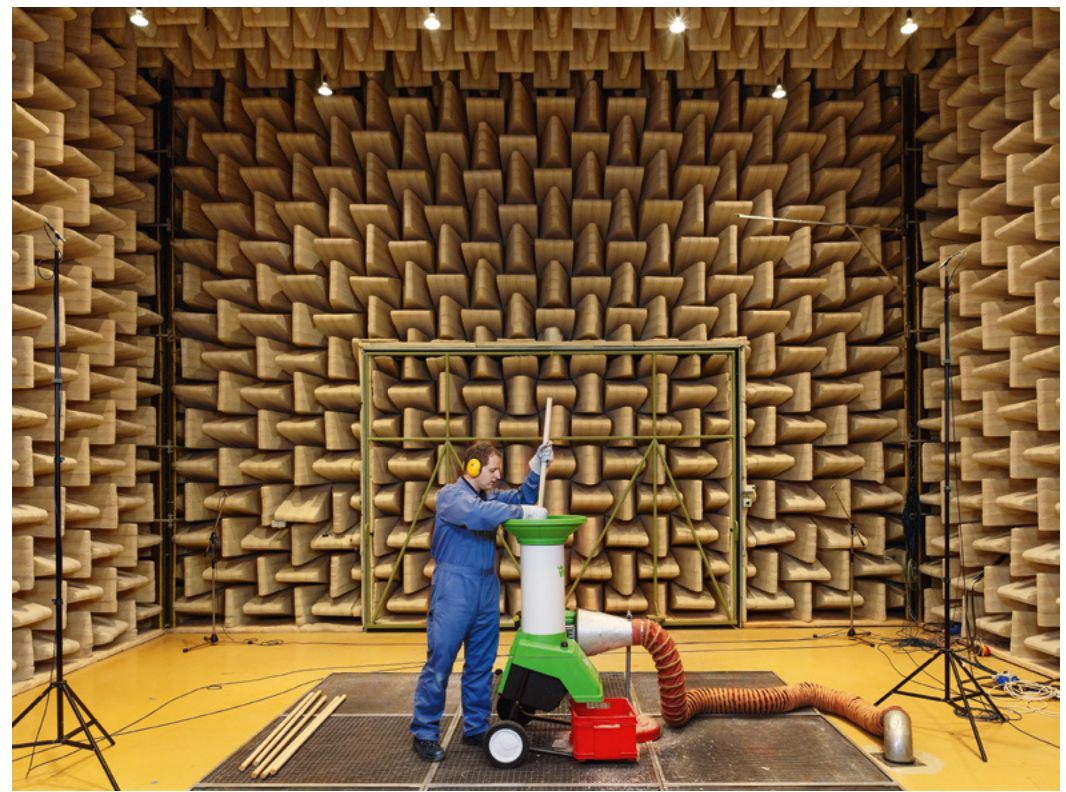
DIN ISO 16000-9, rechte Seite: DIN EN ISO 8442-1,
folgende Doppelseite: DIN EN 55014-1







2 PFG 1048, linke Seite: DIN EN 50304, DIN EN 60350



DIN ISO 3744, linke Seite: DIN EN 55014-1



2 PFG 899, linke Seite: DIN EN 60335-2-54



DIN EN 1725, rechte Seite: EK2 32-10



Versprechen gebrochen?

Maximilian Stockhausen
Geboren 1978 in Berlin, promovierter Volkswirt, Senior Economist für Soziale Sicherung und Verteilung, Hauptstadtbüro Berlin des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW).

Wohlstand und soziale Durchlässigkeit durch Arbeit und Leistung

Ludwig Erhards Versprechen vom „Wohlstand für alle“ stammt aus einer Zeit, in der sich Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg wirtschaftlich und gesellschaftlich neu aufstellen musste. Die Soziale Marktwirtschaft mit ihren fundamentalen Prinzipien

(Preisstabilität, freier Wettbewerb) war in der Bevölkerung weniger gefestigt als heute und stand im Systemwettbewerb mit der staatsdirigistischen Planwirtschaft im Ostblock. Doch sie bewährte sich und ließ den freien Teil Deutschlands zu einer der führenden Industrienationen aufsteigen. Anfang der 1960er-Jahre herrschte Vollbeschäftigung, und die materielle Existenzgrundlage weiter Teile der Bevölkerung war nach den Entbehrungen der Nachkriegsjahre gesichert.¹

Bis heute hat sich der Wohlstand weiter vermehrt. Richtig ist aber auch, dass ein Teil des hinzugewonnenen Wohlstands des letzten Jahrzehnts durch die aktuellen Krisen verloren gegangen ist. Der durch den Angriff Russlands auf die Ukraine ausgelöste Preisschock verdeutlicht, dass Erhard der Preisstabilität zu Recht einen hohen Stellenwert einräumte. Inflation reduziert Wohlstand in kürzester Zeit. Das real

¹ Ludwig Erhard: Wohlstand für alle, Anaconda Verlag, Köln 2009 (Erstausgabe 1957).

² Eigene Berechnungen auf Basis der Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und des nationalen Verbraucherpreisindex.

³ Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Der Sechste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin 2021, S. 46, S. 496 ff.

⁴ Maximilian Stockhausen/Kai Maiworm: Wohlstand für alle? Inklusives Einkommenswachstum vor Corona. IW-Verteilungsreport 2021, IW-Report, Nr. 36, Berlin 2021.

⁵ Die Armutsgefährdungsquote erfasst den Anteil der Personen mit weniger als sechzig Prozent des mittleren Nettoäquivalenzeinkommens.

⁶ Rolf Kleimann et al.: Analyse der Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland. Begleitforschung zum Sechsten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin 2019, S. 259 ff.

⁷ Maximilian Stockhausen: Einstellungen zur sozialen Mobilität. IW-Verteilungsreport 2023, IW-Report, Nr. 58, Berlin 2023.

verfügbare Einkommen der privaten Haushalte liegt nun wieder auf dem Niveau von 2018/19.² Das ist jedoch nicht das Ende des deutschen Wohlstandsversprechens: Die Beschäftigung ist hoch, die Arbeitslosigkeit gering, und viele Luxusartikel der Vergangenheit sind heute selbstverständliche Standardausstattung fast aller Haushalte.³ Technologischer Fortschritt, inklusives Wirtschaftswachstum und die menschliche Schaffenskraft waren und sind dafür die Basis.

Bis zum Ausbruch der Corona-Pandemie gab es in Deutschland zudem eine lange Periode inklusiven Wirtschaftswachstums mit ähnlich hohen Wachstumsraten entlang der gesamten Einkommensverteilung, wobei die Einkommen aus selbstständiger und abhängiger Beschäftigung mit fast zwei Dritteln weiterhin die wichtigste Einkommensquelle der Privathaushalte bilden. Die Verteilung der verfügbaren Haushaltseinkommen (Nettoeinkommen nach Steuern, Abgaben und Transferleistungen inklusive Rentenzahlungen) ist seit 2005 weitgehend unverändert geblieben, wenn auch das Niveau der Ungleichheit höher ist als in den 1990er-Jahren.⁴ Ein Grund dafür, dass die Ungleichheit der verfügbaren Einkommen – anders als die der Markteinkommen oder Bruttostundenlöhne vor der Corona-Pandemie – nicht nennenswert gesunken ist, liegt in der Zuwanderung. Begleitstudien zum *Sechsten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung* zeigen mithilfe kontrafaktischer Verteilungsanalysen für den Zeitraum von 2005 bis 2016, dass die positive Beschäftigungsentwicklung für sich genommen die Ungleichheit der verfügbaren Haushaltseinkommen verringert hätte. Auch die Entwicklung der relativen Armutsgefährdungsquote⁵ war davon beeinflusst, da seit 2010 viele Menschen mit wenig Einkommen und Vermögen zugewandert sind.⁶ Wie sich die aktuell hohen Preise auf diese Indikatoren ausgewirkt haben, ist Gegenstand aktueller Forschung.

Gesellschaftlicher Aufstieg durch eigene Leistung

Angesichts der Unsicherheiten während der Corona-Pandemie ist es umso bemerkenswerter, dass die Deutschen auch im Jahr 2021 noch äußerst optimistisch auf ihre eigene wirtschaftliche Situation und persönliche finanzielle Zukunft blickten und die allgemeine Lebenszufriedenheit der Menschen in Ost und West kaum zurückgegangen ist (2019 befand sie sich auf einem Hochpunkt seit der Wiedervereinigung). Die Mehrheit der Bevölkerung war 2021 überzeugt, dass es den eigenen Kindern in Zukunft besser gehen werde.⁷ Auf einer Skala von 1 (schlechteste Stellung in Bezug auf Bildung, berufliches Ansehen und Einkommen) bis 10 (beste Stellung in den drei genannten Dimensionen) sollten sich die Befragten erst selbst einordnen und dann die künftige Position ihrer

Kinder bestimmen, wenn diese im gleichen Alter sind wie sie selbst zum Befragungszeitpunkt. Über alle betrachteten gesellschaftlichen Gruppen hinweg zeigte sich ein grundlegender Optimismus mit Blick auf die eigene künftige soziale Stellung. 84 Prozent der Befragten rechneten damit, dass es ihren Kindern einmal mindestens gleich gut (36 Prozent) oder sogar besser (48 Prozent) gehen wird.

Menschen mit geringem Bildungsniveau waren besonders zuversichtlich und schätzten ihre Aufstiegschancen deutlich größer ein als im Bevölkerungsdurchschnitt. Mit Blick auf ihre Kinder waren sie noch optimistischer. Hingegen ordneten sich Menschen mit Migrationshintergrund etwas niedriger ein als solche ohne, versprechen sich allerdings einen besonders großen sozialen Aufstieg. Und mehr noch: Die Menschen in Deutschland glauben an den gesellschaftlichen Aufstieg durch eigene Leistung und handeln in dem Bewusstsein, dass Anstrengung und Fleiß zu den wesentlichen Erfolgsfaktoren gehören. Auch gute Fachkenntnisse auf einem Spezialgebiet oder Begabung und Intelligenz werden als entscheidend für den gesellschaftlichen Aufstieg erachtet. Aus der „richtigen“ Familie zu stammen, erachten hingegen nur 37 Prozent der Befragten als notwendige Voraussetzung für Erfolg und Aufstieg. Die Ergebnisse zeigen, dass der Leistungsgedanke als ein Eckpfeiler der Sozialen Marktwirtschaft noch immer tief im Bewusstsein der Deutschen verwurzelt ist.

Belegt ist, dass das Elternhaus prägend für die Entwicklung eines Kindes ist und neben Kindergärten und Schulen Einfluss auf den Lebenserfolg hat. Weniger eindeutig ist jedoch die Antwort auf die Frage, ob der Erfolg stärker von angeborenen Faktoren oder vom Lebensumfeld der Kinder abhängt. Chancengleichheit würde dann bestehen, wenn ausschließlich die persönlichen Anstrengungen eines Kindes und nicht seine Herkunft maßgeblich für dessen späteren Erfolg sind.⁸ Für Deutschland wissen wir aufgrund der unzureichenden Datenlage noch immer verhältnismäßig wenig über den tatsächlichen Grad der sozialen Durchlässigkeit zwischen den Generationen (intergenerationale Einkommensmobilität). So haben die meisten Studien bislang vor allem den Grad des Zusammenhangs zwischen den Lebensarbeitseinkommen von westdeutschen Vätern und ihren Söhnen untersucht, da für diese Gruppe in der Langzeitbefragung *Sozio-oekonomisches Panel* (SOEP) die Einkommen seit 1984 beobachtet werden können.⁹ Zudem haben Männer in der Vergangenheit nahezu durchgehende Erwerbsbiographien aufgewiesen und fast ausschließlich in Vollzeit gearbeitet, sodass man aus relativ wenigen Einkommensbeobachtungen zur Mitte des Erwerbslebens bereits eine gute Annäherung an die Lebensarbeitseinkommen erzielen kann.

Bei Frauen ist dies durch häufigere Erwerbsunterbrechungen aufgrund von Geburten und Kindererziehungszeiten sowie einer insgesamt

8 Miles Corak: „Do Poor Children Become Poor Adults? Lessons from a Cross-Country Comparison of Generational Earnings Mobility“, in: *Research on Economic Inequality*, 13. Jg., IZA Discussion Paper Nr. 1993, Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit, Bonn 2006, S. 143-188.

9 Paul Hufe/Andreas Peichl/Daniel Weishaar: *Intergenerationelle Einkommensmobilität: Schlusssicht Deutschland?*, ifo Schnelldienst, 71. Jg., Nr. 20, München 2018.

10 Maximilian Stockhausen: „Like father, like son? A comparison of absolute and relative intergenerational labour income mobility in Germany and the US“, in: *Journal of Economic Inequality*, 19. Jg., Nr. 4/2021, S. 667-683.

11 OECD-Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: *A Broken Social Elevator? How to Promote Social Mobility*, OECD Publishing, Paris 2018.

12 Maximilian Stockhausen: *Ist der Traum vom sozialen Aufstieg ausgeträumt?*, IW-Kurzbericht, Nr. 48, Köln 2018.

geringeren Erwerbsbeteiligung in der Vergangenheit schwieriger gewesen. Die Ostdeutschen kamen demgegenüber mit anderen Erwerbsbiographien aus vierzig Jahren Sozialismus in den gesamtdeutschen Arbeitsmarkt der 1990er-Jahre und sind daher nicht mit ihren Kindern vergleichbar, die im vereinten Deutschland ihr Erwerbsleben verbrachten. Bruttoarbeitseinkommen werden betrachtet, da diese ein gutes Maß für die individuelle Leistungsfähigkeit einer Person am Arbeitsmarkt sind, während beispielsweise das verfügbare Haushaltseinkommen nicht nur von der Haushaltsgröße und -zusammensetzung, sondern auch von veränderten Steuer- und Abgabenlasten sowie öffentlichen Transferleistungen abhängt. Natürlich beeinflussen diese Faktoren auch die Höhe der Arbeitseinkommen und die individuelle Arbeitsangebotsentscheidung, allerdings nur in einem geringeren Maß. Und es sollte auch nicht übersehen werden, dass wertvolle Arbeit fernab des Arbeitsmarkts in Form von Haus- und Sorgearbeit erbracht wird.

Berufliche Selbstständigkeit und soziale Durchlässigkeit

Dies alles im Hinterkopf, kann gezeigt werden, dass rund zwei Drittel der westdeutschen Söhne der Geburtsjahrgänge von 1955 bis 1975 ein höheres Lebensarbeitseinkommen erzielen konnten als ihre Väter (absolute Einkommensmobilität).¹⁰ Gerade Söhne von Vätern aus den unteren Einkommensbereichen konnten häufiger ein deutlich höheres Arbeitseinkommen erzielen. Die Inflation wurde dabei herausgerechnet und reale Einkommensgrößen zwischen den Generationen verglichen. Aber auch bei der relativen Einkommensmobilität, die als Gradmesser für Chancengleichheit genutzt wird, zeigt sich Deutschland in einer guten Mittelfeldposition im Vergleich der Industrieländer. So kommen die meisten Studien der vergangenen Jahre zu dem Ergebnis, dass zwischen zwanzig bis vierzig Prozent der Einkommensungleichheit unter den Eltern auf die Kinder übertragen werden. In den skandinavischen Ländern, die oftmals als Vorbilder für Chancengleichheit gelten, sind es eher zwanzig Prozent. In den USA liegt der Wert bei rund fünfzig Prozent. Überraschend fielen zuletzt die Ergebnisse der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (*Organisation for Economic Co-operation and Development*, OECD) aus,¹¹ die Deutschland ein besonders schlechtes Zeugnis bezüglich der sozialen Durchlässigkeit ausstellte. Allerdings zeigte sich schnell, dass es sich hierbei um einen Ausreißer handelte, der auf die Nichtberücksichtigung der selbstständig Beschäftigten zurückzuführen war.¹²

Die darauffolgende Diskussion hat sich als wertvoll erwiesen, denn so wurde der besondere Wert der beruflichen Selbstständigkeit für

die soziale Durchlässigkeit in Deutschland aufgedeckt.¹³ Sie trägt in besonderem Maße zur Innovation, Produktivität und Beschäftigungsvielfalt in Deutschland bei und bietet Menschen aus allen sozialen Schichten die Möglichkeit, ihren eigenen Weg zu gehen und gesellschaftlich aufzusteigen. So zeichnen sich selbstständige Beschäftigungsverhältnisse im Durchschnitt durch eine höhere Einkommensdynamik gegenüber abhängigen Beschäftigungsverhältnissen aus. Darüber hinaus verfügen Selbstständige heute häufiger über ein höheres Bildungsniveau als abhängig Beschäftigte, was in den 1980er-Jahren noch nicht in gleichem Maß der Fall war. Im internationalen Vergleich fällt dabei das durchschnittliche Qualifikationsniveau deutscher Selbstständiger vergleichsweise hoch aus. Hingegen sind die Unterschiede im Qualifikationsniveau zwischen Selbstständigen mit Beschäftigten und ohne Beschäftigte in Deutschland auf hohem Niveau gering, wenngleich der Anteil mit höheren beruflichen Bildungsabschlüssen unter Selbstständigen mit Beschäftigten tendenziell etwas höher ausfällt als bei Solo-Selbstständigen. Gleichzeitig ist innerhalb der Selbstständigen eine größere Einkommensspreizung zu beobachten als unter allen Erwerbstätigen. Der positive Effekt der Selbstständigkeit auf die Arbeitseinkommensmobilität ist dann besonders stark ausgeprägt, wenn Väter und Söhne jeweils überwiegend unterschiedlichen Erwerbsarten nachgingen.

Wettbewerb ist die Wurzel des sozialen Aufstiegs

Allerdings muss auch berücksichtigt werden, dass die höhere Einkommensdynamik bei größerer Spreizung der Einkommen nicht nur durch wirtschaftlichen Erfolg entstehen kann, sondern auch durch Misserfolg. In beiden Fällen kann Einkommensmobilität innerhalb und/oder zwischen den Generationen das Ergebnis sein. Angesichts dessen kann man sich auch die Frage stellen, ob ein höheres Maß an Einkommensmobilität in jedem Fall erstrebenswert sein muss. So kann mehr Mobilität innerhalb und zwischen den Generationen auch gleichbedeutend für ein weniger stabiles soziales Gefüge sein – vorausgesetzt, dass dabei gleichzeitig das absolute Wohlstandsniveau für alle steigt, was wir in den 2010er-Jahren beobachten konnten.

Und doch gilt am Ende: Wer die soziale Durchlässigkeit in Deutschland stärken möchte, ist gut beraten, selbstständiges Unternehmertum und den freien Wettbewerb in Deutschland zu stärken. Schon Ludwig Erhard wusste: „Das Wettbewerbsprinzip ist die Wurzel des sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufstiegs überhaupt und besitzt darum Gültigkeit nicht etwa nur für die Schicht der Unternehmer, sondern für die Angehörigen alle Berufe.“¹⁴

¹³ Maximilian Stockhausen: „Berufliche Selbstständigkeit. Ein wichtiger Faktor für die soziale Durchlässigkeit in Deutschland“, in: IW-Trends, 49. Jg., Nr. 3/2022, S. 89-109.

¹⁴ Ludwig Erhard, a. a. O., siehe Rn. 1.

Ausstieg aus der Abwärtsspirale

Carsten Linnemann
Geboren 1977 in Paderborn, promovierter Volkswirt, Mitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, seit 2023 Generalsekretär der CDU Deutschlands.

Für einen Sozialstaat, in dem sich Leistung wieder lohnt

Jeder Mensch hat Vorbilder im Leben. Zu meinen gehört seit Studienzeiten Ludwig Erhard.

Der Mann mit der Zigarre, der Vater der Sozialen Marktwirtschaft, der die Prinzipien dieser Lehre gegen erhebliche Widerstände umsetzte und damit die Grundlage für Wohlstand schuf. Von diesem Mann sind viele beeindruckende Zitate überliefert. Eins davon lautet: „Nichts ist in der Regel unsozialer als der sogenannte ‚Wohlfahrtsstaat‘, der die menschliche Verantwortung erschaffen und die individuelle Leistung absinken lässt.“

Dieses Zitat kam mir vor rund acht Jahren in einem Gespräch mit dem ehemaligen sächsischen Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf in den Sinn. Kurt Biedenkopf kannte Ludwig Erhard noch persönlich, und er berichtete etwas von seiner letzten Begegnung mit ihm, das mich

nicht mehr losließ: Ludwig Erhard hatte ihm anvertraut, dass sich seine große Erwartung, dass Menschen mit zunehmendem Wohlstand ihr Leben eigenverantwortlich gestalten, nicht erfüllt habe. In diesem Punkt erachtete er die Umsetzung der Sozialen Marktwirtschaft sogar als gescheitert.

Bereits damals war etwas ins Rutschen geraten. Aber wenn Ludwig Erhard heute noch leben würde, wäre er vermutlich entsetzt, denn das Rutschen setzte sich fort. Der Wohlfahrtsstaat ist so weit ausgeföhrt, dass Leistung und Eigenverantwortung kaum noch eine Rolle spielen. Im Gegenteil: Diejenigen, die etwas leisten und fleißig sind, fühlen sich immer öfter als die Dummen. Und wer als Arbeitgeber und Unternehmer nicht schaut, wie und wo er Subventionen abgreifen kann, ist schnell weg vom Fenster. Kurzum: Es läuft etwas mächtig schief in unserem Land.

Wohlstand muss immer wieder neu erarbeitet werden

So sinkt die Arbeitsproduktivität, dafür steigen die Kosten für das Bürgergeld auf Rekordniveau. Und das, obwohl fast zwei Millionen Stellen unbesetzt sind und fast alle Branchen händeringend Arbeitskräfte suchen. Tatsache ist auch: In bisher nie gekannter Größe fließt Kapital aus Deutschland ab, während die Investitionen aus dem Ausland einbrechen. Zudem leiden Arbeitnehmer seit Jahren unter Reallohnverlusten – auch durch die Inflation.

Keiner dieser Befunde schmerzt mich allerdings so sehr wie die beiden folgenden Ergebnisse aus Umfragen: Beinahe jeder zweite Deutsche glaubt, dass es ihm in zehn Jahren schlechter gehen wird als heute. Und zum ersten Mal überhaupt glaubt die Mehrheit nicht mehr daran, dass Deutschland in zehn Jahren noch zu den führenden Wirtschaftsnationen zählen wird. Die Menschen spüren: Unser Wohl-

stand hat keinen Bestandsschutz. Er muss immer wieder neu erarbeitet werden.

Um aus der aktuellen Abwärts- und Abhängigkeitsspirale herauszukommen, sehe ich nur einen Weg: Eigenverantwortung als Prinzip der Sozialen Marktwirtschaft muss wieder stärker gelebt werden. Und damit muss auch das Thema „Leistung“ wieder einen zentralen Stellenwert in Politik und Gesellschaft einnehmen. Wenn auch künftig die Legitimität des Sozialstaats aufrechterhalten bleiben und unser Wohlstand nicht vor die Hunde gehen soll, muss dringend und schnell gegengesteuert werden.

Im Rahmen der Erarbeitung unseres neuen Grundsatzprogramms „In Freiheit leben. Deutschland sicher in die Zukunft führen“ haben wir uns genau diesem Themenkomplex gewidmet. Wir bekennen uns nicht nur klar zu den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, sondern verdeutlichen auch, wie wir uns das Verhältnis zwischen Mensch und Staat vorstellen. Und zwar so, wie es Ludwig Erhard in seinem Buch *Wohlstand für Alle* definiert hat: „[Ich] will für mein Schicksal selbst verantwortlich sein. Sorge du, Staat, dafür, dass ich dazu in der Lage bin.“ Ganz konkret leiten wir daraus folgende Vorschläge ab.

Neue Grundsicherung: Fördern und Fordern

Wichtig ist zunächst, den Unterschied zwischen guter und schlechter Sozialpolitik zu erkennen. Eine Sozialpolitik ist gut, wenn sich jeder Mensch darauf verlassen kann, dass ihm im Ernstfall geholfen wird. Sie ist gut, wenn sich jeder Einzelne mit seinen Talenten und Fähigkeiten einbringen kann. Sie ist gut, wenn sie eine Gesellschaft stark und widerstandsfähig macht.

Eine Sozialpolitik ist schlecht, wenn sie sich darauf beschränkt, lediglich zu alimentieren,

und damit Menschen lähmt. Sie ist schlecht, wenn sie die Fleißigen frustriert und damit die Bereitschaft zur Solidarität schwächt. Sie ist schlecht, wenn sie unter dem Strich ineffizient und teuer ist. Den Effekt einer solchen Politik müssen wir leider derzeit mit dem Bürgergeld beobachten. Allein der Name „Bürgergeld“ ist irreführend. Er suggeriert, dass diese Leistung jedem bedingungslos zusteht. Und zwar völlig unabhängig davon, ob jemand arbeitsfähig ist oder nicht, ob jemand arbeiten will oder nicht oder ob jemand Arbeitsangeboten offen begegnet oder nicht.

Mit anderen Worten: Das Bürgergeld setzt falsche Anreize, denn es ermutigt nicht konsequent und nachdrücklich zur Arbeitsaufnahme. Deshalb wollen wir das „Bürgergeld“ durch eine „Neue Grundsicherung“ ersetzen. Diese Leistung steht nicht jedem zu, sondern ist eine Unterstützung für diejenigen, die ihren Lebensunterhalt nicht durch eigene Arbeit oder Vermögen bestreiten können. All diese Menschen wollen und müssen wir unterstützen – einige vielleicht sogar stärker als bisher.

Rückgrat dieser neuen Leistung ist ein ausbalanciertes System des Förderns und Forderns. Es geht darum, Menschen in die Lage zu versetzen, ihre Arbeitskraft in die Gesellschaft einzubringen und ihren Lebensunterhalt wieder aus eigener Kraft zu bestreiten. Das funktioniert allerdings nur, wenn derjenige, der die Unterstützung der Solidargemeinschaft in Anspruch nimmt, sich auch bemüht, wieder auf eigenen Beinen zu stehen. Die allermeisten Menschen tun das auch. Weil sie spüren, dass Arbeit soziale Teilhabe und ein zufriedeneres Leben ermöglicht.

Aber es gibt auch jene, die sich verweigern und eine zumutbare Arbeit ablehnen. Ein solches Verhalten ist höchst unsolidarisch und lässt die Akzeptanz für das Sozialsystem sinken. Dringend notwendig ist also ein Regulativ, nämlich ein funktionierendes Sanktionssystem, das

in Kombination mit Instrumenten wie Vermittlungsvorrang und verbindlichen Kooperationsvereinbarungen den Leistungsempfängern eigenverantwortliches Handeln abverlangt.

Um es auf den Punkt zu bringen: Wer sich verweigert, muss Konsequenzen spüren. Bei sogenannten „Totalverweigerern“ muss auch die vollständige Streichung der Leistungen möglich sein. Wir trauen den Jobcentern zu, mit diesen Sanktionsmöglichkeiten verantwortungsvoll und individuell angemessen umzugehen.

Aktivrente: vorhandenes Potenzial ausschöpfen

Unser Land leidet unter einem enormen Fachkräftemangel. Die Antwort der Bundesregierung lautet: Zuwanderung. Das allein kann nicht die Antwort sein. Denn zunächst gibt es eine andere Antwort, und die finden wir in unserem Land. Wir müssen das Potenzial inländischer Arbeitskräfte heben. Ein Beispiel: Rente bedeutet in Deutschland traditionell berufliche Vollbremsung. Dabei geht es auch anders. Wer das gesetzliche Rentenalter erreicht hat, aber freiwillig gern weiterarbeiten möchte, soll sein Gehalt steuerfrei erhalten. Ich bin überzeugt, dass eine solche Aktivrente mit einem steuerfreien Zuverdienst von 2.000 Euro monatlich attraktiv ist und gleichzeitig eine praktikable Antwort auf den Fachkräftemangel darstellt. Am Ende gewinnen alle. Die Arbeitgeber freuen sich über Fachkräfte, die Arbeitnehmer über zusätzliche Einkünfte, und die jungen Mitarbeiter profitieren von der Arbeitserfahrung der Älteren.

Die Politik hat kein Erkenntnisproblem. Aber was ihr oft fehlt, ist der Mut, die Probleme anzugehen – auch auf vielleicht ungewöhnlichen Wegen. Viel zu oft lassen wir uns bremsen und suchen nach Gründen, uns erst gar nicht auf den Weg zu machen. Ich bin fest

davon überzeugt, dass unser Land eine „Ein-fach-mal-machen-Mentalität“ benötigt. Lasst uns mutig neue Wege gehen und Neues ausprobieren!

Steuerfreie Überstunden: Mehrarbeit belohnen

Es gibt auch Arbeitnehmer, die gern mehr arbeiten und sich etwas dazuverdienen wollen. Allerdings lohnt sich Mehrarbeit weniger, weil dann die steile Progression im Einkommensteuertarif zuschlägt. Dies führt dazu, dass der zusätzlich verdiente Euro höher besteuert wird als der bisherige Lohn. Viele verzichten daher auf den Zusatzverdienst. Es lohnt sich für sie einfach nicht.

Wir sollten Tatendrang aber nicht ausbremsen. Im Gegenteil: Wir sollten diejenigen unterstützen, die mehr leisten wollen. Warum also nicht den Lohn für Überstunden bei Vollzeitbeschäftigung steuerfrei stellen? Wer zum Beispiel mehr als vierzig Stunden in der Woche arbeitet, muss auf den Lohn für jede weitere Arbeitsstunde keine Steuer mehr zahlen. Nur wenn eigene Anstrengung belohnt wird, kann es einen selbstbestimmten Weg zu Eigentum,

Vermögen und gesellschaftlichem Wohlstand geben. Wer bereit ist, mehr zu arbeiten, soll dazu attraktive Rahmenbedingungen vorfinden.

Arbeit gehört zu einem erfüllten Leben

Ludwig Erhard glaubte an den Wert der Arbeit, und er glaubte an die Menschen, er traute ihnen etwas zu. Vor 61 Jahren war die Welt eine andere. Doch Erhards Worte bleiben zeitlose Prinzipien für eine stabile Volkswirtschaft und damit für eine stabile Gesellschaft. Diese Prinzipien sind uns heute Auftrag und Verpflichtung. Sie machen uns als Christdemokraten unterscheidbar und unverwechselbar in der deutschen Parteienlandschaft.

Unsere Politik ist auch heute geprägt vom christlichen Menschenbild, und dieses Bild ist grundsätzlich positiv. Zu einem erfüllten Leben gehört Arbeit, weil sie Sinn stiftet und Eigenständigkeit ermöglicht. Nach unserer Vorstellung gelingt dies nur in einem starken aktivierenden Sozialstaat, der den Prinzipien von Solidarität, Subsidiarität und Eigenverantwortung folgt. Ein Sozialstaat, in dem sich Leistung wieder lohnt.

Gut angelegt?

Luise Hölscher

Geboren 1971 in Münster, promovierte und habilitierte Wirtschafts-wissenschaftlerin, Professorin für Betriebs-wirtschaftslehre, seit 2022 Staatssekretärin im Bundesministerium der Finanzen.

Steuern und Staatsleistungen im internationalen Vergleich

Die geopolitische Zeitenwende, große Investitionsbedarfe in Infrastruktur, Klimaschutz und Digitalisierung sowie demografische Herausforderungen infolge des Renteneintritts der Babyboomer und des allgemeinen Fachkräftemangels stellen die Leistungsfähigkeit von Volkswirtschaft und Staatswesen auf den Prüfstand. Bürger, Wirtschaft und unsere internationalen Partner erwarten in diesen Zeiten zu Recht einen funktionierenden, handlungsfähigen deutschen Staat. Sind die öffentlichen Haushalte in Deutschland auf der Einnahmen- und Ausgabenseite diesen Herausforderungen gewachsen? Bleiben ausreichende Leistungsanreize erhalten, sodass sich Erwerbsarbeit und unternehmerische Initiative weiterhin lohnen? Ein international vergleichender Blick auf wesentliche Determinanten des staatlichen Einnahmen- und Ausgabensystems kann Antworten auf diese Fragen geben.

Sowohl bei den Staatsausgaben als auch der Abgabenquote liegt Deutschland im Vergleich zu anderen Industriestaaten im oberen Mittelfeld. Eine seit etwa fünfzehn Jahren tendenziell steigende Sozialleistungsquote – auch, aber nicht nur bedingt durch vielfältige Krisenmaßnahmen – hat dazu beigetragen, dass das Niveau von Staatsausgaben und Abgabenbelastung in Deutschland historisch hohe Werte erreicht hat.¹ Mit der hohen Steuer- und Abgabenlast gehen verringerte Investitions- und Arbeitsanreize und eine geringere Attraktivität des Standortes im internationalen Vergleich einher. Zugleich müssen mit Blick auf Akzeptanz und Wirkungen der Abgabenbelastung die Präferenzen der eigenen Bevölkerung berücksichtigt werden. Die Höhe der Abgabenquote kann nicht isoliert, sondern nur in Relation zu Umfang und vor allem Wirksamkeit der erbrachten staatlichen Leistungen beurteilt werden. Länder mit einer niedrigen Abgabenquote, wie die USA, Irland und die Schweiz, verfügen entsprechend mehrheitlicher Präferenzen auch über ein schwächer ausgeprägtes soziales Sicherungsnetz. Ein Ziel der Sozial- und Finanzpolitik sollte es daher sein, ein gesellschaftlich gewünschtes Maß an staatlichen Leistungen mit einer möglichst geringen Abgabenbelastung zu erreichen – oder mit dem wirtschaftlich vertretbaren und politisch durchsetzbaren Abgabenniveau ein möglichst hohes Maß an staatlichen Leistungen zu erbringen. Dafür müssen die durch Steuern und Sozialbeiträge eingenommenen Mittel effizient eingesetzt werden.

Ausgewogener Steuermix

Insbesondere Durchschnittsverdiener weisen in Deutschland im Vergleich zu den übrigen OECD-Staaten eine hohe Steuer- und Sozialabgabenbelastung auf, die zudem die Arbeitskosten der Arbeitgeber erhöht.² Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels sollte eine tragfähige Steuer- und Abgabenpolitik für Deutschland deshalb auf einen ausgewogenen Steuermix abzielen, der die Belastung mit direkten Steuern respektive Abgaben auf Einkommen und Erträge nicht weiter ansteigen lässt.

Neben dem Steuer- und Abgabenkeil auf Arbeit fällt auch die Besteuerung von Unternehmenserträgen in Deutschland im OECD-Vergleich hoch aus. Die meisten Standorte in anderen Industriestaaten, mit denen Deutschland direkt konkurriert, sind für international ansiedlungswillige Unternehmen hinsichtlich der nominalen Steuersätze attraktiver.³ Zwar relativiert sich der Abstand mit Blick auf die effektiven Steuersätze (also unter Berücksichtigung der Bemessungsgrundlage); die nominalen Steuersätze haben jedoch Signalwirkung für viele internationale Investoren. Für stärkere Investitionsanreize und eine entsprechende Senkung der Steuerlast sind geeignete Maßnahmen sowohl für Kapital-

1 Die Staatsquote in Deutschland lag 2022 bei 49,5 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP), die deutsche Abgabenquote in Abgrenzung der OECD bei 39,3 % (OECD-Durchschnitt: 34,0 %).

2 Bundesministerium der Finanzen (BMF): Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich 2022, Ausgabe 2023, Rechtsstand zum 31.12.2022, Übersichten 11 u. 12, S. 33 ff., Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeitrag zur Sozialversicherung und Einkommen-/Lohnsteuer in Prozent der Lohnkosten in Deutschland 2022 für Alleinstehende ohne Kind mit Durchschnittseinkommen: 47,8 %, S. 35.

3 BMF: ebd., Übersicht 4, S. 14. Tarifliche Belastung des Gewinns von Kapitalgesellschaften (nominal) in Deutschland 2022: 29,94 %.

4 So etwa die Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen „Standortfaktor Körperschaftsteuer“ vom 02.01.2024.

5 Vgl. ifo-Studie: „Experteneinschätzungen zum globalen Standortwettbewerb“, Dezember 2023.

als auch für Personengesellschaften zu ergreifen. Auch wenn genauere quantitative Abschätzungen mit Unsicherheit behaftet sind, zeigen mehrere Studien einen mit der Zeit zunehmenden Anstieg der privaten Investitionen infolge einer Senkung von Unternehmenssteuersätzen.⁴

Wachstumsbremse Bürokratie

Zur Stärkung der Positionierung Deutschlands im globalen Standortwettbewerb ist laut einer aktuellen, vom Bundesfinanzministerium beim ifo Institut in Auftrag gegebenen Forschungsstudie der Bürokratieabbau das mit Abstand wichtigste politische Handlungsfeld. Demnach rangieren in Deutschland Regulierung respektive die Bürokratie klar auf Platz 1 der negativen Einflussfaktoren. Dabei ist das Stimmungsbild sehr deutlich: Die klare Mehrheit (über siebzig Prozent) der Expertinnen und Experten sieht diesen Faktor als kritisch an (global: über vierzig Prozent). Über die letzten zehn Jahre beobachteten fast drei Viertel der Befragten eine Verschlechterung der Standortbedingungen in Deutschland, wobei wiederum die Mehrheit ihre Einschätzung mit bürokratischen Hindernissen sowie dem Fachkräftemangel begründet.⁵

Die Bundesregierung hat 2023 zum Bürokratieabbau mehrere Maßnahmen auf den Weg gebracht, deren Entlastungspotenzial insgesamt über drei Milliarden Euro beträgt; die Wirkung wird zunehmend spürbar werden. Damit kann man sich allerdings nicht zufriedengeben. Bürokratieabbau ist eine Querschnitts- und eine Daueraufgabe, die alle Regelungsebenen betrifft: Sowohl die Europäische Union als auch der Bund, die Länder und die Kommunen müssen dauerhaft daran arbeiten, den Normbestand zu optimieren und unnötige Bürokratie und Belastungen zu vermeiden. Beim Bürokratieentlastungsgesetz IV und bei dem vereinbarten Belastungsmoratorium (keine unverhältnismäßigen zusätzlichen Bürokratiekosten) geht es nun darum, dass alle Ministerien die Vereinbarungen entschlossen umsetzen.

Der zunehmende Einsatz von Künstlicher Intelligenz und die konsequente Digitalisierung der Verwaltung können bereits heute helfen, Bürokratie abzubauen und Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürger zu entlasten. Es darf jedoch nicht nur darum gehen, bisherige Prozesse in all ihren Einzelschritten medienbruchfrei zu digitalisieren. Die technologischen Fortentwicklungen müssen zugleich genutzt werden, um Verwaltungsprozesse grundsätzlich auf den Prüfstand zu stellen: Macht unsere Verwaltung noch das Richtige? Ziel sollte dann sein, alle verbleibenden Verwaltungsverfahren zu optimieren und dabei so weit wie möglich zu automatisieren: Macht unsere Verwaltung das noch richtig? Beide Fragen konsequent zu beantworten, gebietet nicht nur das Wirtschaftlichkeitsprinzip, sondern auch der Fachkräftemangel, der die

öffentliche Verwaltung bereits erreicht hat. Bürokratische Hemmnisse verzögern nicht zuletzt dringliche öffentliche und private Investitionsvorhaben. Um Planungs- und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen, kommt es darauf an, die im November 2023 im Bund-Länder-Pakt vereinbarten Gesetzesänderungen weiter mit Leben zu füllen und etwa verbindliche Stichtagsregelungen oder Fristverkürzungen in den relevanten Gesetzen umzusetzen.

Besteuerungsverfahren vereinfachen

Auch im Bereich der Besteuerung zeigen internationale Vergleiche, dass in Deutschland insbesondere Potenzial bei der Reduktion des bürokratischen Aufwands für die Steuerpflichtigen vorhanden ist.⁶ Das Wachstumschancengesetz beinhaltet bereits einige Maßnahmen, um das Steuersystem an zentralen Stellen zu vereinfachen und durch Anhebung von Schwellenwerten und Pauschalen vor allem kleine Betriebe von Bürokratie zu entlasten. Aber es ist noch viel mehr notwendig: Verhaltensökonominnen bestätigen, dass unter anderem die Reduktion des Aufwands bei der Bearbeitung der Steuererklärung als sogenannte Nudges, „Anstöße“, für die Steuerpflichtigen einen wirksamen Beitrag zu mehr Steuerehrlichkeit leisten kann. Grundsätzlich würden einfachere Regelungen Anreize zu Steuergestaltungen und damit zur Verringerung von Steuerzahlungen reduzieren.⁷ Daher sollten Bund und Länder den eingeschlagenen Weg zu mehr Vereinfachung, Automatisierung und Pauschalierung im Besteuerungsverfahren mutig und konsequent weiter beschreiten.

Generell sind die in den letzten Jahren gestiegenen Investitionen in die öffentliche Infrastruktur für die Stärkung der privaten Investitionstätigkeit in den Transformationsprozessen von großer Bedeutung.⁸ Bei der digitalen Infrastruktur beispielsweise hat sich Deutschland zwischen 2018 und 2022 im EU-Vergleich von Rang 16 auf Rang 4 verbessert. Auch wenn bei der Breitbandversorgung insbesondere in der Fläche weiterhin Nachholbedarf besteht, hat die Bundesregierung mit ihrer Gigabitstrategie einen wichtigen Grundstein für einen beschleunigten Ausbau der digitalen Infrastruktur gelegt. Die Verstetigung des öffentlichen Investitionspfads erfordert jedoch zugleich eine Repriorisierung von Ausgaben der öffentlichen Haushalte. Dies gilt erst recht mit Blick auf die künftig notwendigen Investitionen zur Sicherung der Verteidigungsfähigkeit und Einhaltung von Bündnisverpflichtungen.

Repriorisierung bedeutet: Bei enger werdenden Verteilungsspielräumen und gleichzeitig nötigen stärkeren Arbeits- und Investitionsanreizen muss der Anstieg konsumtiver Staatsausgaben begrenzt werden. Bereits heute entfaltet der deutsche Sozialstaat – vor allem in Form von Sozialtransfers und progressiver Einkommensbesteuerung –

6 Gemäß der von Weltbank und der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC bis 2019 gemeinsam veröffentlichten Vergleichsstudie „Paying Taxes“ mit 190 Ländern (inkl. zahlreicher Entwicklungsländer) benötigte ein mittelgroßes Musterunternehmen im globalen Durchschnitt 234 Stunden zur Erfüllung seiner jährlichen Steuerzahlungen. Der in diesem vereinfachten Modellrahmen ermittelte deutsche Wert lag 2018 bei 218 Stunden (EU/EFTA-Durchschnitt: 161 Stunden).

7 Matthias Kasper / Lilith Burgstaller / Amanda März: „Was uns zu Steuerehrlichkeit motiviert“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.01.2024, S. 16.

8 Die öffentliche Investitionsquote (staatliche Bruttoanlageinvestitionen im Verhältnis zum BIP) ist von 2,4 % (2010) auf 2,1 % (2015) gefallen. Danach ist sie bis 2023 wieder auf 2,7 % angestiegen. Der EU-Durchschnitt liegt bei rund 3,25 %.

9 Statistisches Bundesamt auf Basis der Statistik EU-SILC (European Union Statistics on Income and Living Conditions): Deutschlands Gini-Koeffizient der äquivalenzgewichteten Markteinkommen vor Steuern und Sozialtransfers beträgt rd. 0,5; Gini-Koeffizient des verfügbaren Äquivalenzeinkommens: 0,288 (2022).

10 Vgl. Befragungsergebnisse, zitiert in Judith Niehues (IW): „Soziale Ungleichheit in Deutschland – Wahrnehmung und Wirklichkeit“, in: ifo Dresden berichtet, 27. Jg., Nr. 02/2019, S. 6-11, hier S. 10 f.

nach Frankreich die größte Umverteilungswirkung unter den großen Industriestaaten. So liegt in Deutschland der Gini-Koeffizient als Ungleichheitsmaß der verfügbaren Einkommen nach Steuern und Transfers über vierzig Prozent niedriger als der Gini-Koeffizient für die Markteinkommen.⁹ In kaum einem anderen Industriestaat wird so viel laufendes Einkommen umverteilt wie in Deutschland! Dennoch legen Studienergebnisse nahe, dass die Bevölkerungsmehrheit das Ausmaß dieser Umverteilung unterschätzt. Die tatsächliche Einkommensteuerlast von sehr hohen Einkommen wird vom Durchschnittsbürger zu gering eingeschätzt, während die Einkommensteuerbelastung von niedrigeren und mittleren Einkommen betragsmäßig überbewertet wird.¹⁰ Weiterhin wird auch der Wert der im internationalen Vergleich recht umfassenden sozialen Absicherung in Deutschland beziehungsweise der hier bereitgestellten öffentlichen Güter unterschätzt; dadurch verschärft sich die Diskrepanz in der Wahrnehmung zwischen Steuerlast und Staatsleistungen. Das ist bedauerlich, denn insgesamt bleiben bei aller Reformnotwendigkeit Steuern und Sozialabgaben „gut angelegte“ Zahlungen, die solide Ergebnisse und – wie etwa bei Bildung und Gesundheit – weiterhin positive Renditen liefern. Ein Szenario mit deutlich geringeren Steuereinnahmen und damit wesentlich weniger Staatsleistungen würde den Präferenzen und Erwartungen der meisten Bürgerinnen und Bürger in Deutschland nicht entsprechen. Umso mehr wäre zu wünschen, dass die Leistungen, die Deutschland heute schon für seine Steuerpflichtigen bereithält, mehr Würdigung erfahren würden.

Auch wenn sie von interessierter Seite immer wieder propagiert wird: Eine dauerhafte Finanzierung der von der Bevölkerung gewünschten Staatsleistungen über Verschuldung darf nicht in Betracht gezogen werden. Sie würde die Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte auf ein immer höheres Niveau treiben und die Wachstumsdynamik erheblich schwächen – zum Schaden aller Bevölkerungsgruppen und Einkommensschichten. Stattdessen ist jede staatliche Ebene gefordert, der eigenen Verantwortung für getroffene Ausgabenentscheidungen verstärkt nachzukommen und zu einer langfristig tragfähigen Finanz- und Steuerpolitik im Gesamtstaat beizutragen. Bei wachsenden budgetären Anforderungen zwingt die Einhaltung der verfassungsrechtlichen Schuldenregel bei Bund und Ländern zur Festlegung sowohl von Prioritäten als auch – ebenso wichtig! – von Posterioritäten. Nur dieser sorgfältige Abwägungsprozess trägt zu einer zukunftsorientierten, effizienten Aufgabenerfüllung bei und stärkt zugleich die Krisenresilienz. Ein derart handlungs- und funktionsfähiger Staat ist der beste Garant dafür, dass im Innern unseres Landes das Vertrauen in die freiheitlich-demokratische Grundordnung erhalten bleibt und dass Deutschland nach außen seiner internationalen Verantwortung gerecht werden kann.

Wer erhält Leistungen des Sozialstaats?

Felicitas Schikora
Geboren 1991 in Augsburg,
Promotion im Bereich
Migrations- und Arbeits-
marktökonomik, Referentin
Arbeitsmarkt und Sozial-
politik, Hauptabteilung
Analyse und Beratung,
Konrad-Adenauer-Stiftung.

Eine Übersicht

Die Geschichte der sozialen Sicherung in Deutschland hat eine lange Tradition und geht bekanntlich auf Reichskanzler Otto von Bismarck zurück.¹

In den 1880er-Jahren formte er ein nach heutigen Maßstäben bescheidenes soziales Netz, bestehend aus gesetzlicher Krankenversicherung, Unfallversicherung und gesetzlicher Rentenversicherung.

In den Anfängen der Sozialversicherungen waren sowohl der Umfang der Leistungen als auch der Kreis der Leistungsempfängerinnen und -empfänger gering. So erhielt beispielsweise ein Arbeiter mit einem Jahresverdienst zwischen 550 und 850 Mark jährlich 162 Mark aus der neuen Rentenkasse – sofern er das Alter von siebzig Jahren erreicht hatte und mindestens dreißig Beitragsjahre vorweisen konnte.²

¹ Deutsche Rentenversicherung: Die Geschichte der Deutschen Rentenversicherung, www.deutsche-rentenversicherung.de/DRV/DE/ueber-uns-und-Presse/Historie/historie_detailseite.html [letzter Zugriff: 05.03.2024].

² Ebd.

³ Bundesministerium für Arbeit und Soziales: Sozialbudget 2022, Stand: Juni 2023, www.bmas.de/DE/Service/Publikationen/Broschueren/a230-23-sozialbudget-2022.html [letzter Zugriff: 05.03.2024].

⁴ Sozialpolitik-aktuell.de: Ausgabenstruktur des Bundeshaushalts nach Funktionen 2022, Institut für Arbeit und Qualifikation Essen, 2023, www.sozialpolitik-aktuell.de/files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Finanzierung/Datensammlung/PDF-Dateien/abbII13.pdf [letzter Zugriff: 05.03.2024].

⁵ Niklas Isaak / Philipp Jäger / Robin Jessen: „Die Verteilung der Steuer- und Abgabenlast“, in: Wirtschaftsdienst, 101. Jg., Heft 4/2021, S. 284-289.

⁶ Bundesministerium für Arbeit und Soziales, a. a. O., siehe Rn. 3.

⁷ Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Mindestsicherungsquote, Bundesländer nach Geschlecht, Stuttgart 2023, www.statistikportal.de/de/sbe/ergebnisse/mindestsicherung/b-11-mindestsicherungsquote [letzter Zugriff: 05.03.2024].

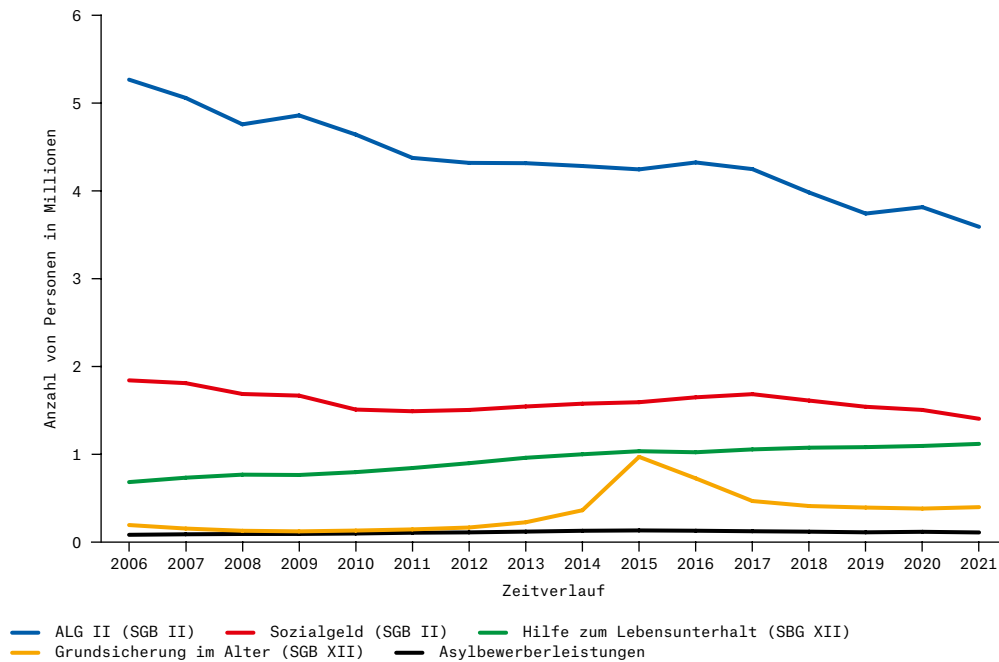
Die Sozialgesetzgebung in Deutschland ist entsprechend den sozioökonomischen und politischen Herausforderungen immer wieder erweitert worden: Inzwischen umfasst das deutsche Sozialbudget 1.178,5 Milliarden Euro.³ Die soziale Sicherung macht damit knapp die Hälfte der Bundesausgaben aus!⁴ Dabei gehen die Leistungen der sozialen Sicherungsinstrumente allerdings weit über den Rahmen der ursprünglichen Förder- und Fürsorgesysteme hinaus. Vielmehr erhält ein Großteil der privaten Haushalte in Deutschland staatliche Transfers,⁵ etwa durch Leistungen der gesetzlichen Kranken- oder Rentenversicherung, aber auch in Form von Eltern- oder Kindergeld. Bei sehr niedrigen Einkommen sind die Transfers stark durch Arbeitslosengeld und Arbeitslosengeld II (ALG II) geprägt. Bei etwas höheren Einkommen nehmen Altersrenten eine dominante Rolle ein.

Wer profitiert von den Leistungen der Sozialgesetzgebung in Deutschland? Im Folgenden soll eine deskriptive Analyse der Leistungsempfängerinnen und -empfänger mit Fokus auf die sogenannten Mindestsicherungssysteme gegeben werden, die in der öffentlichen Wahrnehmung eine besondere Rolle spielen. Dazu zählen folgende Hilfeleistungen:

- a) Gesamtregelungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II);
 - Leistungen für erwerbsfähige Leistungsberechtigte, die das 15. Lebensjahr vollendet haben (ALG II);
 - Leistungen für nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte (Sozialgeld);
- b) Mindestsicherungsleistungen nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII);
 - Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen;
 - Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung;
- c) Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG).

Im Jahr 2022 wurden etwa 94,8 Milliarden Euro für die Mindestsicherung aufgewendet.⁶ Das entspricht 8,1 Prozent des Sozialbudgets – relativ gesehen einem Bruchteil. Der mit Abstand größte Anteil an Mindestsicherungsleistungen entfiel auf die Gesamtregelungen ALG II. Abbildung 1 (vgl. Seite 34) verdeutlicht, dass die Anzahl von Personen in Mindestsicherung seit der Einführung der sogenannten Hartz-IV-Gesetze im Jahr 2005 rückläufig ist: Im Zeitraum von 2006 bis 2021 sank die Mindestsicherungsquote von 9,8 auf 8,0 Prozent.⁷ Das liegt insbesondere daran, dass die Zahl der Personen im ALG-II-Bezug stark abgenommen hat. Weitere Regelleistungen sind im Zeitverlauf konstant geblieben oder leicht steigend. Auffällig ist zudem ein deutlicher Anstieg der

Abbildung 1: Empfängerinnen und Empfänger von sozialen Mindestsicherungsleistungen nach Leistungssystemen (2006-2021)



Quelle: Statistisches Bundesamt, Tabelle B 1.3: Empfängerinnen und Empfänger nach Leistungssystemen, Stuttgart 2023. Eigene Darstellung.

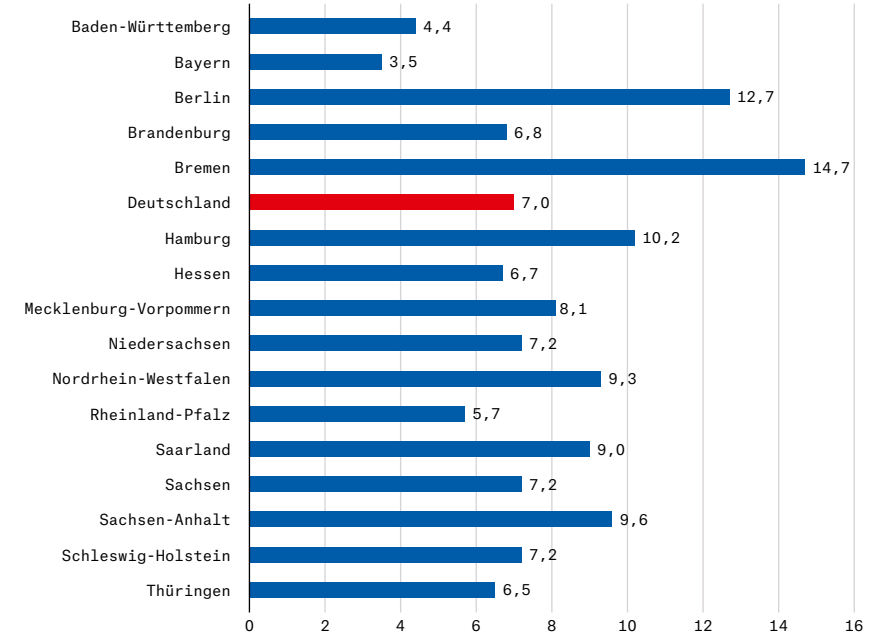
Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) während der „Flüchtlingskrise“.

Die umgangssprachlich mit „Hartz IV“ bezeichneten Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende wurden im Dezember 2022 an etwa 5,2 Millionen leistungsberechtigte Personen in 2,7 Millionen Bedarfsgemeinschaften ausgezahlt.⁸ Dabei gab es rund 3,7 Millionen erwerbsfähige Leistungsberechtigte (SGB II) sowie 1,5 Millionen Bezieherinnen und Bezieher von Sozialgeld. Das sogenannte Sozialgeld erhalten nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte unter den ALG-II-Empfängerinnen und -empfängern. Dies sind in der Regel Kinder in Bedarfsgemeinschaften unter fünfzehn Jahren (97,1 Prozent).

Unter den Regelleistungsberechtigten im SGB-II-Bezug waren nach Angaben der Statistik der Bundesagentur für Arbeit im Dezember 2022 rund 1,6 Millionen Ausländerinnen und Ausländer (42,1 Prozent). Frauen waren etwas häufiger auf entsprechende Leistungen angewiesen als Männer (51,8 Prozent gegenüber 48,2 Prozent). Die Mehrheit der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten war zwischen 25 bis unter 55 Jahre alt (63,0 Prozent). Außerdem variieren die Bezugsquoten regional deutlich (siehe Abbildung 2, Seite 35). Insbesondere in den Stadtstaaten und

8 Bundesagentur für Arbeit: Sonderauswertung und Informationen zur Statistik über die Grundsicherung für Arbeitsuchende SGB II, Berichtsmonat: November 2023, https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Navigation/Statistiken/Interaktive-Statistiken/Grundsicherung/Grundsicherung-Nav.html#grusi_tab_anchor_ueberblick [letzter Zugriff: 05.03.2024].

Abbildung 2: Quote der Erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (ELB) nach Bundesländern und in Deutschland gesamt



Angaben in Prozent

Quelle: Bundesagentur für Arbeit: Dashboard Grundsicherung, Berichtsmonat November 2023. Eigene Darstellung.

9 Statistisches Bundesamt: Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Statistik d. Empfänger v. Hilfe z. Lebensunterhalt, 2024, www.destatis.de/genesis/online?operation=statistic&levelindex=0&levelid=1708003209807&code=22151#abreadcrumb [letzter Zugriff: 05.03.2024].

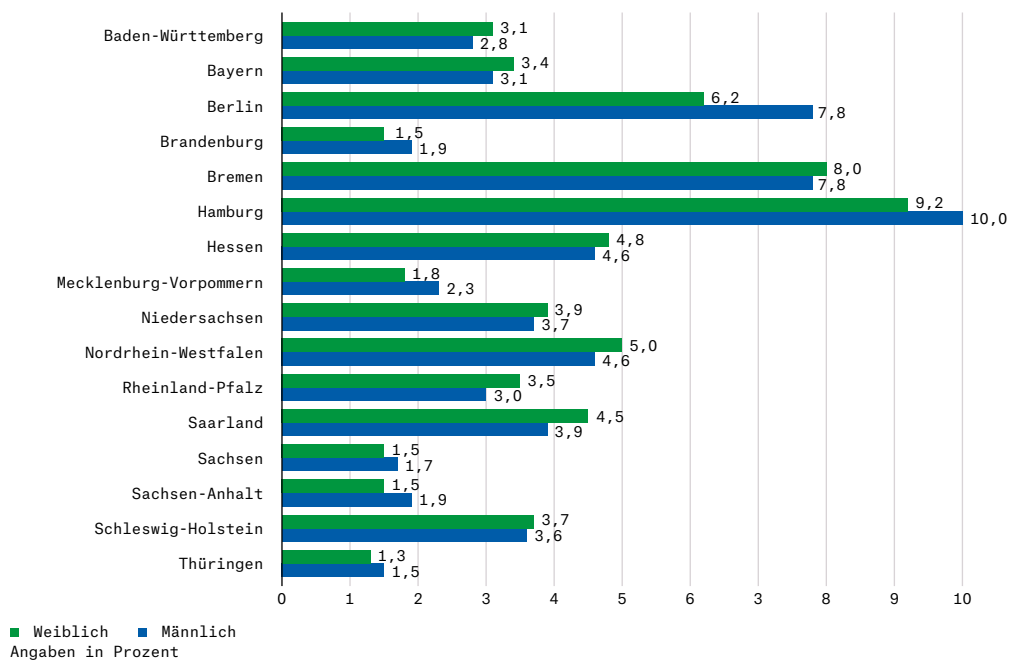
10 Statistisches Bundesamt: Datenreport 2021. Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, Gesamtausgabe, 10.03.2021, www.destatis.de/DE/Service/Statistik-Campus/Datenreport/Downloads/datenreport-2021.html [letzter Zugriff: 05.03.2024].

in den ostdeutschen Bundesländern waren viele Menschen auf Leistungen nach dem SGB II angewiesen.

Auch bei den Bezieherinnen und Beziehern von Sozialhilfe nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) werden zwei Personengruppen unterschieden: Personen mit „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“ sowie Empfängerinnen und Empfänger der „Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen“. Im Dezember 2022 erhielten rund 1,3 Millionen Personen Sozialhilfe, davon 1,2 Millionen Menschen „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“ (90,3 Prozent) und etwa 128.000 Menschen „Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen“ (9,7 Prozent).⁹

Unter den 1.189.275 Leistungsbezieherinnen und -beziehern der „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“ waren 49,3 Prozent männliche und 51,7 Prozent weibliche Personen. Geschlechterspezifische Unterschiede bestehen allerdings auf Ebene der Bundesländer. Abbildung 3 (vgl. Seite 36) zeigt, dass die Bezugsquoten in den ostdeutschen Bundesländern in der Regel geringer sind, insbesondere bei Frauen. Mögliche Ursachen sind unter anderem die höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen in der DDR sowie ein geringeres Mietenniveau als in Westdeutschland.¹⁰

Abbildung 3: Quote der Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung nach Geschlecht



Quelle: Statistisches Bundesamt: Quote der Empfänger von Grundsicherung: Bundesländer, Stichtag (bis 31.12.2014), Nationalität, Geschlecht, Altersgruppen; Statistik 22151-0031. Eigene Darstellung.

Etwa ein Viertel der Bezieherinnen und Bezieher von „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“ waren Ausländerinnen und Ausländer (23,3 Prozent). Auffällig ist, dass nur etwas mehr als die Hälfte der Personen die Altersgrenze für den Rentenbeginn bereits erreicht hat.¹¹ 44,6 Prozent der Leistungsempfängerinnen und -empfänger befinden sich hingegen in einer dauerhaft vollen Erwerbsminderung und stehen dem Arbeitsmarkt somit nicht mehr zur Verfügung.

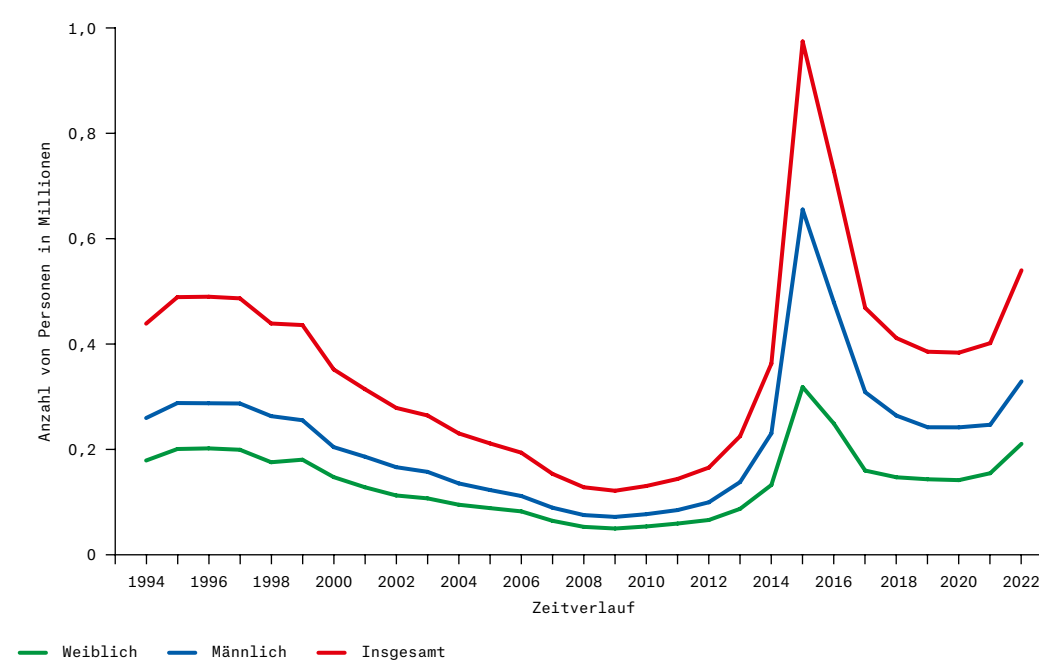
Unter den Empfängern von „Hilfen zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen“ sind Frauen und Männer etwa gleich häufig vertreten. Etwa ein Drittel (30,4 Prozent) sind Ausländerinnen und Ausländer. Der Großteil der Menschen in dieser Bezugsgruppe ist zwischen achtzehn und 65 Jahre alt. Nur etwa 8.800 Leistungsbezieherinnen und -bezieher von „Hilfen zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen“ sind über 65 Jahre alt (6,9 Prozent).

Asylbewerberinnen und -bewerber in Deutschland erhalten Leistungen gemäß Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG), um ihren Lebensunterhalt und spezielle Bedarfe zu sichern. Im Dezember 2022 erhielten nach amtlicher Statistik etwa 539.900 Personen Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz.¹² Damit hat die Zahl der

11 Für vor dem 1. Januar 1947 geborene Versicherte liegt die Regelaltersgrenze bei der Vollendung des 65. Lebensjahres, bei Versicherten der Geburtsjahrgänge 1947 bis 1963 zwischen 65 und 67 Jahren. Versicherte der Geburtsjahrgänge 1964 und jünger erreichen die Regelaltersgrenze mit Vollendung des 67. Lebensjahres; siehe Deutsche Rentenversicherung (2024): Regelaltersgrenze, www.deutsche-rentenversicherung.de/DRV/DE/Experten/Arbeitgeber-und-Steuerberater/summarum/Lexikon/R/regelaltersgrenze.html [letzter Zugriff: 05.03.2024].

12 Statistisches Bundesamt: Statistik der Empfänger von Asylbewerberleistungen, 2024, www.destatis.de/genesis/online?operation=statistic&levelindex=0&levelid=1707920736817&code=22221#abreadcrumb [letzter Zugriff: 05.03.2024].

Abbildung 4: Empfängerinnen und Empfänger von Regelleistungen nach dem AsylbLG



Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistik Empfänger von Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz: Deutschland, Stichtag (bis 31.12.), Geschlecht; Statistik 22221-0001. Eigene Darstellung.

leistungsbeziehenden Personen seit dem Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine zugenommen (34,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr), der Umfang der Leistungen liegt dennoch deutlich unter dem Höchststand in den Jahren 2015 und 2016 (siehe Abbildung 4).

Knapp zwei Drittel der Regelleistungsberechtigten waren laut offiziellen Statistiken männlich (61,0 Prozent). Zudem sind Leistungsempfängerinnen und -empfänger dieser Gruppe im Vergleich zu Bezieherinnen und -bezieher anderer Mindestsicherungsleistungen verhältnismäßig jung: Etwa die Hälfte (47,4 Prozent) ist unter 25 Jahre alt, fast alle Leistungsbeziehenden sind unter fünfzig Jahre alt (91,8 Prozent). Die meisten Bezieherinnen und Bezieher stammten aus Asien (48,5 Prozent), gefolgt von Personen aus Europa (33,2 Prozent) und Afrika (14,9 Prozent). Die 262.055 Personen aus Asien kamen hauptsächlich aus den Krisengebieten Afghanistan, Irak, Iran und Syrien. Weitere wichtige Herkunftsländer sind unter anderem die Russische Föderation, die Türkei und die Ukraine.

Das Sozialbudget Deutschlands und damit die Kosten des Sozialstaats sind seit der Einführung der Hartz-Reformen stark gestiegen. Die monatlichen Zugänge in die Grundsicherung (SGB II) liegen aktuell

jedoch so niedrig wie noch nie.¹³ Der eigentliche Kostentreiber liegt nicht in den sogenannten Mindestsicherungssystemen, sondern vor allem in den durch den demografischen Wandel verursachten Mehrkosten in der gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung.

Spricht das für ein Ende der Sozialgesetzgebung nach knapp 140 Jahren? Nein, denn der Sozialstaat ist ein elementarer Teil einer funktionierenden Demokratie und der Sozialen Marktwirtschaft. Mit Blick auf die aktuellen Herausforderungen ist es allerdings an der Zeit, notwendige Reformen anzugehen und so den Sozialstaat langfristig zu stabilisieren und zukunftsfest zu machen.

¹³ Enzo Weber: „Jobkiller Bürgergeld?“ in: MAKRONOM, 15.11.2023, <https://makronom.de/jobkiller-buergergeld-45313> [letzter Zugriff: 05.03.2024].

Mehr Mut zur Leistung

Forderungen des Deutschen Lehrerverbandes

Stefan Düll

Geboren 1964 in Mindelheim, Oberstudienleiter, Schulleiter und Seminarvorstand des Justus-von-Liebig-Gymnasiums Neusäß, seit 2023 Präsident des Deutschen Lehrerverbandes.

Die im Dezember 2023 veröffentlichten Ergebnisse der PISA-Studie 2022 fielen für Deutschland schlecht aus.

Die Leistungen der deutschen Schülerschaft lagen auf dem niedrigsten Niveau seit Beginn der PISA-Messungen. Der Rückgang der Ergebnisse in Mathematik und im Lesen im Vergleich zu PISA 2018 entsprach der Lernleistung eines ganzen Schuljahres. Leider war das nach den Resultaten anderer Leistungsvergleichsstudien der letzten Jahre erwartbar.

Die Internationale Grundschul-Lese-Untersuchung (IGLU) 2021, der Bildungstrend des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB-Bildungstrend) 2021 im Primarbereich und der IQB-Bildungstrend 2022 für die Sekundarstufe I hatten bereits ungünstige

Entwicklungen aufgezeigt. Mehr Heranwachsende als in den vorigen Jahren verfehlten in den IQB-Leistungsvergleichen die durchschnittlichen Bildungsstandards der Kultusministerkonferenz (KMK) beziehungsweise erreichten nicht einmal die Mindeststandards. Als mögliche Ursache wurden die Corona-Pandemie und die damit einhergehenden Schulschließungen angesehen.

Im OECD-Vergleich waren die Leistungen in Deutschland durchschnittlich oder etwas besser. Bei der letzten PISA-Studie 2018 lagen die deutschen Fünfzehnjährigen noch über dem OECD-Durchschnitt. Mit Ausnahme von Japan verloren allerdings alle teilnehmenden Länder im Vergleich zu 2018, was darauf hindeutet, dass eine der Ursachen tatsächlich in den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Bildungssysteme fast aller Länder liegt.

Bei den in Deutschland getesteten Jugendlichen verfehlten 25 Prozent die Mindeststandards im Lesen, dreißig Prozent in Mathematik und 23 Prozent in den Naturwissenschaften. Kinder mit Migrationshintergrund hatten – nach Berücksichtigung des sozioökonomischen Profils – einen Rückstand von vierzig Leistungspunkten im Vergleich zu Kindern ohne Migrationshintergrund.

Deutsch als Bildungssprache

Als Reaktion auf die PISA-Ergebnisse zogen die Kultusminister vor allem folgenden Schluss: Deutsch als Bildungssprache muss gestärkt werden. Als Deutscher Lehrerverband unterstützen wir diesen Ansatz, vor allem die vordringliche Vermittlung der deutschen Sprache im frühkindlichen Bereich und im Primarbereich.

Alle Kinder haben ein Recht auf einen möglichst guten Start in ihre Bildungsbiographie. Die Beherrschung der deutschen Sprache als Bildungssprache ist der Schlüssel zum Erfolg. Fehlende Deutschkenntnisse blockieren auch das Heimischwerden im deutschsprachigen Kulturraum. Der Deutsche Lehrerverband plädiert daher für verpflichtende Sprachstandtests im Kita-Alter, um kein Kind zu übersehen. Bei Bedarf sollten Kinder gezielte Sprachförderung im letzten Kita-Jahr oder in einer Vorschule erhalten. Die nachfolgende Einschulung in die Jahrgangsstufe 1 muss für jedes Kind ein Erfolgserlebnis sein und darf nicht an mangelnden Deutschkenntnissen scheitern.

Wir sind davon überzeugt, dass die Grundschulen den Fokus vor allem auf die Grundfähigkeiten des Lesens, Schreibens und Rechnens legen sollten. Dazu gehören auch die Fähigkeiten, sich über längere Zeiträume zu konzentrieren, zuzuhören und sich mit zunehmendem Alter sprachlich differenzierter ausdrücken zu können. Hierfür ist Zeit zum Lernen und vor allem Zeit zum Üben notwendig. Wiederholung ist gerade

für Kinder wichtig, denen die besagten Grundfertigkeiten schwerfallen. Erst recht, wenn das Elternhaus aus sozioökonomischen oder sprachlichen Gründen nicht unterstützen kann, benötigen Kinder Raum zum Üben in der Schule.

Zudem sollten die musischen Fächer Musik und Kunst sowie Sport und Bewegung eine wichtige Rolle in der Grundschule spielen – auch zur Förderung der grob- und feinmotorischen Entwicklung. Naturwissenschaftlich-technologische Fragestellungen greifen die Neugier der Kinder auf und vermitteln dadurch erste Ansätze des empirischen Denkens. Geografische und geschichtliche Grundlagenkenntnisse über die eigene Region helfen, eine Vorstellung von Gesellschaft zu entwickeln und sich heimisch zu fühlen. Für diese Vermittlung brauchen die Grundschulen Zeit. Schulfächer wie Englisch und Programmieren sind im Bereich der weiterführenden Schulen besser aufgehoben; sie binden wertvolle Zeit und Energie, die auf die sichere Erlernung der Grundlagen verwendet werden sollten.

Analoge Fähigkeiten im Primarbereich

Die Digitalisierung macht auch vor den Grundschulen nicht halt, digitale Konzepte können auch dort gewinnbringend eingesetzt werden. So können etwa durch Künstliche Intelligenz (KI) gestützte Anwendungen die Lehrkräfte entlasten, indem Übungsaufgaben für verschiedene Niveaus generiert werden. Formen von Gamification – die Anwendung spieltypischer Elemente in einem spielfremden Kontext – können Übungen und Wiederholungen gerade den Kindern schmackhaft machen, die sich mit den Aufgaben schwertun.

Insgesamt sind wir als Deutscher Lehrerverband der Ansicht, dass die Grundfähigkeiten in „analoger“ Form gesichert sein sollten, ehe auf digitale Hilfen zurückgegriffen wird: eine lesbare, flüssige Handschrift muss vorhanden sein, bevor mit der Tastatur geschrieben wird oder Antworten nur in Multiple-Choice-Format abgefragt werden; flüssiges, sinnennehmendes Lesen ist die Voraussetzung, ehe womöglich sprechende Schulbücher in Mode kommen; strukturiertes stringentes Schreiben muss beherrscht werden, ehe Kinder auf Formulierungshelfer in Form von *Large Language Models* wie *ChatGPT* zurückgreifen. Diesen Schwerpunkt auf die analogen Fähigkeiten im Primarbereich setzt das Impulspapier der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission der Kultusministerkonferenz unter Olaf Köller und Felicitas Thiel. Sie empfehlen, KI-Anwendungen wie *Large Language Models* erst am Ende der Sekundarstufe I nach und nach als Werkzeuge für die Schülerinnen und Schüler einzuführen.

Für die weiterführenden Schulformen gilt: Auch dort muss die Förderung von Deutsch als Bildungssprache in allen Schulfächern ein Schwerpunkt sein. Ein wichtiger Aspekt ist dabei: Die Wahl der weiterführenden Schulform sollte nach Anlagen und Fähigkeiten des jeweiligen Kindes gewählt werden, wobei die bisherigen Leistungen und die Einschätzungen der Lehrkräfte eine größere Rolle als der Elternwunsch spielen sollten. Die PISA-Ergebnisse 2022 wurden nicht nach Bundesländern aufgeschlüsselt. Doch die innerdeutschen Vergleichsstudien weisen darauf hin, dass Kinder und Jugendliche in den Bundesländern, die Wert auf den Leistungsgedanken legen und den Übertritt an die weiterführende Schule auch von Noten abhängig machen, auf allen Niveaus besser abschneiden. Auch die Zahl der Schulabbrecher ist in diesen Bundesländern niedriger.

Förderung leistungsstarker Kinder

Der Diskurs in Politik, Medien und Öffentlichkeit konzentriert sich nach der Veröffentlichung von Schulleistungsvergleichsstudien wie PISA oder der IQB-Bildungstrends auf die Gruppe der Kinder und Jugendlichen, die die Mindestanforderungen nicht erreichen. Zu Recht, denn sie brauchen am dringendsten Förderung, und Ansätze müssen gefunden und implementiert werden, damit nachfolgende Jahrgänge besser abschneiden können.

Darüber hinaus darf allerdings eine andere Gruppe nicht übersehen werden: die Schülerinnen und Schüler, die weit überdurchschnittlich abschneiden. Gerade in sehr leistungsheterogenen Schulklassen fokussieren sich Lehrkräfte auf die Förderung der Leistungsschwächeren, die Begabten laufen einfach mit, weil sie in den meisten Fällen „keinen Ärger“ machen und kaum Aufmerksamkeit einfordern. Aber auch sie benötigen eine bestimmte Form der Förderung, um ihre Begabungen im Schulalltag weiterzuentwickeln. Das Verhalten der Lehrkräfte in dieser Situation ist verständlich, denn auch ihnen stehen nur begrenzte Zeit und Energie zur Verfügung.

Dies führt zu einem weiteren Aspekt, der das Bildungswesen in Deutschland zunehmend belastet. Die Lehrerverbände unterschiedlicher Schulformen weisen bereits seit Jahren auf den sich entwickelnden Lehrkräftemangel hin; leider wurden diese Warnungen von der Bildungspolitik lange Zeit ignoriert und kleingeredet. Inzwischen ist der Lehrkräftemangel in aller Munde, alle Bundesländer suchen nach Quer- und Seiteneinsteigenden, Kinder und Jugendliche sind in ihrem Lernen belastet von zahlreichen Unterrichtsausfällen oder Vertretungsstunden, die fachfremd gehalten werden beziehungsweise eigentlich nur der Beaufsichtigung dienen.

Die vorhandenen Lehrkräfte im Schulsystem sehen sich konfrontiert mit großen leistungs- und verhaltensheterogenen Klassen, in denen sie die Kinder und Jugendlichen nicht mehr adäquat ihren Fähigkeiten und Begabungen gemäß fördern können. Zugleich sind sie belastet mit unterrichtsfernen Tätigkeiten. Viele gehen daher in Teilzeit, was den Mangel an Lehrkräften verstärkt.

Als Deutscher Lehrerverband fordern wir eine 130-Prozent-Lehrkräfteversorgung an allen Schulen. Damit würden Erkrankungen, Elternzeiten und Abwesenheiten aufgrund von Klassenfahrten und Fortbildungen aufgefangen und eine Unterrichtsabdeckung von 100 Prozent ermöglicht. Zeitweilig „überzählige“ Stunden stünden zur Förderung verschiedener Schülergruppen zur Verfügung.

In Zeiten des Lehrkräftemangels ist uns klar, dass die notwendige Zahl für diese Abdeckung auf dem Arbeitsmarkt aktuell nicht zur Verfügung steht. Daher ist es uns ein dringendes Anliegen, dass Lehrkräfte von unterrichtsfernen Aufgaben entlastet werden. Schulen benötigen flankierendes Personal für Schulverwaltung, Schulassistenten, Schulpsychologie, Sozial- und Jugendarbeit.

Erziehungspartnerschaft zwischen Elternhaus und Schule

Für alle Aspekte der Erziehung und Bildung gilt aber: Schulen und Lehrkräfte können nicht alles allein leisten und auffangen. Die OECD betont stets die wirtschaftlichen Auswirkungen mangelnder Kenntnisse und hat in dieser Hinsicht eine etwas eingeschränkte Perspektive. Neben den wichtigen Fähigkeiten und Kenntnissen, die Kinder und Jugendliche in den einzelnen Schulfächern lernen sollten und die sie brauchen, um ein eigenverantwortliches Leben zu führen, sind Schulen auch Orte der Demokratievermittlung und Medienbildung. Dieser Aspekt wird immer wichtiger, je mehr digitale Medien im Alltag und der Zugriff auf KI-Anwendungen in der breiten Bevölkerung zunehmen. Schulen leisten dort schon sehr viel, benötigen jedoch die Unterstützung der Gesellschaft auf vielen Ebenen – ebenso der Bildungs- und Finanzpolitik wie der Eltern.

Eine wichtige Voraussetzung für gelungene Bildungsbiographien ist eine Erziehungspartnerschaft zwischen Elternhaus und Schule. Kinder und Jugendliche sollten Grundlagen mitbringen: Grundlagen des sozialen Verhaltens, der Emotionsregulation, des Belohnungsaufschubs, eine gewisse Aufmerksamkeitsspanne, bestimmte motorische Fähigkeiten. Auf diesen Grundlagen können Schule, Eltern und Gesellschaft (etwa Institutionen wie Sportvereine, Musikschulen, Kinder- und Jugendclubs, Kirchen und andere religiöse Gemeinschaften) gemeinsam aufbauen.

Urbiologischer Antrieb

Ingo Froböse

Geboren 1957 in Unna, Sportwissenschaftler, Universitätsprofessor für Prävention und Rehabilitation im Sport, Deutsche Sporthochschule Köln, seit Mai 2023 Partner der Kölner Denkfabrik „Fischimwasser“.

Über Leistung im Sport

Herr Professor Froböse, Sie sind Autor zahlreicher Bücher zu den Themen Gesundheit, Ernährung und Sport. Kennen Sie das Geheimrezept für Spitzenleistungen im Sport?

Ingo Froböse: Das Allerwichtigste sind Leistungsbereitschaft, Talent und Disziplin. Der wichtigste Punkt ist: Es muss eine Spitzensportpersönlichkeit dahinterstecken, sonst wird man nicht erfolgreich.

Der deutsche Fußball ist zuletzt mit dem WM-Vorrunden-Aus der Frauen-Nationalmannschaft an einem Tiefpunkt angekommen. Was sind die Ursachen dafür?

Unbefriedigende Leistungen sehen wir nicht nur im Frauenfußball, sondern in vielen anderen Sportarten. Es gibt aber große Unterschiede. Wir haben sehr erfolgreiche Sportler in Randsportarten. In den populären und öffentlichkeitswirksamen Sportarten sind wir in den letzten Jahren nicht mehr so erfolgreich. Das betrifft insbesondere den Mannschaftssport, außer in den Bereichen Handball und Hockey. Den Leistungssport muss man deshalb differenziert betrachten.



Ingo Froböse auf der Tribüne im Leichtathletikstadion der Deutschen Sporthochschule Köln. Foto: @Sebastian Bahr

In bestimmten Sportarten beziehen wir uns zu sehr auf die Wissenschaft, das heißt, wir sind zu akademisiert und verlieren so die Freude am Spiel. Wir sind in vielen sportlichen Aktivitäten zu deutsch geworden, weil wir versuchen, alles zu hinterfragen, zu strukturieren, zu analysieren. Das ist insbesondere im Bereich des Fußballs in den letzten Jahren so gewesen. Darüber hinaus stellt sich die Frage: Sind wir im Individualsport überhaupt noch in der Lage, mitzuhalten? Leistungsbereitschaft ist im Spitzensport ein zentrales Thema. Aber das lernen wir in unserer Gesellschaft nicht mehr, vor allem nicht in Bildung und Ausbildung.

Bei der Leichtathletik-WM 2023 in Budapest gab es null Medaillen. Schafft sich die Sportnation Deutschland ab?

Das hoffe ich nicht! Aber wir haben das Betreiben von Sport als gesellschaftliche Relevanzgröße, als Kulturgut – wie wir es früher verstanden haben – komplett verloren. Erinnern wir uns nur daran, wie wir mit Sport, Bewegung und Training in der Coronazeit umgegangen sind. Es wurde alles geschlossen, und der Sport wurde als dunkle Wolke beschrieben, weil man sich dabei näher und in Körperkontakt kam. Sporttreiben war nur draußen möglich. Daran erkennt man, und das ist mittlerweile gesellschaftlich verankert, dass Sport keine große Bedeutung für die Kultur der Gesellschaft und für die Leistungsbereitschaft hat.

Im Sommer finden in Paris die XXXIII. Olympischen Sommerspiele statt. Was erwarten Sie von den Spielen in Paris?

In bestimmten Sportarten werden deutsche Sportlerinnen und Sportler zweifellos weiterhin reüssieren: Etwa im Bahnradsport sind wir herausragend, ebenso im Wassersport wie Kanu oder Rudern sind wir immer

noch Weltspitze. Das sind klassische deutsche Disziplinen. Im Bahnradsport haben wir viel bessere Rahmenbedingungen als andere Nationen. Da haben wir große Vorteile. Dort, wo wir über gute Infrastrukturen verfügen, werden wir auch in Paris erfolgreich sein. Aber dort, wo wir in den letzten Jahren Infrastrukturen abgebaut haben – beispielsweise bei Schwimmbädern oder Leichtathletikstadien, die den Fußballstadien geopfert wurden –, werden wir große Schwierigkeiten haben, erfolgreich zu sein. Gerade in den olympischen Kernsportarten Leichtathletik, Turnen und Schwimmen werden wir wahrscheinlich keine großen Erfolge erzielen können, weil sie gesellschaftlich nicht mehr so verankert sind, wie sie es früher waren.

Mangelnde Infrastruktur und fehlende gesellschaftliche Verankerung sind also die Hauptursachen für die Medaillenflaute ...

Das würde ich so sehen. Der Sport hat in der praktischen Ausübung keine große Bedeutung mehr. Die Fernsehzeit in Bezug auf die Sportberichterstattung hat hingegen zugenommen. Aber wir sehen, dass die Nation immer weniger aktiv Sport treibt. Das hängt unter anderem damit zusammen, dass wir die, die Sport treiben, teils aus der Gesellschaft verbannt haben. In vielen Kommunen ist es nicht gelungen, Sport attraktiv zu gestalten und weiterzuentwickeln. Die infrastrukturelle Unterstützung derer, die Sport treiben wollen, ist, wenn wir die Städte und Kommunen beobachten, in den letzten Jahren fast komplett weggebrochen, weil kaum noch in Sportstätten investiert wurde.

Welchen Wert hat es für ein Land, dass es Medaillen gewinnt? Ist der Wettkampf der Nationen nicht etwas Archaisches, das nicht mehr in die Zeit passt?

Wettkampfsport war im Zeitalter des Kalten Krieges von großer Bedeutung. Er war ein Nebenkriegsschauplatz, der es ermöglichte, über den Medaillenspiegel die Leistungsfähigkeit der politischen Systeme in Ost und West zu vergleichen. In den 1980er-Jahren – Moskau 1980 und Los Angeles 1984 – wurden die Olympischen Spiele durch gegenseitige Boykotte stark politisiert.

Diese große politische Bedeutung haben internationale Wettkämpfe heute nicht mehr, unter anderem auch, weil wir über Nationen hinausdenken. Dennoch gibt es auch heute Länderwettkämpfe. Ich glaube schon, dass dies immer noch in die Zeit hineinpasst, denn wir wollen Vergleich, wir wollen Wettkämpfe, wir wollen Leistungsschau. Das hat nicht nur mit der Frage zu tun, ob es archaisch ist; ich glaube, dass sich eine Nation auch durch die Leistungsbereitschaft der Menschen und damit durch die sportliche Leistungsfähigkeit charakterisiert, die sich über Medaillen repräsentiert.

Gibt es einen gemeinschaftsstiftenden Wert von Leistung?

Ja, auf jeden Fall! Gerade Kinder, wenn man sie denn lässt, wollen unbedingt Wettkämpfe machen, weil diese einerseits der Identifikation einer Person und der Heranbildung einer Persönlichkeit dienen, andererseits auch Gemeinsamkeit im Sinne des Spiels ermöglichen, indem man gemeinsam etwas geschafft und geleistet hat. Es kommt dabei nicht darauf an, dass wir immer nur die Besten in den Mittelpunkt rücken, sondern gerade wenn wir das Mannschaftsgefüge als zentral ansehen, hat jeder dort seine Position und seine Ressource, die er nach außen tragen kann.

Ich bin ein großer Freund davon, Leistung über die sportliche Aktivität als Sinnstiftung zu verstehen und nicht als negatives Momentum zu betrachten. Leistung ist ein völlig normales und natürliches Erlebnis, um sich zu differenzieren, und das wollen wir doch alle. Leistung ist ein urbiologisches Bedürfnis.

Im Spitzensport, aber auch bei Amateuren wird Leistung im Extremfall mit allen Mitteln gefördert, Stichwort Doping. Wie ist das einzuordnen?

Leider ist das so, vor allem dann, wenn Leistung mit Geld verbunden wird, was im Sport oft der Fall ist. Insbesondere im Spitzensport mit Werbeverträgen, mit Ansehen, mit der Möglichkeit, sich ins Rampenlicht zu stellen, greifen Menschen auch zu unlauteren Mitteln. Außer Frage steht aber, dass wir dringend Fairness im Sport brauchen. Doping in irgendeiner Form zu akzeptieren, vielleicht sogar freizugeben, ist inakzeptabel. Wer Dopingmittel einsetzt, gehört aus dem Sport ausgeschlossen. Ich verstehe auch nicht, warum Menschen im Breitensport Dopingmittel einsetzen. Auch das muss man ablehnen, weil diese Leute die Grundidee des fairen Sports nicht verstanden haben.

Machen Olympische Spiele vor dem Hintergrund von Dopingmissbrauch noch Sinn?

Ich würde die Grundidee der Olympischen Spiele deswegen nicht infrage stellen. Aber wir müssen besser werden in dem, wie wir Doping kontrollieren. Wir müssen uns zudem rückbesinnen auf die ursprüngliche olympische Idee. Was wir gerade erleben, ist eine immer weitergehende Kommerzialisierung, die Herr Bach vorantreibt. Bei dieser Kommerzialisierung werden ethische, moralische und humane Grenzen überschritten. Man darf die Idee nicht verkaufen, und das geschieht gerade.

Welche Perspektiven sehen Sie für die hehren Ziele von Riesen-sportveranstaltungen – auch vor dem Hintergrund, dass autoritäre Staaten die Spiele an sich ziehen und im Westen die Ablehnung der Bevölkerung wächst?

Sport steht nicht mehr im Mittelpunkt der Gesellschaft, er muss aber dahin zurück, muss dort wieder seine Bedeutung erfahren für das soziale Zusammensein von Menschen. Solange wir das nicht schaffen, wird es immer wieder dazu kommen, dass Menschen die Olympischen Spiele ablehnen, weil sie nur sehen, dass immense Kosten entstehen.

Hinsichtlich der Austragungsorte könnte ich mir für die Olympischen Spiele ein anderes Konstrukt vorstellen: Warum finden die Spiele nicht immer am gleichen Ort statt, zum Beispiel in Griechenland, dort, wo der Ursprung der Spiele war? So wie Wimbledon immer in Wimbledon und die Tour de France immer in Frankreich stattfinden. Genau so könnten die Olympischen Spiele irgendwann wieder ihren Ort in Griechenland haben.

Bei den Bundesjugendspielen soll der „Wettkampf“ durch „Wettbewerb“ ersetzt werden. Wie beurteilen Sie das?

Es ist ohne Frage gut, wenn wir alle mitnehmen und auch den Schwächeren die Möglichkeit geben, in irgendeiner Form „Leistung“ zu dokumentieren. Auf der anderen Seite bleiben unsere Talente und Spitzensportler, unsere motorisch und körperlich guten Jungen und Mädchen dabei auf der Strecke. Für bestimmte sportliche Aktivitäten kann der Verzicht auf Wettbewerb hilfreich sein, dass es aber überhaupt keine Differenzierung mehr gibt, ist meines Erachtens falsch. Der Leistungsgedanke gehört in die Schule und auch in den Schulsport. Auch in den anderen Schulfächern gibt es keine Neutralisierung, sondern Noten, die Leistungen dokumentieren.

Einem Kind ist es also auch zuzumuten, dass es verliert ...

Das gehört dazu, finde ich. Wir müssen auch Niederlagen verspüren, um unsere Grenzen zu erfahren, damit wir wissen, was wir uns zumuten und zutrauen können. Wenn ich niemals erfahre, wo meine persönlichen Grenzen liegen, dann sind die Konsequenzen möglicherweise viel größer. Insofern müssen wir auch Niederlagen so früh wie möglich erfahren und letztendlich erleben, dass wir, wenn wir resilient sind, aus ihnen wieder eigenständig herauskommen. Wie sonst soll ich etwa Resilienz und Leistungsbereitschaft erfahren, wenn nicht im Sport? Sieg und Niederlage gehören eng zusammen.

Wie sehen Sie die Situation des Schulsports in Deutschland?

Für mich beginnt der Skandal damit, dass der Schulsport zum Nebenfach deklariert wird. Sport ist die größte Ressource für die Wachstumsprozesse und für die natürliche biologische Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Wir sehen die negativen Auswirkungen, wenn wir die biologische Entwicklung von Kindern nicht durch entsprechende Reize

im Wachstumsprozess fördern. Die körperliche Förderung, die eng mit der geistigen, mentalen und sozialen Förderung zusammenhängt, muss sich deshalb in der Schule wiederfinden. Das ist aber nicht der Fall. In den Grundschulen, wo die Kinder ihre größten motorischen Entwicklungsschritte machen, gehören die kompetentesten Lehrkräfte in den Sportbereich. Im Grundschulalter wird der Bewegungsvirus entwickelt und die Qualität des Bewegungsvirus bestimmt. Dort setze ich Reize für ein lebenslanges aktives und gesundes Leben. Für mich heißt Gesundheitskompetenz Bewegungskompetenz. Der Schulsport ist aber in seiner Bedeutung völlig unterrepräsentiert. Das sieht man auch daran, in welchem Zustand die Sportstätten sind und welche Bedeutung sie für Schulen und Kommunen haben. Keine!

Sie haben einmal ein eigenes Sportministerium ins Spiel gebracht.

Warum haben wir einen Kulturstatssekretär, nicht aber einen Sportstaatssekretär? Warum gibt es Beauftragte für alle möglichen Belange, aber nicht für den Sport? Der Sport ist im Innenministerium angesiedelt, und da ist er komplett falsch, weil dort in der Regel nur der Spitzensport im Fokus steht. Es geht dort nur um das Medaillenzählen und das Zuschustern von Unterstützung für die jeweiligen Sportfachorganisationen. Der Breitensport und seine gesellschaftliche Relevanz, das ist ein interdisziplinäres und interministerielles Aufgabenfeld. Hierfür brauchen wir entweder ein eigenes Ministerium oder einen Staatssekretär, der eine klare institutionelle Verantwortung repräsentiert.

Inwieweit gehören Spitzen- und Breitensport zusammen?

Sie gehören unmittelbar zusammen! Ohne den Breitensport kann sich keine Spitze entwickeln. Man braucht die Basis, und aus der Basis heraus entwickeln sich die Talente. Wir brauchen ein breites Fundament, um zu reüssieren und zu sehen, welche Athleten aus der Masse herauswachsen.

Was erwarten Sie von der Fußball-Europameisterschaft in Deutschland?

Deutschland wird weit kommen. Ich bin mir sicher, dass die Nationalelf ins Halbfinale kommen wird, weil Julian Nagelsmann versteht, wie er seine Aufgaben machen muss. Wichtig ist, dass wir wieder Spielfreude bei den Deutschen sehen. Die Akademisierung des Sports sollte ein wenig nachlassen, denn Sport, Spiel, Spaß und Spannung gehören unmittelbar zusammen. Das sollten die Sportler und gerade die Fußballer wieder gewinnen. Gelingt ihnen das, sind wir auf jeden Fall im Halbfinale dabei.

Das Interview führte Ralf Thomas Baus am 16. Februar 2024.

Das böse L-Wort

John von Duffel

Geboren 1966 in Göttingen, Schriftsteller, Dramaturg und Professor für Szenisches Schreiben an der Universität der Künste Berlin.

Ein Babyboomer über den Abschied von der Leistungsgesellschaft

Noch nie war es für einen Babyboomer so schwer, die Welt zu verstehen.

Und damit meine ich nicht die Weltlage mit ihren multiplen Krisen, die kein Mensch mehr versteht, sondern den Teil der alltäglichen Welt, den alle anderen Generationen zu verstehen scheinen, nur eben der Babyboomer nicht. Wenn man einem der geburtenstärksten Jahrgänge angehört wie ich (Jahrgang 1966), dann ist das Leben vom ersten tapsigen Babyschritt an ein Wettbewerb: Wer steht früher auf eigenen Füßen? Wer kann schneller laufen? Wer ist als Erster im Ziel? Der Babyboomer kommt zur Welt und weiß: Wir sind viele. Wenn er ein gutes Leben haben will, muss er nicht nur etwas leisten, sondern mehr leisten als andere. Auf die Plätze, fertig, los ...!

Babyboomer zu sein, heißt, kompetitiv geboren zu werden. Das gilt für das eigene Elternhaus (in der Regel hat der Babyboomer Geschwister und wächst hinein in eine möglicherweise lebenslange familiäre Rivalität). Das gilt aber auch für die Schule, die mit der Schule von

heute nicht mehr viel gemeinsam hat. Sicher, es gab auch große Klassen, aber nicht wegen Lehrermangel, sondern weil wir so viele Kinder waren. Es gab sogar zu viele Lehrer! Anfang der 1980er-Jahre herrschte Lehrerschwemme, und das war vielleicht sogar die wirkungsvollste pädagogische Maßnahme aller Zeiten. Ein arbeitsloser Lehrer ist didaktisch wertvoller als zehn überbeschäftigte, bis zum Burnout gestresste Kolleginnen. Denn ein arbeitsloser Lehrer bedeutet: Selbst unter den vollausgebildeten schulischen Autoritäten herrscht ein ständiger Wettbewerb, auch ihre Existenz ist nicht gesichert. Du kannst Abitur machen, ein Studium, ein Referendariat absolvieren, den ganzen Lehrstoff beherrschen – und trotzdem im Abseits landen. Nimm das, Akademiker!

Um den Babyboomer zu verstehen, muss man wissen, dass ihn das Gespenst der Arbeitslosigkeit durch seine Schultage und vor allem durch seine Nächte verfolgt. Damals, Ende der 1970er-, Anfang der 1980er-Jahre, bedeutete die magische Zahl von einer Million Arbeitslosen den Untergang des Abendlandes. Für die Post-Wirtschaftswunderrepublik war das eine Horrorgeschichte: Menschen, die nicht gebraucht werden, die kein nützliches Mitglied der Gesellschaft sind! Und indem ich das schreibe, fällt mir auf, dass ich die Formulierung „nützliches Mitglied der Gesellschaft“ seit Jahrzehnten nicht mehr gehört habe, nachdem sie mir in den ersten zwei Jahrzehnten meines Lebens ständig eingetrichtert worden war.

„Versetzung gefährdet“

Die Botschaft der Arbeitslosenzahlen damals lautete: Es werden nicht alle gebraucht, also sei froh, wenn du gebraucht wirst! Und das haben die Babyboomer bis heute verinnerlicht. Für die meisten von uns war und ist Leistung der Kampf gegen das tiefverwurzelte Gefühl der eigenen Überflüssigkeit.

Wer auf Leistung gepolt ist, kennt auch den Gegenpol des Versagens – und die Angst davor. Das fängt mit den Schulnoten an. Nie werde ich das Entsetzen meiner Eltern vergessen, als ich am Ende meines ersten Schuljahrs mit dem Zeugnissatz nach Hause kam: „John hat einen befriedigenden Anfang genommen.“ – „Befriedigend“ bedeutet in Zahlen „3“. Das war überhaupt nicht befriedigend. „Befriedigend“ war der Anfang vom Ende!

Die Angst, nicht gut genug zu sein, zu versagen und hoffnungslos abzustürzen, war Teil der Ausbildung. Meine erste Schülerband trug nicht umsonst den Namen „Versetzung gefährdet“. In der Schultheatergruppe spielten wir *Tod eines Handlungsreisenden*. Schule, das war ein sozialdarwinistischer Selektionsprozess. Je höher die Klassen, desto kleiner. Die leeren Plätze der Sitzengebliebenen wurden immer weniger

durch ältere Sitzenbleiber aufgefüllt. Die ersten Abbrecher verließen die Schule in Richtung einer ungewissen Zukunft. Nicht einmal ein Drittel schaffte das Abitur.

Mit Pennälerspässen à la *Feuerzangenbowle* haben die Schulerinnerungen eines Babyboomers wenig zu tun. Schule war eine Einübung in die Leistungsgesellschaft. Schon allein deshalb wäre es den meisten Babyboomer-Eltern nicht eingefallen, die Lehrer für schlechte Zensuren ihrer Kinder verantwortlich zu machen. Das heißt keineswegs, dass früher alles besser war oder gar „gerechter“ – mitnichten. Es war ein völlig anderes Paradigma: Ein guter Lehrer war damals einer, der schlechte Zensuren verteilt. Heute wird ein Lehrer am Notendurchschnitt seiner Schüler gemessen. Und er gerät unter Rechtfertigungsdruck, wenn dieser Durchschnitt schlechter ist als bei den Kollegen.

Kompetenzerwerb statt Leistung

Wie weit die Abkehr von der selektiven Leistungsethik der Babyboomer-Schulzeit geht, wurde mir erst klar, als ich gut zwanzig Jahre später erstmals selbst eine Prüfungsordnung für einen Studiengang an der Universität der Künste in Berlin mitverfassen durfte. Die Hochschullandschaft hatte inzwischen den Bologna-Prozess durchlaufen mit dem offiziellen Ziel, eine europaweite Harmonisierung und internationale Vergleichbarkeit zwischen Studienleistungen herzustellen. Inoffiziell war die Umstellung auf Bachelor und Master eine gigantische Rationalisierungs- und Sparmaßnahme, um durch Regelstudienzeiten und Punktesysteme gegen saumselige Studenten vorzugehen.

Auf den ersten Blick ist die Bologna-Reform eine Verschulung des Studiums. Somit hatte der Babyboomer in mir erwartet, dass sie die Übertragung der Leistungsethik auf die letzten akademischen Freiräume sein würde. In den Richtlinien war dementsprechend von Leistungspunkten die Rede. Doch ich staunte nicht schlecht, dass die eigentliche Zielsetzung des Studiums nicht als „Leistung“ definiert war, sondern als „Kompetenzerwerb“. Fast schien es, als wolle man trotz Verschulung des böse L-Wort möglichst vermeiden, um dem veränderten Zeitgeist Rechnung zu tragen. Demnach sind Studierende gleichsam Kunden, die an internationalen Instituten durch ihre Studiengebühren und das Durchlaufen verschiedener Module Kompetenzen „erwerben“.

Wichtig an dieser scheinbar kleinen Bedeutungsverschiebung vom Leistungsziel zum Kompetenzerwerb ist die Frage der Zurechenbarkeit. Wer ist verantwortlich in dem Fall, dass es schiefgeht? Bei einer Leistung ist das klar: Erbringe ich sie nicht, bin ich selbst schuld – so die simple Babyboomer-Rechnung. Beim Kompetenzerwerb sieht das schon anders aus: An wem liegt es, wenn ich in den angebotenen Seminaren die

in Aussicht gestellte Kompetenz nicht erwerbe und am Ende nichts kann? Liegt es an mir oder hat der Prof versagt? Schuldet mir die Uni möglicherweise die nicht erworbene Kompetenz? Kann ich sie vielleicht sogar einklagen? Und wenn ein Prof sie mir nicht bescheinigt: Stellt er sich damit nicht selbst ein schlechtes Zeugnis aus?

Wählerische Arbeitskraftgeber

Die unklare Zurechenbarkeit ist nur einer der Gründe, warum ich als Babyboomer die Prüfungsordnung nicht verstehe, an der ich selbst mitgeschrieben habe. Sie ist – um das Wort „widersprüchlich“ zu vermeiden – hybrid: einerseits schulische Leistungskontrolle, andererseits ein Dienstleistungsmodell, so als wäre die Uni eine Art Bildungsservice für Studierende, bei dem sie die Kompetenzen erwerben, die sie gern hätten. Leistungskontrolle und Anspruchsdenken treffen zusammen. Das führt zu Rollenkonflikten. Die Studierenden schwanken zwischen klausurgeplagten Dauerprüflingen und Bildungskonsumenten; die Dozierenden eiern herum zwischen Dienstleistern und Lehrautorität. Und dieser Widerspruch (jetzt schreibe ich es doch) ist an den Hochschulen und Schulen heute die Realität.

Das liegt nicht nur an der Demografie, aber auch. Als Babyboomer kann man sich nur verwundert die Augen reiben, wenn man sieht, wie sich die Selektionsprozesse umkehren: Je weniger junge Menschen in die Ausbildung starten, desto mehr suchen sich die Studierenden die Hochschulen aus, die Azubis die Betriebe und die Fachkräfte die Unternehmen. Auf Messen, digitalen Plattformen und in den sozialen Medien umwerben Firmen potenzielle Schulabgänger. Arbeitgeber treten nicht mehr als Arbeitgeber auf, sondern als Arbeitskräftesuchende, die sich einer mehr oder weniger kleinen Zahl wählerischer Arbeitskraftgeber (vormals Arbeitnehmer) gegenübersehen.

Entsprechend sinken die Leistungsanforderungen in Form von *Workloads* und Wochenarbeitszeiten bei gleichzeitig steigenden Ansprüchen. Für einen Babyboomer ist das zwar verkehrte Welt, aber noch halbwegs nachvollziehbar. Völlig unverständlich wird es erst beim Blick auf die kosmetisch ohnehin geschönte Arbeitslosenstatistik und eine Zahl von 2,8 Millionen Arbeitslosen (Kurzarbeit und Unterbeschäftigung nicht mitgerechnet) – eine Größenordnung, bei der wir uns in den 1980er-Jahren wohl kollektiv in den Suizid gestürzt hätten.

Das ist kein Plädoyer für eine Rückkehr zur selektiven Leistungsgesellschaft von vorgestern und schon gar nicht für das FDP-Motto „Leistung muss sich wieder lohnen“, ausgegeben von einer Partei, in der sich vor allem der Lobbyismus lohnt. Es ist nur Ausdruck einer tiefen Verunsicherung angesichts eines immer weiter aufwachsenden

Anspruchsdenkens, das sich kaum noch befrieden lässt und mehr und mehr Unzufriedenheit produziert. Es ist Ausdruck meiner inneren Kapitulation vor einer immer heikleren Work-Life-Balance nachfolgender Generationen, für die so vieles eine Zumutung darstellt, dass ich es schon gar nicht mehr wage, das böse L-Wort überhaupt in den Mund zu nehmen.

Die wahre letzte Generation!

Ich könnte mich damit abfinden, ein Dino aus der geburtenstarken Vorzeit zu sein. Ich könnte damit leben, auszusterben, nachdem die Leistungsgesellschaft, die mich hervorgebracht hat, längst Geschichte ist. Das ist der Lauf der Zeit. Es gibt nur eins, was mich fassungslos macht, um nicht zu sagen, abgrundtief einsam, und das sind nicht die alternativen Lebensentwürfe der jüngeren Generation, sondern die Gespräche meiner Altersgenossen über Rententabellen und Pensionsansprüche. Es ist ihre scharf kalkulierte und unverhohlene Vorfriede auf einen leistungsfreien Lebensabend bei guten Bezügen.

Liebe Mitbabyboomer, Co-Saurier, Freunde, was ist in euch gefahren? Wie könnt ihr nur? Das ist Verrat! Statt Fahrradtouren durchs Weserbergland und Kanuabenteuer im Spreewald zu planen, sollten wir lieber so kompetitiv und leistungsorientiert aus dem Leben scheiden, wie wir gestartet sind. Wir sollten dem Anspruchsdenken zeigen, was eine Harke ist, und auf unsere Rente verzichten, das Leistungsprinzip hochhalten und als Letzte von Bord gehen. Wir sind viele – nicht mehr ganz so viele, aber immer noch. Und wir können noch immer die Welt verändern, die wir so lange nicht verändert haben. Lasst uns nicht zu nörgeligen Leistungsempfängern werden, sondern in Würde weiterarbeiten bis zum Umfallen! Wir sind die wahre letzte Generation!

Weniger Arbeit, mehr Freizeit?

Fridericke Hardering
Geboren 1980 in Krefeld, Professorin für Zukunft der Arbeit und Digitalisierung, FH Münster, mit den Forschungsschwerpunkten Arbeitssoziologie, digitale Transformation der Arbeitswelt, Sinn der Arbeit, New Work und neue Führung.

Neue Perspektiven auf Generationenunterschiede und Arbeitsorientierungen

In ihrem einflussreichen Werk *Vita activa oder Vom tätigen Leben* sorgte sich Hannah Arendt Ende der 1950er-Jahre, dass der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgehen könnte. Gegenwärtig stellt sich die umgekehrte Frage: Was tun, wenn

der Arbeitsgesellschaft die Arbeitenden ausgehen?

Im Kontext des Fachkräftemangels spitzt sich derzeit die Debatte über unterschiedliche Einstellungen zur Arbeit zu: Vielfach finden sich stereotype Beschreibungen, nach denen die fleißigen Babyboomer nun den Arbeitsmarkt verlassen und in Rente gehen und dafür eine vermeintlich arbeitsscheue und weniger leistungsbereite Generation Z nachrückt. Doch wie stichhaltig ist die These, dass die Generation Z – die zwischen 1995 und 2010 Geborenen – sich von Vorgängergenerationen

unterscheidet und weniger leisten will? Tatsächlich gibt es in empirischen Studien kaum Belege für die These klarer Generationenunterschiede bei den Arbeitsorientierungen.

Vielmehr sind es andere gesellschaftliche Veränderungsprozesse, die die Wahrnehmung der Unterschiede zwischen Generationen verstärken können. Hierzu zählt zum einen ein gesellschaftlicher Trend hin zu einer stärkeren Freizeitorientierung, der sich unabhängig von Generationen vollzieht. Weiterhin zeigt sich ein wachsender Wunsch nach kürzeren Arbeitszeiten und mehr Flexibilität. Statt Generationenunterschiede zu betonen, erscheint es sinnvoller, sich auf die großen Linien des Wandels der Arbeitsgesellschaft zu konzentrieren.

Übereinstimmung zwischen den Generationen

Es scheint ein festes Narrativ über die Arbeitsmoral der jungen Generation, insbesondere der Generation Z, zu existieren. Ihr wird vielfach zugeschrieben, weniger arbeiten, mehr Freizeit und mehr Work-Life-Balance haben zu wollen. Zudem wird vermutet, dass diese Wünsche – verglichen mit denen früherer Generationen wie der Generation X (1965 bis 1980) und Y (1980 bis 1995) und insbesondere der Generation der Babyboomer (1946 bis 1964) – anders und neu sind. Ein Blick auf die Datenlage zeigt, dass die Wünsche der Generation Z an Arbeit gar nicht so anders als die von anderen Generationen sind. Auch finden sich wenig Unterschiede im beruflichen Engagement. Beispielsweise wünschen sich Angehörige der Generation Z eine gute Balance zwischen Arbeit und Freizeit, einen sicheren Job, der auch Spaß macht, der Selbstverwirklichung und Zeit für Hobbys und die Familie bietet.

Wenn man diese Wünsche mit denen der Generation Y vergleicht, sind deutliche Übereinstimmungen erkennbar. Auch der Vergleich der Generation Z mit anderen Generationen zeigt: Je genauer in Studien Generationenunterschiede analysiert werden, desto kleiner werden sie. Zugespitzt kann man sagen: Der Konflikt zwischen den Generationen ist ein Scheinriese, und vieles spricht gegen die These unterschiedlicher und klar differenzierbarer Generationen. Vielmehr zeigen sich vielfältige Gemeinsamkeiten bei den Arbeitsorientierungen.

Doch warum erleben so viele Menschen in ihrer alltäglichen Erfahrung große Unterschiede zwischen jüngeren und älteren Beschäftigten, die sie als Generationenunterschiede deuten? Ein Grund dafür sind stereotype Vorstellungen, die die Wahrnehmung der Unterschiedlichkeit verstärken: Die eigene Generation wird als ähnlich wahrgenommen und Unterschiede werden ausgeblendet, während die Unterschiede gegenüber anderen Generationen häufig überschätzt werden.

Entsprechend ist es elementar, solche stereotypen Vorstellungen abzubauen, da sie den Blick auf die tatsächlichen Orientierungen verstellen.

Studien zeigen zudem, dass sich zwei Effekte überlagern, die zu dieser Interpretation führen. *Erstens* gibt es Alterseffekte: Jüngere wie ältere Menschen messen der Arbeit einen geringeren Stellenwert zu als Personen mittleren Alters. Insofern haben jüngere Menschen eine andere Einstellung zur Arbeit; diese hat aber nichts mit der Generationszugehörigkeit, sondern mit dem Alter zu tun, und es ist davon auszugehen, dass sich ihre Einstellung verändert, wenn sie in neue Lebensphasen eintreten. *Zweitens* gibt es einen langfristigen gesellschaftlichen Trend, der darin besteht, dass die Bedeutung von Freizeit leicht zunimmt und die Zentralität der Arbeit abnimmt. Wenn sich diese Prozesse überlagern, verdichtet sich die Wahrnehmung, dass es sich um Generationenunterschiede handelt (Schröder 2023).

Unterwegs in die Freizeitgesellschaft?

Vor dem Hintergrund des Bedeutungsgewinns von Freizeit lässt sich fragen, ob wir nun unterwegs zur „Freizeitgesellschaft“ sind. Ein Blick in einschlägige Studien zeigt, dass die Zentralität der Arbeit, also die Wichtigkeit von Arbeit im Leben, in Deutschland hoch ist. Arbeit bleibt gleich nach der Familie der wichtigste Lebensbereich (Hardering/Will-Zocholl 2022). Gleichzeitig gibt es einen leichten Trend des Bedeutungsverlustes von Arbeit über die letzten Jahrzehnte. Zudem wird die Freizeit wichtiger. Darüber hinaus wird es laut Daten des *World Values Survey* von Befragten positiv bewertet, wenn Arbeit in Zukunft einen geringeren Stellenwert hätte. Arbeit ist also immer noch wichtig, sie ist aber im Leben nicht mehr so relevant wie vor ein paar Jahrzehnten. Dieser Trend ist unabhängig von Generationen, sondern er hängt mit dem Zeitverlauf zusammen. Je später im Verlauf der Zeitachse der vergangenen Jahrzehnte man befragt wird, desto eher misst man der Arbeit einen geringeren Wert zu.

Ein ähnlicher Trend zeigt sich bei den Arbeitszeitwünschen: In den letzten Jahren finden sich vermehrt Wünsche nach kürzeren Arbeitszeiten. Diese schließen an einen lang anhaltenden historischen Trend zur Reduzierung der Arbeitszeiten an und sind keineswegs neu. Während der Corona-Pandemie hat sich dieser Trend fortgesetzt. Wichtig ist allerdings, zu sehen, dass die Wünsche nach einer moderaten Kürzung der Arbeit auf veränderte partnerschaftliche Rollenmodelle und eine andere Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit zurückzuführen sind. Noch mehr als um die Verkürzung geht es in diesem Kontext um die Flexibilisierung von Arbeitszeiten auch über verschiedene Lebensphasen hinweg und um mehr Gestaltungsspielräume bei der Arbeit

(Wanger/Weber 2023). Die Wünsche zielen somit nicht nur auf Freizeit im Sinne von Erholung oder Hobbys, sondern auch auf eine andere Verteilung von Sorgetätigkeiten und mehr Zeitgerechtigkeit.

Arbeitsgesellschaft im Umbruch

Deutlich wird, dass die Diskussion über Generationenunterschiede ein falsches Bild der gegenwärtigen Veränderungsprozesse erzeugt. Denn der Wandel von Arbeitsorientierungen hat wenig mit Generationen und dafür umso mehr mit Vorstellungen eines anderen Arbeitens zu tun, bei denen es um zeitliche Gestaltungsmöglichkeiten von Arbeit und Leben und sinnvolles Tätigsein geht, die gesamtgesellschaftlich seit langer Zeit bedeutsamer werden.

Entscheidend für eine fruchtbare Diskussion über die Gestaltung der Arbeitswelt wird sein, die hier skizzierten Wünsche nach einer veränderten Bedeutung von Erwerbsarbeit nicht als Wunsch einer Generation abzutun, sondern sie als gewachsene Wünsche unterschiedlicher Gruppen zu deuten. Erst vor diesem Hintergrund kann sinnvoll darüber nachgedacht werden, wie diese Wünsche mit den Herausforderungen des Arbeitskräftemangels im Kontext einer sich transformierenden Gesellschaft in Ausgleich gebracht werden können.

Literatur

Hardering, Friedericke / Will-Zocholl, Mascha: „Stichwort: Arbeitsgesellschaft“, in: Bohn, Rainer / Hirsch-Kreinsen, Hartmut / Pfeiffer, Sabine / Will-Zocholl, Mascha (Hrsg.): Lexikon der Arbeits- und Industriosozilogie, edition sigma in der Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2022, S. 71-75.

Hardering, Friedericke: „Die Generation Z und die Bedeutung von Arbeit. Über die Arbeitsorientierungen der Generationen“, in: BKK Gesundheitsreport 2023, 07.12.2023, S. 223-227, www.bkk-dachverband.de/publikationen/bkk-gesundheitsreport [letzter Zugriff: 21.03.2024].

Schröder, Martin: „Work Motivation Is Not Generational but Depends on Age and Period“, in: Journal of Business and Psychology, 06.11.2023, <https://doi.org/10.1007/s10869-023-09921-8> [letzter Zugriff: 21.03.2024].

Wanger, Susanne / Weber, Enzo: Arbeitszeit: Trends, Wunsch und Wirklichkeit. IAB-Forschungsbericht, Nr. 16/2023, <https://doku.iab.de/forschungsbericht/2023/fb1623.pdf> [letzter Zugriff: 21.03.2024].

Bloß keine Nachfragen Drei Perspektiven auf Effizienzprogramme

Judith Muster

Geboren 1979 in Berlin, promovierte Soziologin, Partnerin bei Metaplan® - Gesellschaft für Planung und Organisation mbH, Co-Geschäftsführerin der Gesellschaft für Verwaltungsinnovation, Akademische Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Organisations- und Verwaltungssoziologie, Universität Potsdam.

Andreas Hermwille

Geboren 1988 in Köln, Soziologe, Co-Host des Podcasts „Der ganz formale Wahnsinn“.

Hört man CEOs auf ihrer Jahreshauptversammlung sagen: „Wir werden nicht müde in unserem Streben nach größtmöglicher Effizienz“, dann ist das dem Publikum wahrscheinlich nicht mal ein Gähnen wert.

Solange nicht erläutert wird, wie genau das Streben aussieht, was mit Effizienz gemeint ist, bleibt es nur eine leere Worthülse.

Das Streben nach effizienten Arbeitsabläufen ist ein „No-Brainer“ – jedenfalls innerhalb des betriebswirtschaftlich geprägten Managementdiskurses. Was soll eine auf Wertschöpfung ausgelegte Organisation denn anderes wollen, als den Einsatz so gering wie möglich zu halten, bei gleichzeitiger Erzielung größtmöglicher Ergebnisse? Doch gerade diese Selbstverständlichkeit macht Effizienzstreben interessant für die Organisationssoziologie. Denn aus soziologischer Perspektive ist klar, dass es gar nicht so einfach ist, einzuschätzen, wie viel Aufwand und Einsatz für ein Ergebnis verantwortlich ist. Umso erstaunlicher ist es, wie ausgefeilt die Mess- und Vergleichsmethoden sind, die für die Bestimmung organisationaler Effizienz bereitstehen.

Man kennt es aus dem Energiediskurs: Gut gedämmte Häuser speichern effizienter Wärme über einen gewissen Zeitraum. Effiziente Fahrzeuge verbrauchen weniger Brennstoff auf einer gewissen Strecke. Grad Celsius pro Stunde, Liter pro Kilometer: Für physikalische und chemische Prozesse sind X- und Y-Achse einer Messung zügig festgelegt. In Organisationen ist das mitunter schwieriger. Je weiter man sich von materiellen oder geistigen Produkten entfernt, deren Herstellungskosten ihrem erzielten Verkaufswert gegenübergestellt werden können, umso diffuser wird das Bestimmen des Aufwands, umso mehr muss diskutiert werden, was genau das Ergebnis ist.

Glücklicherweise kennt die Betriebswirtschaftslehre zahlreiche Werkzeuge und Methoden, die diese Unsicherheit absorbieren können. Oft sind es implizite Vorannahmen, die ihren Einsatz vereinfachen. Wenn sich eine Organisation etwa entscheidet, ihren Research- und Development-Bereich einem Benchmarking zu unterziehen und ihre Effizienz mit der Konkurrenz zu vergleichen, so muss natürlich angenommen werden, dass ein solcher Vergleich zu Erkenntnisgewinn führen kann. Dafür ist es notwendig, gewisse Aspekte der Dynamik in Organisationen unbeleuchtet zu lassen und die Vorannahmen der Betriebswirtschaftslehre, wie eine Organisation funktionieren sollte, als Ist-Zustand anzunehmen.

Bürokratieabbau kann Prozesse verlangsamen

Legt man die gleiche Orientierung – ein Streben nach Effizienz – an, nutzt aber organisationssoziologische statt betriebswirtschaftlicher Werkzeuge, ergibt sich ein anderes Bild. Der größte Unterschied ist, dass die Organisationssoziologie ihrem Gegenstand große Komplexität zugeht. Dazu gehören zwei grundsätzliche Annahmen: Zum einen gibt es meist nicht die *eine* objektiv richtige, weil rationale Entscheidung, sondern viele. Gerade da, wo die Arbeitsteilung weit ausdifferenziert ist, gibt es umso mehr Antworten darauf, was richtiges Handeln ist. Zum anderen haben Organisationen zwar die besondere Möglichkeit, sich selbst zu regeln und bindende Entscheidungen über das Verhalten ihrer Mitglieder zu treffen. Doch folgt ihr Innenleben einer Eigendynamik, das sich genauer Steuerung entzieht.

Will man eine Organisation nachhaltig verändern, muss man von allgemeinen Vorannahmen Abstand nehmen und genau verstehen, welche spezifischen Rationalitäten und Eigendynamiken in ihr wirken. Ein Mittel für diesen Erkenntnisgewinn ist der Einsatz des Dreiseitenmodells. Es unterteilt eine Organisation in die formale, die informale sowie die Schauseite.

Die formale Seite umfasst alle getroffenen Entscheidungen und Regeln, die in der Organisation gelten: Was muss ein Mitglied leisten, um Teil der Organisation bleiben zu können? Wo ist sein Platz im Organigramm? Was ist für die Rolle das richtige Verhalten? Wann begeht man einen Regelverstoß?

Die wichtigste Funktion formaler Regeln ist: Sie sorgen für Erwartungssicherheit. Man kann (grundsätzlich) davon ausgehen, dass sich die Kolleginnen und Kollegen sowie Vorgesetzte an die formalen Regeln halten. Und wenn man sich selbst an Regeln und Strukturen hält, darf man sich sicher sein, nichts falsch zu machen. Hier setzen Effizienzprogramme typischerweise an. Sie untersuchen die Formalstruktur mit Blick auf die Frage: Was ist auf dem Weg zum Ergebnis unnötig – oder gar im Weg? Wo sind zum Beispiel mehr Rollen für eine Aufgabe vorgesehen, als „*rational betrachtet*“ gerechtfertigt ist? Welche Prozesse sind zu aufgeblasen? Hier kann ein bemerkenswertes Phänomen beobachtet werden: Bürokratieabbau kann Prozesse verlangsamen.

Formalstruktur ist oft besser als ihr Ruf. Gerade im Absorbieren von Unsicherheiten leistet sie Erstaunliches. Sich vorhandener Strukturen zu entledigen, ist also nicht per se effizient. Ein umfangreiches Konditionalprogramm, das zum Abarbeiten von Kundenanfragen dient, mag auf Kunden wie ein bürokratisches, ineffizientes Monstrum wirken. Doch geht der Rotstift zu weit durch die Bürokratie, wird das Durcharbeiten des Prozesses durch Einzelfallprüfungen ersetzt. Dann dauert es nicht lange, und die Abteilung, die vom Paragrafenschwung befreit wurde, wünscht sich – für das effizientere Arbeiten – standardisierte Verfahren.

Effizienzprogramme in der Informalität

Alle, die sich in Organisationen bewegen, wissen aber, dass es im Arbeitsalltag weit mehr Regeln zu beachten gibt als die formal festgehaltenen. Ebenso gibt es formale Regeln, die zwar irgendwann verkündet wurden, allerdings im Laufe der Zeit in die Irrelevanz erodiert sind. Oder Mitglieder erleben sich sogar sozial sanktioniert, wenn sie auf die Existenz dieser Regeln hinweisen. Die informale Seite der Organisation umfasst alles, was sich allmählich als Reaktion auf die gesetzten formalen Verhältnisse ergibt: das Gesetz der (organisationalen) Straße.

Formal muss die Präsentation entlang der Hierarchie abgestimmt werden – erfahrungsgemäß ist es jedoch leichter, wenn der Dienstweg kurz gehalten und Vorgesetzte vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Formal steht vor der Lieferung an den Kunden die umfassende Qualitätsüberprüfung – aber niemand hat dafür Zeit. Also reicht es, den Haken im Prozess zu setzen. Formal ist um 17.00 Uhr Feierabend – aber wer da zur Jacke greift, erntet Blicke und ein: „Na, halben

Tag frei genommen?“ Solche und ähnliche Phänomene kennt nahezu jede Organisation. Das legt eine These nahe: Mitarbeitende stecken oft in straffen Effizienzmaßnahmen. Nur will die formale Organisation diese gar nicht kennen.

Wie bereits angedeutet, darf man die informale Seite der Organisation nicht als den Teil verstehen, in dem alles nur Teamgeist und Spaß ist, während auf der formalen Seite die Arbeit geschieht. Die informale Seite verarbeitet in erster Linie die Widersprüche der formalen Seite und hält die Organisation am Laufen. Das drückt sich auch in ihren Effizienzmaßnahmen aus, die härter sind, als die formale Organisation sie je veranlassen könnte. Ein Beispiel dafür kann man in manchen Filialen des Einzelhandels beobachten. Wenn die Personaldecke dünn ist, aber die zu leistenden Aufgaben zu Schichtbeginn gleichbleibend umfangreich sind, stellt die Organisation ihre Mitarbeitenden vor ein Problem. Sie lösen es, indem sie noch früher als vorgesehen mit der Arbeit beginnen. Gleichzeitig verzichten sie auf ein vorzeitiges Einstempeln, denn das ist verboten: wegen des Arbeitszeitgesetzes.

Das Vorgehen ist für die Organisation so lange funktional und effizient (mehr Arbeitskraft bei gleichen Kosten), wie die Mitarbeitenden zu dieser Zumutung bereit sind. Doch kann sie nicht steuern, wer wie viele unbezahlte Überstunden leistet und wer vielleicht besser Pause machen sollte, um die Überlastung zu reduzieren oder nicht bald den Job ganz hinzuwerfen. Es ist eine informale Effizienzmaßnahme, außerhalb formaler Kontrolle.

Effizienzstreben auf der Schauseite

Schauseiten bilden sich in und um Organisationen entlang ihrer Umweltgrenzen. Es sind die mal mehr, mal weniger schillernden Fassaden, die die eigentlichen Arbeitsabläufe etwas schöner und professioneller darstellen, als sie üblicherweise sind. Ein Vertriebsteam pflegt seine Schauseite gegenüber der Abteilungsleitung, wenn es wortreich beschreibt, wie aufwendig eine Akquise war, obwohl der Kunde das Produkt schon beim ersten Gespräch kaufen wollte (sehr effizient!). Die Abteilung baut eine Schauseite auf, wenn ihre Mitglieder dazu angehalten werden, Konflikte abteilungsintern zu klären und gegenüber anderen Kolleginnen und Kollegen Einigkeit zu demonstrieren. Der CEO auf der Jahreshauptversammlung arbeitet an der Schauseite der gesamten Organisation, wenn er öffentlich das Streben nach Effizienz verkündet.

Mithilfe der Schauseiten wird vor dem jeweiligen Publikum die Erfüllung von Erwartungen dargestellt: Das Vertriebsteam arbeitet hart – und erfolgreich. Die Zusammenarbeit in der Abteilung läuft reibungslos. Das Unternehmen erwirtschaftet Gewinne und arbeitet daran,

dass sie sich noch erhöhen. Die Logik ist in allen drei Fällen gleich: Wo Erwartungen erfüllt werden, gibt es keine Irritation. Keine Irritation bedeutet üblicherweise, dass es keine Nachfragen gibt. Und das ermöglicht ein störungsfreies Weiterarbeiten.

Diese Schlussfolgerung lässt sich in einer Vermutung zuspitzen: Schon Effizienz zu heucheln, kann die Effizienz einer Organisation steigern.

Effizienz wird so sehr gewünscht, wie sie wenig hinterfragt wird. Das ermöglicht es, Effizienz in der Kommunikation wie einen für sich stehenden Wert zu verwenden. Im soziologischen Sinn zeichnet sich ein Wert dadurch aus, dass er sich dem Einfügen in eine nach Prioritäten geordnete Liste entzieht. Der Test: Was ist wichtiger – transparente oder effiziente Prozesse? Daraus erwächst die Möglichkeit, mittels Effizienzargumenten zahlreiche Entscheidungen zu legitimieren. Wer darstellen kann, dass eine Maßnahme effizientes Unternehmertum fördert, hat ein starkes Argument auf seiner Seite.

Hier finden nun die erstaunlichen Möglichkeiten der Betriebswirtschaftslehre, alle Organisationsbereiche in Zahlen zu beschreiben, ihre nutzbringende Anwendung. Argumente, die auf Zahlen basieren und vom Effizienz-narrativ getragen werden, haben im Diskurs unbestreitbares Gewicht. Sie geben Organisationsgestalterinnen und -gestalter die Möglichkeit, eine starke Schauseite aufzubauen, die ihre Entscheidungen legitimiert und in das rechte Licht rückt. Das verschafft ihnen die Möglichkeit, in Ruhe Entscheidungen abzuwägen und ohne Ablenkungen in die Umsetzung zu bringen. Wahrlich: effizient.

Das Wirtschaftswunderwort

Wolfgang Tischner
Geboren 1967 in Berlin,
promovierter Historiker,
Abteilungsleiter
Publikationen/Biblio-
thek, Wissenschaftliche
Dienste/Archiv für
Christlich-Demokratische
Politik, Konrad-
Adenauer-Stiftung.

Leistung und individuelle Verantwortung in Programmatik und Wahlkämpfen der Union

„Leistung muss sich lohnen!“ – dieser Satz, der eine zentrale Rolle im Entwurf für das neue Grundsatzprogramm der CDU („In Freiheit leben“) spielt, umschreibt eine zentrale Forderung der Union, insbesondere ihres ordnungspolitisch ausgerichteten Flügels. Der Gedanke, dass individuelle Verantwortlichkeit und Leistungs-

bereitschaft von Staat und Gesellschaft honoriert werden sollen, gehört zum Kernbestand christlich-demokratischer Identität und ist seit der Gründung in Programmatik und Wahlkämpfen der Unionsparteien nachweisbar. Gleichzeitig steht diese Forderung auch immer in einem Spannungsverhältnis zu einem weiteren, nicht weniger zentralen Grundgedanken christlich motivierter Politik: der Forderung nach innergesellschaftlicher Solidarität.

Die Unionsparteien stehen in weltanschaulicher Hinsicht in einer Traditionslinie zur katholischen Zentrumspartei des Kaiserreichs und der Weimarer Republik. Das Christentum setzt mit seiner Betonung der persönlichen Verantwortlichkeit, die sich aus der Fähigkeit des Menschen ergibt, Gut und Böse unterscheiden und somit auch Schuld auf sich laden zu können, sowie aus dem Verlangen nach Gerechtigkeit klare Vorgaben, die eine Berücksichtigung individueller Leistung verlangen. Die den politischen Vorstellungen des Zentrums zugrunde liegende Katholische Soziallehre wird dem gerecht: Die päpstlichen Sozialzyklen wie beispielsweise *Rerum Novarum* (1891), betonen die Sozialbindung des Eigentums, verweisen aber auch auf die Eigenverantwortung des Einzelnen. Besonders die Leistung des Arbeiters muss demgemäß durch einen gerechten Lohn honoriert werden.

Diese offene Haltung, die sowohl sozialdemokratischen als auch liberalen Positionen gegenüber anschlussfähig ist, hat die Wirtschafts- und Sozialpolitik christlich orientierter Parteien seitdem bestimmt. Im Kaiserreich und in der Weimarer Republik hat zwar der Solidaritätsgedanke, innerparteilich verkörpert durch die christliche Gewerkschaftsbewegung, die tagespolitischen Forderungen des Zentrums stärker geprägt. Die Honorierung individueller Leistung gehörte ebenfalls zu den Grundüberzeugungen, war jedoch weniger präsent. Der Entwurf für ein Sozialpolitisches Programm des Zentrums von 1894 sah etwa die Forderung nach gerechter Entlohnung und angemessener Besteuerung vor, hatte allerdings stärker den Ausbau der sozialen Sicherungssysteme, also den Solidargedanken, zum Schwerpunkt. Dies setzte sich in der Weimarer Republik fort, als die Folgelasten des Ersten Weltkriegs und die Hyperinflation 1923 Millionen Deutsche in Armut stürzten.

„Ahlener Programm“ und „Düsseldorfer Leitsätze“

Nach dem Zweiten Weltkrieg änderte sich die programmatische Schwerpunktsetzung für die neu gegründeten Unionsparteien. Zuerst dominierten in der CDU planwirtschaftliche Vorstellungen des gewerkschaftsnahen Partei- flügels, die 1947 ihren Ausdruck im „Ahlener



Plakat zur Landtagswahl am 1. Dezember 1946 und zugleich Abstimmung über die Hessische Landesverfassung. © KAS / ACDP, 10-007-10 CC-BY-SA 3.0 DE.

Programm“ fanden. Allerdings wandelte sich dies in den folgenden Monaten. Obwohl personell anfangs weitgehend in der Kontinuität zur Zentrumspartei stehend, gab es nun auch eine zahlenmäßig geringe, aber programmatisch wichtige Gruppe evangelischer Wirtschaftswissenschaftler in der Union. Ihnen war gemeinsam, dass sie die Zwangswirtschaft des Nationalsozialismus ebenso wie die sowjetische Planwirtschaft ablehnten und ein marktwirtschaftlich orientiertes Wirtschaftssystem anstrebten. In diesem sollte der Staat lediglich eine Schiedsrichterrolle wahrnehmen, um einen Leistungswettbewerb zu sichern, sich darüber hinaus aber aus dem Wirtschaftsleben heraushalten. Diese später „ordnungsliberal“ genannten Vorstellungen wurden innerhalb der Union von Persönlichkeiten wie dem damaligen Leiter der bizonalen Wirtschaftsverwaltung Ludwig Erhard und dem späteren Bundesfinanzminister Franz Etzel vertreten.

Spätestens mit der erfolgreichen, von Ludwig Erhard durchgesetzten Freigabe der meisten Verbraucherpreise nach der Währungsreform 1948 war innerhalb der Union die Frage der Wirtschaftsordnung zugunsten der Ordoliberalen entschieden. Unter maßgeblicher Einflussnahme von Franz Etzel entstanden als wirtschaftspolitisches Programm für die ersten Bundestagswahlen 1949 die „Düsseldorfer Leitsätze“, die die Union – und in der Folge die Bundesrepublik – auf die erstmals hier so benannte „Soziale Marktwirtschaft“ festlegten. Der entscheidende Begriff war dabei „Leistungswettbewerb“, der mehrfach in den Leitsätzen auftaucht: Wirtschaftlicher Erfolg soll durch Leistung und nicht durch staatliche Bevorzugung entstehen. Dieser Gedanke gilt auch für den Einzelnen, der verantwortlich für seine Arbeitsleistung ist, die angemessen honoriert werden soll.

In der Ära Adenauer mit Wirtschaftsminister Ludwig Erhard, der als Galionsfigur für die leistungsorientierte Ordnungspolitik stand, war der Leistungsbegriff implizit ein Fundament der CDU-Programmatik. Die Erfolge des „Wirtschaftswunders“, die ein Wachstum von bis zu zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts und ständig steigende Staatseinnahmen bedeuteten, stellten einen zunehmenden Verteilungsspielraum sicher. Erfolgreich konzentrierten sich die Strategen der Unionswahlkämpfe darauf, die positive Wirtschaftsentwicklung mit konkreten Personen zu verbinden. Während



Wahlplakat (undatiert). © KAS / ACDP, 10-031-724.

Konrad Adenauer als Garant für Sicherheit, Stabilität und die Westbindung präsentiert wurde („Keine Experimente!“ titelte das zentrale Plakat zum Bundestagswahlkampf 1957), wurde der wirtschaftliche Erfolg mit Ludwig Erhard verknüpft. Diese Verbindung von erfolgreicher Wirtschaftspolitik und Amtsbonus erwies sich als unschlagbar.

Der Wissenschaftler Erhard, der vor 1945 mit Politik nichts im Sinn gehabt hatte, zeigte sich überraschenderweise als begnadeter Wahlkämpfer und war für die meisten Deutschen schlechthin die Verkörperung des Erfolgs der Sozialen Marktwirtschaft. *Wohlstand für Alle*, so der Titel seines Bestsellers, wurde zum Wahlkampfschlager der Union. Der Ausbau der sozialen Sicherung sowie die Einführung der dynamischen Rente 1957 wurden ebenfalls der CDU/CSU gutgeschrieben. Gleichzeitig entschärfte das rasante Wirtschaftswachstum Verteilungskämpfe: Trotz einer prozentual steigenden Belastung durch Steuern und Sozialbeiträge war der Kaufkraftgewinn quer durch alle Einkommenschichten in den ersten zwanzig Jahren der Bundesrepublik so immens, dass sich die Union in Wahlkämpfen darauf konzentrieren konnte, dies als Erfolg der eigenen Wirtschaftspolitik herauszustreichen.

Verteilungsexzesse der sozialliberalen Regierung

Ende der 1960er-Jahre änderte sich das politische und wirtschaftliche Umfeld grundlegend. Zum einen verlor die CDU mit dem Ausscheiden Adenauers und Erhards aus der Politik die Möglichkeit, einen personen-zentrierten Wahlkampf zu führen. Ihre Nachfolger an der Parteispitze, Kurt Georg Kiesinger und Rainer Barzel, waren kompetente Politiker, genossen allerdings bei Weitem nicht die Popularität wie der erste Bundeskanzler und sein Wirtschaftsminister. Zum anderen verließ die Wirtschaft der Bundesrepublik in der Mitte der 1960er-Jahre erstmals den Wachstumspfad, an den sich Bevölkerung und Politik seit der Währungsreform 1948 gewöhnt hatten. Schlagartig gerieten Verteilungskämpfe, die zuvor längst nicht in dem Maße die politische Agenda bestimmt hatten, in den Vordergrund. Die SPD genoss mit ihrer Ausrichtung auf soziale Gerechtigkeit in den Augen der Wähler zunächst einen Kompetenzvorsprung, worin einer der Gründe für den Machtwechsel hin zu einer sozialliberalen Koalition 1969 lag. Durch den erstmaligen Wechsel in die Opposition musste sich die Union nach zwanzig Jahren als Regierungspartei inhaltlich und personell neu aufstellen.

Nachdem sich Helmut Kohl 1973 endgültig als neuer CDU-Vorsitzender und 1976 auch als Oppositionsführer etabliert hatte, konnte er die inzwischen sichtbaren Verteilungsexzesse der sozialliberalen Regierung nutzen, um sich mit einem marktwirtschaftlichen, leistungsorientierten Kurs zu profilieren. In den Wahlkämpfen gegen die populären

Amtsinhaber Willy Brandt und später Helmut Schmidt musste die Programmatik unter anderem mit einem stärkeren Leistungsgedanken in den Vordergrund treten. Das Berliner Programm greift in seiner zweiten Fassung (1973) an zentraler Stelle die Begriffe „Leistung“, „Wettbewerb“ und „Eigenverantwortung“ auf. Es zeigte sich, dass ein Satz wie „Leistung muss sich wieder lohnen!“ besonders aus der Opposition heraus zugkräftig in den Wahlkämpfen wirkte.

Steigende Steuer- und Sozialabgaben und eine überbordende Staatsverschuldung ermöglichten eine Wahlkampfstrategie, die zu aus heutiger Sicht hervorragenden Wahlergebnissen und 1983 zur Bestätigung der Regierung Kohl in einer christlich-liberalen Koalition führte. Kohls Regierung setzte in den ersten Jahren so erfolgreich wirtschaftspolitische Reformen um, dass die „Allianz für Deutschland“ damit bei den ersten freien Wahlen zur Volkskammer 1990 Werbung machen konnte. Allerdings verschoben sich nach 1990 die innenpolitischen Prioritäten hin zu einer Bewältigung der Folgen der deutschen Einheit.

Programmatischer Neuanfang

Infolge der Bundestagswahlen 1998 wurde die christlich-liberale Koalition abgelöst, und die CDU stürzte ein Jahr darauf aufgrund der Parteispendenaffäre in eine schwere Krise. Nachdem sich die aus der ostdeutschen Bürgerbewegung stammende Generalsekretärin Angela Merkel im Jahre 2000 als neue Parteichefin durchgesetzt hatte, stellte sich die Frage nach der wirtschaftspolitischen Neuausrichtung der Partei. Die neue rot-grüne Regierung, anfangs noch mit einem ideologisch sehr weit links stehenden Finanzminister Oskar Lafontaine, machte der CDU den programmatischen Neuanfang in der Wirtschaftspolitik einfach. Neue Steuern sowie Konflikte zwischen SPD und Grünen – beides vor dem Hintergrund einer wirtschaftlichen Stagnation der Bundesrepublik – boten der Union und der FDP reichlich Angriffsflächen.

Die Vorstellung, dass der Staat die Leistungsbereitschaft seiner Bürger honorieren müsse, ließ sich im Wahlkampf gegen rot-grüne Phantasien gesellschaftlicher Transformation einsetzen. Angela Merkel war dafür anfangs offen und steuerte die CDU in Richtung eines wirtschaftsliberalen Kurses, der in den Beschlüssen des Leipziger Parteitages 2003 seinen Höhepunkt fand. Allerdings gab es innerhalb der

Demokratischer Aufbruch

„Damit sich Leistung endlich lohnt.“

deinhalt am 18. März



Wahl zur Volkskammer am 18. März 1990, Allianz für Deutschland (DA, DSU, CDU), Demokratischer Aufbruch (DA). © KAS / ACDP, 10-024-5156 CC-BY-SA 3.0 DE.

Leistung muß endlich wieder bestraft werden.



Plakat zur 11. Bundestagswahl am 25. Januar 1987. © KAS / ACDP, 10-001-2901.

Partei Widerstand durch den Arbeitnehmerflügel, und aus der eher linksliberalen Presse kam heftiger Gegenwind. Als der Heidelberger Ordinarius Paul Kirchhof ein durchdachtes Konzept der Steuervereinfachung vorstellte, kam es zu höhnischer Kritik von Journalisten. Gleichzeitig war der damalige SPD-Kanzler Gerhard Schröder trotz aller linken Rhetorik durchaus wirtschaftsfreundlich; ein Kurs, den er nach dem Abgang seines innerparteilichen Rivalen Lafontaine mit der Agenda 2010 und den Hartz-Reformen innerhalb der SPD durchsetzen konnte. Auch deshalb zahlte sich die marktwirtschaftliche Ausrichtung der Union bei den Bundestagswahlen 2002 nicht aus.

Als die Union 2005 wieder an der Regierung war, kam es in wirtschaftspolitischer Hinsicht zu erstaunlich wenig Veränderungen gegenüber der Vorgängerregierung. Zum einen war Angela Merkel davon überzeugt, dass den Wählern nicht mehr Markt zuzumuten sei als unter Schröder schon geschehen, zum anderen war in drei Großen Koalitionen mit der SPD (2005 bis 2009, 2013 bis 2021) mehr Marktwirtschaft vermutlich nicht durchsetzbar. Die Union konzentrierte sich darauf, die Hartz-Reformen beizubehalten, während es gleichzeitig durch etliche andere Politikbereiche, vor allem die Umwelt- und Energiepolitik, zu einer nicht intendierten, aber deutlichen Zurückdrängung des Leistungswettbewerbs in diesen Sektoren kam. Ein besonderer Einschnitt war die Einführung des Mindestlohns 2014, der zwar in der Bevölkerung populär war, aber dem Leistungsgedanken widersprach und für den Niedriglohnbereich die Tarifautonomie aushebelte. Dass dagegen nur wenig Widerstand in der CDU laut wurde, zeigt, dass die Grundgedanken der Sozialen Marktwirtschaft in der Partei längst nicht mehr so präsent wie früher waren.

Als die CDU am Ende der Ära Merkel 2021 als Regierungspartei abgewählt wurde, stand sie wiederum vor dem Problem einer personellen und inhaltlichen Neuaufstellung. Nachdem sich im Januar 2022 unter den Kandidaten mit Friedrich Merz der Vertreter eines ordnungspolitischen Kurses durchgesetzt hatte, entschied sich Merz 2023 mit der Berufung des ihm wirtschaftspolitisch nahestehenden ehemaligen Vorsitzenden der CDU-Mittelstandsvereinigung, Carsten Linnemann, zum Generalsekretär für eine deutliche Kurskorrektur. Der unter Linnemanns Leitung erarbeitete Entwurf zum neuen Grundsatzprogramm „In Freiheit leben“ räumt dem Begriff „Leistung“ wieder die Bedeutung ein, die ihr als Kernbegriff der Sozialen Marktwirtschaft zukommt.

Ein neues Leistungsversprechen

Fabian Gramling
Geboren 1987 in Stuttgart, Ordentliches Mitglied im Ausschuss für Klimaschutz und Energie, Mitglied der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag.

Maximilian Mörseburg
Geboren 1992 in Stuttgart, Obmann im Ausschuss für Kultur und Medien, Ordentliches Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Mitglied der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag.

Wie Deutschland wieder zurück auf die Erfolgsspur kommt

In einer Zeit rasanten Wandels und zunehmender globaler Herausforderungen stellt sich die Frage, welche konkreten politischen Entscheidungen die Zukunft unseres Landes prägen sollten. Egal ob bei der Digitalisierung, der

Klimapolitik, der internationalen Wettbewerbsfähigkeit oder einem neuen Leistungsversprechen: Politische Entscheidungen dürfen weder ideologisch noch starr sein. Sie müssen pragmatisch, ergebnisorientiert und flexibel genug sein, um an sich verändernde Rahmenbedingungen angepasst werden zu können. Die Bedeutung von Technologie und Bildung, die Notwendigkeit einer nachhaltigen Wirtschaft und der Stellenwert von Freiheit und Sicherheit in einer sich ständig verändernden Welt bilden die Grundpfeiler für eine nachhaltige Politik, mit der Deutschland zurück auf die internationale Erfolgsspur geführt werden muss.

Die schnellsten technischen und sozioökonomischen Entwicklungen gab es im 19. und 20. Jahrhundert – zu einer Zeit, in der die damalige Gesellschaft und das städtische Leben einem konstanten Wandel unterworfen waren. Massenparteien entstanden, und Demokratien waren trotz Rückschlägen auf dem Vormarsch. Die Explosion an Produktivität und die Reorientierung der Arbeitskraft von der Agrarwirtschaft zur Industrie brachte Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika ein nie da gewesenes Wirtschaftswachstum.

„Zweites Maschinenzeitalter“

Erik Brynjolfsson, Professor für Betriebswissenschaft am *Massachusetts Institute of Technology* (MIT), und Andrew McAfee, Co-Direktor der *MIT Initiative on the Digital Economy*, ziehen eine Parallele zur heutigen Welt und sprechen von einem „zweiten Maschinenzeitalter“. Treiber seien dieses Mal revolutionäre Computerchips, die mit weniger Verbrauch ein Vielfaches an Leistung liefern.

Unternehmen wie *Nvidia* oder *Advanced Micro Devices* erhalten mehr Bestellungen, als sie ausführen können, denn sie rüsten die weltweite Datenautobahn für das Zeitalter, das von der Entstehung und Nutzung von Künstlicher Intelligenz (KI) geprägt sein wird. Nachdem Maschinen einen Großteil der physischen Arbeit übernommen haben, können sie den Menschen nun auch von einem Teil der geistigen Aufgaben entlasten. In der Cyberabwehr, der Medizinforschung und in der Wissenschaft werden Datenverarbeitungsprogramme genutzt, die in der Lage sind, wie Menschen zu schreiben und zu argumentieren, Informationen millionenfach schneller zu durchforsten und aufzubereiten. Künstliche Intelligenz hat das Potenzial, den Menschen nicht nur produktiver, sondern auch leistungsfähiger zu machen: Wer nicht zeichnen kann, kann seine Idee

als Text vorgeben, und die KI erstellt daraus eine Skizze; schneller, als es menschenmöglich ist, können Stürme und Turbulenzen erkannt und von Piloten umflogen werden. In der Medizin und der Pflege kann Künstliche Intelligenz das Leben der Menschen verbessern. Und für die Industrie heißt das: weniger Energieverbrauch und weniger Verschleiß. Die Produktion wird nachhaltiger und sauberer funktionieren als je zuvor. Selbstverständlich muss dieser Entwicklung ein rechtlicher Rahmen gegeben werden. So ist etwa eine Debatte darüber notwendig, wie Urheberrechte geschützt werden können, wenn geschützte Datenbanken KI-Sprachmodelle oder Musikgeneratoren trainieren. Auch der Datenschutz, etwa im Bereich der Gesichtserkennung und der Speicherung sensibler Daten, muss den neuen Entwicklungen angepasst werden.

Technologieoffenheit als Motor

Technologieoffenheit ist der Treiber für Wissenschaft, Wirtschaft und Wohlstand. Doch genau dafür ist ein neues Politikverständnis unabdingbar. Herausforderungen werden nicht mit politischen Vorfestlegungen erfolgreich gemeistert, sondern mit politischen Leitplanken. Auch wird Deutschland seine wirtschaftliche Stärke und seinen Wohlstand nur dann beibehalten, wenn sich neue Technologien ohne Subventionen am Markt behaupten können. Den politischen Leitplanken müssen gerade in Zukunftsbranchen, etwa in der Kreislauf- oder der Digitalwirtschaft, realistische Parameter zugrunde gelegt werden. Ausschließlich mit einem Business Case werden Technologien und Innovationen dauerhaft am Markt bestehen können – und durch den Export auch maßgeblich zu einer lebenswerten Zukunft beitragen, national wie international.

Die deutsche Wirtschaft ist traditionell energieintensiv – Strom muss daher bezahlbar

sein, um Abwanderungen von Unternehmen zu verhindern. Versorgungssicherheit, Netzstabilität und nachhaltige Energiegewinnung stehen dabei in Abhängigkeit von ihrer Bezahlbarkeit. Die Kraftwerksstrategie und der Netzausbau zeigen, dass Sonne und Wind sehr wohl eine Rechnung stellen. Bei ausbleibendem Wind und fehlender Sonne werden Reservekraftwerke benötigt, die nur unter einer sehr geringen Auslastung betrieben werden und damit unwirtschaftlich sind. Zusätzlich muss das Stromnetz aufgrund der Anforderungen der Erneuerbaren Energien ausgebaut und für die Zukunft ertüchtigt werden.

Das Energiekonzept der Zukunft muss neue Technologien zulassen und an qualitativen Zielgrößen orientiert ausgebaut werden. Pauschale Flächenziele wie bei der Windkraft sind nicht zielführend. Bei den Erneuerbaren Energien gilt es, die komplette Vielfalt der Energiegewinnung zu nutzen. Auch das Denken in Quartieren kann gerade bei Wärmenetzen und Geothermie für mehr Akzeptanz und Wirtschaftlichkeit sorgen. Wasserstoff ist ein essenzieller Bestandteil im Energiemix der Zukunft, denn er ist sowohl für Privathaushalte als auch für Unternehmen und die Industrie von großem Nutzen. Die Bundesregierung lässt einen ganzheitlichen Ansatz leider vermissen. Das Kernnetz ist zu klein gedacht, die Verteilnetzbetreiber bleiben im Ungewissen, die Wasserstoffimportstrategie schränkt den Hochlauf zu sehr ein, die Speicherstrategie kommt zu spät, und die Kraftwerksstrategie endet auf halber Strecke. Der Ausbau des Kernnetzes ist für Investoren unattraktiv, weil der aktuell vorliegende Gesetzesentwurf nicht praxistauglich ist und jeder Geldgeber Gewissheit haben muss, ab wann ausreichend Wasserstoff vorhanden ist. Der Wasserstoffhochlauf wird aktuell ohne Mut und mit angezogener Handbremse vorangetrieben. Es muss aber oberste Maxime sein, Wasserstoff in all seinen verschiedenen Her-

stellungs- und Gewinnungsmethoden zu fördern, damit der Wasserstoffhochlauf zum Erfolg wird.

Land der Denker und Erfinder

Von der Hardwareproduktion bis zur Entwicklung der Software müssen Deutschland und Europa ihre Anstrengungen verstärken. Deutschland ist das Land der Denker und Erfinder, und unser Anspruch muss es sein, eine Vorreiterrolle in der Welt einzunehmen. Konkret bedeutet dies: Eine wettbewerbsfähige Finanzierung von Start-ups und Unternehmen auf dem KI-Sektor, Wachstumsförderung von Start-ups und die Verfügbarkeit von Venturecapital, also von Risikokapital für Start-ups, besonders in der Wachstumsphase, sind Standortfaktoren, die gestärkt werden müssen. Noch ist Deutschland kein Vorreiter in dieser technologischen Revolution und droht den Anschluss zu verlieren. Eine gute Nachricht ist, dass Deutschlands wichtigster Handels- und NATO-Partner, die USA, den KI-Gipfel erklommen haben. Das ist zwar für den hiesigen IT-Sektor noch kein Grund zum Feiern; immerhin können wir aber Gewissheit haben, dass der Zugang zu dieser kritischen Technologie gewährleistet ist. Chiphersteller sind in den USA bereits mit Handelsverboten, etwa in den chinesischen Markt, belegt worden.

Isolation und Protektionismus sind als wirtschaftspolitische Mittel international leider wieder auf dem Vormarsch. Deutschland muss deshalb entschlossener als je zuvor zur internationalen regelbasierten Ordnung stehen. Sie fördert Frieden und ermöglicht Handel und Wohlstand. Die wachsende Skepsis gegenüber dem freien Handel zeigt, dass es große Verunsicherung innerhalb der politischen Linken gibt. Noch vor wenigen Jahren war es dort eine Minderheit, die die Globalisierung als Wohlstandstreiberin infrage stellte. Heute gibt es

Initiativen wie die Lieferkettenrichtlinie der Europäischen Union, die in eine falsche Richtung gehen. Eine solche Richtlinie schafft bürokratische Hürden und rechtliche Risiken, die den Handel ausbremsen und bestimmte Bereiche lahmlegen könnte. Ziel ist es dabei, Umweltstandards und Menschenrechte zu schützen. Doch es war auch dieser Handel, der als eine Voraussetzung Kinder- und Frauenrechte in der ganzen Welt gefördert hat, indem er die Armut, die oft mit Menschenrechtsverletzungen korreliert, zurückgedrängt hat. Die hohen Kosten, die mit solchen Regeln für Unternehmen verbunden sind, sorgen meist für höhere Schwellen, die den Mittelstand kleinhalten und Großunternehmen, die die Bürokratie stemmen können, noch mehr Marktdominanz verschaffen.

Mut zur Veränderung

Ein grundlegendes Problem besteht im Phänomen der Vollkasko-Mentalität in Deutschland – gelebt von Bürgerinnen und Bürgern über Teile der Wirtschaft bis hin zu politischen Entscheidungsträgern. Die Erwartung: Jedem soll geholfen werden, ohne andere zu benachteiligen. Es ist eine Mentalität, bei der jegliches Risiko möglichst abgesichert werden soll. Die Konsequenz: Wir haben unsere Risikobereitschaft und den Mut zur Veränderung und Neugestaltung eingebüßt. Anstelle von Technologieoffenheit und Tüftlertum ist mancherorts die Hoffnung nach einer politischen Blaupause getreten. Natürlich geht es nicht ohne Politik, aber sie darf nur die Rahmenbedingungen vorgeben, jedoch nicht gleich die Bedienungsanleitung mitliefern.

Wenn die Politik mehr Handlungsspielräume und Verantwortung an die Menschen zurückgibt, dann müssen wir ihnen auch

Raum zur Entfaltung und Verwirklichung geben. Ein neues Leistungsversprechen muss aufrütteln: Der Satz „Arbeit muss sich lohnen“ klingt abgedroschen, doch trifft er den Kern dessen, was in der deutschen Gesellschaft neu verankert werden muss. Dabei ist es jedoch wichtig, zu beachten, wer die Leistungsträgerinnen und -träger sind und dass diese bei Weitem nicht durch die Höhe ihres Gehalts bestimmt werden. Die eigenen Anstrengungen, unabhängig von Alter oder Einkommen, müssen belohnt werden. Deswegen ist es genauso wichtig, dass kleinere und mittlere Einkommen künftig stärker entlastet werden, etwa indem Überstunden bei Vollzeitbeschäftigung steuerfrei gestellt werden. Die Aufnahme einer Beschäftigung im höheren Alter sollte nicht nur unbürokratisch erfolgen, sondern sich auch finanziell lohnen. Zu einem neuen Leistungsversprechen gehört auch, dass die Person, die arbeiten geht, ein besseres Leben haben muss als jemand, der eine berufliche Tätigkeit verweigert. Fördern und Fordern muss wieder die Devise sein. Weiterbildung, Schule und Qualifikationsangebote stehen auf der einen Seite. Werden diese jedoch von einer Person nicht angenommen, muss sie finanziell spürbar schlechter gestellt werden. Das Bürgergeld der Ampel ist vor diesem Hintergrund für alle Leistungswilligen und jeden Steuerzahler ungerecht. Wer arbeiten kann, sollte auch arbeiten gehen.

Deutschland kann wieder die internationale Erfolgsspur einschlagen. Dazu sind konkrete politische Entscheidungen notwendig, ein neuer Mut zur Technologieoffenheit und eine Rückbesinnung auf die eigenen Stärken.

Dies ist der zweite Teil einer Reihe von Beiträgen von Mitgliedern der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag.

Opa soll es einmal besser haben?

Regina Görner

Geboren 1950 in Trier, Gewerkschafterin und Politikerin (CDU), 1999 bis 2004 Ministerin für Frauen, Arbeit, Gesundheit und Soziales im Saarland, 2000 bis 2016 Mitglied im CDU-Bundesvorstand, seit 2022 Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen e.V. (BAGSO), Bonn.

Anmerkungen zu Leistungsperspektiven im Generationenvertrag

Niemand kann sich die Generation aussuchen, in die er hineingeboren wird.

Seit etwa 100 Jahren leben die Menschen in den Industrieländern mit den demografischen Folgen zweier Weltkriege, die zwei Generationen durch Kriegsereignisse, Gewalt und Menschenverachtung ausgedünnt und in ihren Lebensperspektiven eingeschränkt haben. Wer mit dem Leben davonkam, war zunächst mit der Beseitigung der Schäden und dem Aufbau neuer gesellschaftlicher Strukturen beschäftigt. Die Frage nach ihrer Leistungsbereitschaft hat sich nur den wenigsten Menschen in den unmittelbaren Nachkriegsgenerationen gestellt. Es musste angepackt und aufgeräumt werden.

In einem Punkt waren sich die Menschen einig: Die Kinder sollten es einmal besser haben als die Generation ihrer Eltern. Sie sollten in Frieden und mit guten Beziehungen zu ihren europäischen Nachbarn leben dürfen, sollten Bildung, Ausbildung und Arbeit erhalten, Gesundheit und Wohlstand erfahren und selbst Familien gründen können, ohne von Kriegen und politischen Katastrophen beeinträchtigt zu werden.

Es war nicht zuletzt die Union, die die Hoffnungen dieser Menschen zum politischen Programm erhoben hat. „Wohlstand für alle“ sollte als Ziel der Sozialen Marktwirtschaft realisiert werden. Dass es gelungen ist, diese Vision einer Gesellschaft ohne Kriege zu verwirklichen und den Kindern und Enkeln eine Lebensperspektive zu ermöglichen, hat die Leistungsbereitschaft der Menschen aller Generationen immer wieder neu motiviert. Das gilt auch für die Menschen, die in Ostdeutschland lebten und erst nach der Wende davon persönlich profitieren konnten. Dass über alle historischen Brüche und Katastrophen hinweg die gesetzliche Rente den Menschen ihre Alterssicherung gewährleistet hat, spielte für diese positive Erfahrung der eigenen Anstrengung und Leistungsbereitschaft eine entscheidende Rolle, auch wenn die Strukturängel in der Alterssicherung mit der Zeit offenkundiger wurden. Die gewandelten Rollenbilder von Männern und Frauen, der wachsende Anteil von Technologie an der gesellschaftlichen Wertschöpfung, vor allem aber die Rahmenbedingungen der Erwerbsarbeit in einer Zeit technologischer Revolutionen stellen zusammen mit der unzureichenden Berücksichtigung dieser Faktoren bei der Beitragsbemessung die Grundstrukturen der deutschen Alterssicherung seit Langem unter Reformbedarf.

Ungleichgewichte in der Umlagefinanzierung

Natürlich ist der Generationenvertrag kein Vertrag im herkömmlichen Sinne. Man tritt ihm nicht bei, hat keinen unmittelbaren Einfluss auf seine Ausgestaltung und kann auch nicht von ihm zurücktreten. Tatsächlich verbirgt sich hinter dem Begriff der Versuch, das System der Umlagefinanzierung in der gesetzlichen Rentenversicherung auf einen einfachen Nenner zu bringen: Die „aktive“ Generation, die aus ihrer Erwerbsarbeit Einkünfte erzielt, investiert nicht nur in die Generation ihrer Kinder, sondern versorgt auch die älteren, nicht mehr erwerbstätigen Menschen. Da die Versorgung der Bevölkerung ohnehin immer nur aus den aktuellen Erträgen einer Gesellschaft finanziert werden kann, steht hinter dem Generationenvertrag die Frage, wie wir die erzielbaren Erträge innerhalb der Gesellschaft gerecht verteilen.

Wenn zwischen denjenigen, die Leistungen finanzieren, und denjenigen, die von anderen finanziert werden (müssen), ein Gleichgewicht besteht, ist das System der Umlagefinanzierung außerordentlich

leistungsfähig, denn es sichert den Geldtransfer ohne weitere Umwege und führt dazu, dass die umgelegten Beiträge unmittelbar in die aktuelle Binnennachfrage einfließen und damit Arbeitsplätze, wirtschaftlichen Erfolg und Wachstum generieren. Wenn es allerdings zu Ungleichgewichten kommt, weil die Menge der Einzahlenden oder ihre wirtschaftliche Potenz zurückgehen, während die Anzahl der Leistungsempfänger und ihrer verbrieften Ansprüche steigt, gerät das System unter Druck.

Die „demografischen“ Probleme haben zunächst weniger mit dem „Pillenknick“ als mit der Tatsache zu tun, dass Menschen, die in den Kriegen umgekommen waren und somit als Partner für andere nicht mehr infrage kamen, weniger Kinder in die Welt setzen konnten und daher auf reduzierte Generationen erneut reduzierte Generationen folgen mussten. Dass danach wieder eine personenstärkere Generation, die heute als „Babyboomer“ bezeichnet wird, folgte, ergibt sich aus der Tatsache, dass mittlerweile vom Krieg weniger betroffene Personen herangewachsen waren, die wieder mehr Kinder haben konnten. Dass beide Weltkriege in etwa im Generationenabstand aufeinander stattfanden, hat die Ungleichgewichte intensiviert. Dass die Bevölkerungs-„pyramide“ heutzutage eher die Form eines Pilzes hat, ist die Folge dieser Entwicklung.

Benachteiligungen von Frauen

Die demografischen Katastrophen des 20. Jahrhunderts haben bis auf den heutigen Tag Einfluss auf unsere Lebensverhältnisse, denn sie führen dazu, dass über Generationen hinweg „aktive“ und „passive“ Bevölkerungsgruppen im Umfang schwanken und ausgerechnet diejenigen Altersgruppen, die selbst besonders starke Beiträge zum Generationenvertrag geleistet haben, mit dem Zeitpunkt, mit dem sie aus dem Erwerbsleben ausscheiden, besonders hohe Kosten in der Rentenversicherung „erzeugen“.

Die Leistungsansprüche der „Boomer“-Generationen einzuschränken, ist vielleicht populär, allerdings unter Gesichtspunkten der Leistungsgerechtigkeit keineswegs angemessen. In den letzten beiden Jahrzehnten sind bereits entsprechende Maßnahmen ergriffen worden – vor allem durch die Erhöhung des Renteneintrittsalters. Frauen – das wird oft ignoriert – waren jedoch weit stärker davon betroffen. So wurde bereits 1999 die sogenannte vorgezogene Altersrente für Frauen stufenweise abgeschafft und das Renteneintrittsalter danach auch noch mit dem der Männer auf 67 erhöht. Frauen mussten und müssen wegen der von ihnen geleisteten Sorgearbeit innerhalb ihres Erwerbslebens wesentliche Benachteiligungen bei ihrer beruflichen Karriere und ihren Verdienstmöglichkeiten hinnehmen; die Kindererziehungs- und Pflegezeiten

gleichen diese Verluste nicht aus. Von Leistungsgerechtigkeit kann hier keine Rede sein.

Wenn man den Gedanken des Generationenvertrags und gleichzeitig das Leistungsprinzip ernst nehmen will, darf nicht übersehen werden, dass diejenigen, die in die Rente eintreten, ihren aktiven Teil des Generationenvertrags bereits geleistet haben und deshalb mit Fug und Recht darauf vertrauen dürfen, dass sie „zur Strafe“ nicht auch noch längere Zeit am Leistungsbezug gehindert werden beziehungsweise mit weiteren Abschlägen an ihren oft schon unzureichenden Rentenhöhen rechnen müssen. Dass die Betroffenen, die auf den Umfang ihrer jeweiligen Generation keinen Einfluss haben, solche Maßnahmen als ungerecht und leistungsfeindlich empfinden, ist nachvollziehbar.

Weniger „gute“ Risiken

Erschwerend auf die Ungleichgewichte im Rentensystem wirkt sich aus, dass mittlerweile durch Veränderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen Leistungsempfängerinnen und -empfänger, die nur beschränkt Beiträge hatten leisten können, Rentenansprüche erwerben konnten, die früheren Generationen nicht gewährt worden waren, etwa durch die Kindererziehungszeiten.

Da die gesetzliche Rentenversicherung auch Elemente des sozialen Ausgleichs enthält, werden sehr niedrige Rentenanwartschaften aus gutem Grund aufgewertet, was von den Versicherten mit höheren Einkommen kompensiert werden muss, falls für solche „versicherungsfremden“ Leistungen keine adäquate Beitragszahlung aus Steuermitteln vorgesehen ist, was zum Beispiel beim Erziehungsgeld lange der Fall war. Dann steigt zwar die Zahl der Sozialversicherungspflichtigen, vor allem aber der Anteil der Versicherten mit einer Quersubventionierung an, wodurch diejenigen, die für höhere Beitragszahlungen infrage gekommen wären, immer mehr Anreize erhalten, sich dem System und vor allem dieser Ausgleichssystematik zu entziehen. Das geschah nicht zuletzt durch das starke Anwachsen prekärer Beschäftigungsverhältnisse im Zuge der Hartz-Reformen. Dadurch kamen mehr Menschen unter den Schutzschirm der Rentenversicherung, das gesamte zur Verfügung stehende Verteilungsvolumen wurde aber eher verringert, gerade auch, weil die verbesserten Rentenanwartschaften nicht von Anfang an durch entsprechende Beiträge gegenfinanziert wurden.

Dass auf diese Weise die Leistungen für die Erziehung künftiger Beitragszahler honoriert werden sollten, ist zwar leistungsgerecht, beruht allerdings letztlich auf einem Trugschluss, wenn die Finanzierung aus Beitragsmitteln erfolgt. Diese Rechnung kann nur aufgehen, wenn die geborenen Kinder tatsächlich selbst wieder zu Beitragszahlern

in der Rentenversicherung werden. Und das ist keineswegs zwangsläufig der Fall: Wer in anderen Versorgungssystemen wie berufsständischen Alterssicherungen oder im Beamtenverhältnis beschäftigt wird, leistet zu dieser familienpolitischen Solidarität keinen Beitrag, während die Beitragszahler in der Rentenversicherung diese Aufgabe allein übernehmen müssen. Die Veränderungen in der Arbeitswelt hin zu stärkerer Dienstleistungsorientierung und akademischen Berufen ermöglichen mehr Beschäftigten als früher die Alterssicherung aus berufsständischen Versorgungsformen. Dadurch sinkt die Zahl der „guten“ Risiken in der gesetzlichen Rentenversicherung – auch wenn die Effekte heute noch nicht voll durchschlagen. Da dies in erster Linie für jüngere Beschäftigte gilt, die durch Leiharbeit, unstete Beschäftigungsverläufe und geringere Einkommenshöhen niedrigere Rentenanwartschaften erwerben, sind die Folgen in den nächsten Jahrzehnten absehbar.

Fluchttendenzen aus dem Rentensystem

Tatsächlich müssten diese Veränderungen aus dem Steueraufkommen kompensiert werden, weil gesamtgesellschaftliche Leistungen auch gesamtgesellschaftlich finanziert werden müssen. Nur dann kann von Leistungsgerechtigkeit die Rede sein. Da es nach wie vor keine konkrete Definition der „versicherungsfremden Leistungen“ in der Rentenversicherung gibt, lassen sich derzeit allenfalls indirekte Schlüsse ziehen, in welchem Umfang sich die Steuerzahler an den gesamtgesellschaftlichen Aufgaben beteiligen: Der jährliche Bundeszuschuss zur Rentenversicherung, der bis 1995 ziemlich konstant bei gut einem Drittel der Ausgaben gelegen hatte, ist seit Beginn des 21. Jahrhunderts zwar betragsmäßig nicht zurückgegangen, wohl aber im Verhältnis zu den getätigten Ausgaben: Seit einigen Jahren wird nicht einmal mehr ein Viertel der Ausgaben durch den Bundeszuschuss gegenfinanziert.

Leider steht zu befürchten, dass aufgrund der strikten Schuldenbremse die Bundeszuschüsse zur Rentenversicherung weiter abgesenkt werden, was zu einer Vertiefung der Probleme im Generationenvertrag führen muss. Dass damit die Beitragszahlerinnen und -zahler einen immer stärkeren Anteil des sozialen Ausgleichs über die gesetzliche Rentenversicherung selbst finanzieren müssen, wird die „Fluchttendenzen“ aus dem System gerade bei Gutverdienenden verstärken, weil damit die „Rentabilität“ der gesetzlichen Rentenversicherung für diese Zielgruppe herabgesetzt wird.

Leistungsgerecht ist das nicht, denn es verschiebt die Verteilungswirkung des Solidarausgleichs zulasten der gesetzlichen Rentenversicherung und zugunsten anderer Versorgungssysteme.

Einheitsversicherungen, wie sie in vergleichbaren Industrieländern üblich sind, weisen diesen Effekt jedenfalls nicht auf, ebenso wenig wie Versorgungssysteme, die komplett aus Steuermitteln finanziert werden.

Wenn der Anteil der Personen in einer Gesellschaft zunimmt, die für den Solidarausgleich nur über ihre Steuern eintreten können, wird die Frage, welcher Teil des Solidarausgleichs aus Steuermitteln übernommen wird, immer wichtiger. Damit rückt die Verteilungsgerechtigkeit des Steuersystems stärker in den Mittelpunkt der Debatte.

Dass die gesellschaftliche Wertschöpfung über die Steuern auf Erwerbseinkommen längst nicht mehr adäquat abgebildet wird, ist seit Langem Gegenstand der Debatte, ohne dass bisher Konsequenzen in der Steuergesetzgebung gezogen würden. All dies führt zudem zu einem wachsenden Ungleichgewicht zwischen Einkommen aus menschlicher Leistung und sogenannten „leistungslosen“ Einkommen, die für die Finanzierung der Staatsausgaben sowie die soziale Sicherung der Gesellschaft nicht angemessen herangezogen werden.

Reformvorschläge für einen Sozialausgleich

Beitragszahlerinnen und -zahler in der Rentenversicherung werden für ihre „Leistung“ also systematisch mehr und mehr benachteiligt, während andere Gruppen in der Gesellschaft sich derartigen Leistungen entziehen können. Dass das die Leistungsbereitschaft, auch die zwischen den Generationen, untergräbt, ist unübersehbar, aber keineswegs zwangsläufig. Neben den Vorschlägen für eine Zusammenführung der unterschiedlichen Versorgungssysteme in eine Einheitsversicherung mit einem sachangemessenen Bundeszuschuss zur Rentenversicherung könnte auch eine stärkere Anpassung der Beitragsbemessungsgrenzen das stetig wachsende Ungleichgewicht vermindern. Die Beitragszahlerinnen und -zahler selbst für das sich verstärkende Dilemma in die Pflicht zu nehmen, indem man die Leistungsgerechtigkeit ausschließlich innerhalb des Generationenvertrags der Rentenversicherung herstellen möchte, ist leistungswidrig.

Wenn der neue CDU-Grundsatzprogrammentwurf erklärt, eine Politik abzulehnen, die „auf weniger Wachstum und leistungslosen Wohlstand setzt“, gleichzeitig aber weitere Elemente der Erwerbstätigkeit (Überstunden) generell steuerfrei stellen will, ohne andere Wege für öffentliche Einnahmen zugunsten des gesellschaftlichen Sozialausgleichs auch nur zu thematisieren, dann wird das absehbare Ungleichgewicht in der Rentenversicherung nicht abgebaut, sondern verstärkt und die Leistungsbereitschaft für die Beteiligung an gesellschaftlichen Aufgaben reduziert.

Dass „Opa“ und erst recht „Oma“ es unter diesen Bedingungen „nicht besser“ haben werden, ist absehbar; aber auch die jüngeren Generationen werden nicht profitieren, sofern sie Beiträge zur Rentenversicherung leisten, wenn der Sozialausgleich, der für die Legitimation der Sozialen Marktwirtschaft konstitutiv ist, in wachsendem Maße allein der Rentenversicherung und ihren Beitragszahlerinnen und -zahlern aufgebürdet wird.

Es wird gern unterstellt, dass der hohe Anteil älterer Menschen zu einer besseren Berücksichtigung ihrer Belange in politischen Entscheidungen führt. Dies ist allerdings höchst unwahrscheinlich, denn seit vielen Jahren übersteigt die Zahl der Frauen in der Wählerschaft die der Männer – wenn es wirklich nur auf die Wähleranteile ankäme, müsste sich die Politik bereits sehr zugunsten von Frauen gewandelt haben. Dass das mitnichten der Fall ist, zeigt auch diese Betrachtung des Generationenvertrags unter Leistungsgesichtspunkten.

Das meritokratische Prinzip

Matthias Oppermann
Geboren 1974, Stellv.
Leiter Wissenschaftliche
Dienste / Archiv für
Christlich-Demokratische
Politik und Leiter
Zeitgeschichte der
Konrad-Adenauer-Stiftung,
außerplanmäßiger
Professor für Neuere
Geschichte, Universität
Potsdam.

Ohne „natürliche Aristokratie“ stirbt die Demokratie

„War Jesus ein Gentleman?“ Mit dieser Frage überschrieb *Der Spiegel* 1967 einen Essay von Karl Löwith, den der Philosoph ein Jahr zuvor in dem Sammelband *Zur Kritik der christlichen Überlieferung* zunächst im englischen Original veröffentlicht hatte. Löwith zeigt darin, dass das „gesellschaftliche Phänomen des christlichen Gentleman, wie wir es in England und New England beobachten können“, auf zwei unvereinbaren Bestandteilen beruht.¹ Der *Spiegel*-Redaktion dürfte die Kritik des Christentums gefallen haben, die in dem Text zum Ausdruck kommt, obwohl Löwith sich darauf beschränkt, zwei Ideale zu beschreiben. Dabei muss dem verantwortlichen Redakteur des „Sturmgeschützes der Demokratie“² wohl entgangen sein, dass sich diese Kritik implizit auch gegen die Demokratie richtet. Denn das Ideal des Gentleman, das Löwith beschreibt, lässt sich nicht ohne Weiteres mit dem Verlangen nach Gleichheit

¹ Karl Löwith: „War Jesus ein Gentleman?“, in: *Der Spiegel*, 02.04.1967. Alle folgenden Zitate Löwiths sind dieser Version entnommen.

² Rudolf Augstein: „Liebe Spiegel-Leser!“, in: *Der Spiegel*, 15.01.1963.

vereinbaren. Es ist nicht christlichen Ursprungs, sondern existierte in verschiedenen Hochkulturen. Die Philosophen des klassischen Griechenlands, denen Löwith besondere Aufmerksamkeit schenkt, sprachen vom *kaloskagathos*, von dem schönen und guten, in allen Eigenschaften vortrefflichen Mann.

Die *kalokagathia*, die Gesamtheit der Eigenschaften des Gentleman, ist bei niemandem von Geburt an vorhanden, sondern ein Erziehungsziel. In Platons idealem Staat, so Löwith, beginne die Erziehung zum Gentleman bereits im frühkindlichen Alter. Das Ergebnis dieser Erziehung sei ein Mann „von ausgeglichenem Temperament und Charakter“, der alle Extreme meide und immer den Mittelweg gehe, der „gewissenhaft aus Selbstachtung“ sei und penibel auf seine Unabhängigkeit achte, der nicht „seine Nachbarn“, sondern seinesgleichen als seine Nächsten betrachte, einfacheren Menschen aber gleichwohl mit Bescheidenheit begegne. Die Selbstachtung, die den Gentleman auszeichne, erklärt Löwith, sei keine christliche Tugend: „Für den Gentleman ist der Ursprung des Gewissens nicht der Wille Gottes, sondern das Diktat seiner eigenen kultivierten Verfassung. [...] Und wenn er unrecht tut, empfindet er nicht Reue gegenüber Gott, sondern er hat das Gefühl, sich selbst erniedrigt zu haben.“

Mit dem Christentum ist das alles aus Löwiths Sicht nicht vereinbar, weil der Gentleman ein „Mann von Welt“ ist, der Christ aber ein Nachfolger Christi. Jesus habe sich nicht gescheut, andere vor den Kopf zu stoßen, und eine radikale, für seine Zeitgenossen schockierende Botschaft verkündet. Jesus war also kein Gentleman. Mehr noch: Für Löwith kann *kein* Nachfolger Christi, der es ernst meint, ein Gentleman sein. Denn die christlichen Tugenden „der äußersten Demut und Nächstenliebe, der Hoffnung und des Glaubens“ seien „weit entfernt von einem rationalen Mittelweg zwischen den Extremen“.

Ideal des „christlichen Gentleman“

Einen „christlichen Gentleman“ kann es also eigentlich nicht geben, und doch hat dieses Ideal existiert. Die philosophische Schärfe, die Löwith demonstriert, lässt sich nicht als Maßstab an menschliche Gemeinschaften anlegen. Der „christliche Gentleman“ ist das Produkt der englischen Geschichte, die sich gegen Philosophie und Theologie behauptet. Er ist der personifizierte Kompromiss widerstreitender Klasseninteressen, mit dem die britische Gesellschaft die ursprüngliche Definition des Gentleman entgrenzte. Die dortige Wahlrechtsreform von 1832 integrierte die Mittelklasse in ein aristokratisches System und regte sie an, nicht nur die Formen des Parlamentarismus zu übernehmen, sondern auch die Vorstellung davon, wer im Parlament sitzen sollte, nämlich die Gentlemen.

In viktorianischer Zeit konnte ein Gentleman immer noch ein großer Landbesitzer sein, ein Angehöriger der Gentry – vergleichbar mit dem niederen Adel Kontinentaleuropas –, aber er musste es nicht. Der Gentleman war nun der höchste Ausdruck dessen, was im viktorianischen England als verdiente und damit legitime Führung galt. Die Erziehung löste das Eigentum als entscheidendes Kriterium ab. Dafür, dass man als Gentleman gelten konnte, war kein Landgut mehr erforderlich, wohl aber der Besuch einer *Public School* wie Harrow oder Eton und der Universität Cambridge oder Oxford. An diesen Stätten lernte der spätere Gentleman die Verhaltensregeln, mit denen er seinen Status deutlich machte. Die Basis dieser Erziehung war das Christentum, oder besser: eine ausgedünnte Form des Protestantismus, oft im Sinne der *Broad Church*, des mit dem deutschen Kulturprotestantismus vergleichbaren Zweigs der *Church of England*, für den dogmatische Feinheiten keine Rolle spielten. Philip Mason, hoher Beamter, Buchautor und selbst ein Produkt dieses Erziehungsideals, hat dazu festgestellt, die Identität des viktorianischen Gentlemans, sei ein „subchristlicher Kult“ gewesen, „ein Handlungsleitfaden, der aus der Ethik, nicht aber der Theologie des Christentums abgeleitet war“.³ Doch gerade in dieser Reduzierung zweier Ideale auf das verträgliche Maß liegt das Geheimnis des Erfolgs des „christlichen Gentlemans“. Verträglich für eine liberale Gesellschaft, deren aristokratische Grundordnung im Begriff war, demokratisch überformt zu werden.

So entwickelte sich eine herrschende Klasse für Großbritannien und das Empire, deren Mitglieder sich mehr durch gemeinsame Werte und Verhaltensweisen als durch die Herkunft auszeichneten. Freilich rekrutierten sie sich nicht aus den unteren Klassen, aber die Söhne reicher Händler und Unternehmer standen nun gleichberechtigt neben den Söhnen landbesitzender Aristokraten. Und selbst ein Spross der mittleren Mittelklasse, etwa ein Arzt, konnte als Gentleman gelten. Das Ideal des „christlichen Gentlemans“ ist das historische Bindeglied zwischen Aristokratie und dem, was man heute „Meritokratie“ nennt. Dieser Begriff ist noch nicht sehr alt. Michael Young, britischer Soziologe und Labour-Politiker, hat ihn erst 1955 in seiner Dissertation geprägt, die er 1958 in den satirischen Roman *The Rise of Meritocracy* umarbeitete.⁴

Ausgezeichnet durch Tugend und Talente

Die Idee der Meritokratie ist allerdings viel älter und steht nicht im Widerspruch zu derjenigen der Aristokratie. Vielmehr findet sich schon bei Platon und Aristoteles die Vorstellung einer Aristokratie, die auf persönlichen Verdiensten beruht. Bereits vor dem Siegeszug des bürgerlichen Liberalismus im 19. Jahrhundert gewann dieses Konzept im monarchisch-aristokratischen Großbritannien größeren Einfluss. So stellte

³ Philip Mason: *The English Gentleman. The Rise and Fall of an Ideal*, London 1982, S. 219.

⁴ Siehe Michael Young: *The Rise of Meritocracy. With a New Introduction of the Author*, New Brunswick, NJ 2005 (erstmalig 1958).

⁵ Edmund Burke: „Reflections on the Revolution in France (1790)“, in: *The Writings and Speeches of Edmund Burke*, hrsg. v. Paul Langford, bisher 9 Bde., Oxford 1981–2015, Bd. VIII, S. 53–293, hier S. 101.

⁶ „Thomas Jefferson an John Adams, 28. Oktober 1813“, in: *The Adams-Jefferson Letters. The Complete Correspondence between Thomas Jefferson and Abigail and John Adams*, hrsg. v. Lester J. Cappon, Nachdr., Chapel Hill, NC und London 1987 (erstmalig 1959 in 2 Bänden), S. 388.

⁷ Helmut Schelsky, *Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart. Darstellung und Deutung einer empirisch-soziologischen Tatbestandsaufnahme*, 2. Aufl., Stuttgart 1954 (erstmalig 1953), S. 218.

Edmund Burke 1790 fest, dass „Blut und Namen und Titel“ nicht allein den Anspruch auf politische Macht rechtfertigten. Es gebe „keine andere Qualifikation für das Regieren als Tugend und Weisheit“.⁵ Doch während Burke das meritokratische Prinzip noch mit der erblichen Aristokratie zusammendachte, trennte Thomas Jefferson beide voneinander. 1813 schrieb der ehemalige amerikanische Präsident (1801–1809) in einem Brief an seinen Amtsvorgänger John Adams, es gebe eine „natürliche Aristokratie unter den Menschen“, die sich durch „Tugend und Talente“ auszeichne. Diese Aristokratie, die er von einer „künstlichen“, auf Reichtum und Geburt gegründeten Aristokratie unterschied, war aus seiner Sicht „das kostbarste Geschenk der Natur für die Unterrichtung, die Aufgaben und die Regierung der Gesellschaft“.⁶

Es ist jedoch fraglich, ob es ein Regierungssystem, das man eine „Meritokratie“ nennen müsste, überhaupt geben kann. Die Schwierigkeiten beginnen mit der gerechten Auswahl der Regierenden und enden bei der Frage, wie man die Entstehung einer Vetternwirtschaft betreibenden Oligarchie verhindern kann. Statt von „Meritokratie“ sollte man von einem meritokratischen Prinzip sprechen, das eine wichtige Rolle bei der Formierung und kontinuierlichen Erneuerung einer „natürlichen Aristokratie“ spielen kann.

Selbstaflösung politischer Eliten

Tatsächlich hat dieses Prinzip lange Zeit positiven Einfluss in den liberalen Demokratien ausgeübt. Die englischen *Public Schools*, Oxford, Cambridge, die amerikanischen *Ivy League*-Universitäten und die französischen *Grandes Écoles* haben im 19. und 20. Jahrhundert ihren Zweck trotz mancher Versäumnisse erfüllt. In Deutschland war das preußische Beamtentum ein Garant für die Herrschaft des Leistungsprinzips und des Pflichtgedankens. Zudem waren die liberal-demokratischen Gesellschaften von der Überzeugung geprägt, dass Leistung Anerkennung verdiene, dass sie die Grundlage für Karrieren sein sollte. Das galt auch für die Politik, und nicht nur in Gesellschaften, die wie die britische zumindest symbolisch noch vom Ideal des Gentleman zehrte. Auch die „nivellierte Mittelstandsgesellschaft“⁷ der Bundesrepublik Deutschland war noch nicht völlig nivelliert, als Helmut Schelsky diesen Begriff im Jahr 1953 erfand, sondern über weite Strecken in der Lage, Führungspersönlichkeiten hervorzubringen, denen man etwas zutrauen konnte. Das meritokratische Prinzip war zudem die sicherste Grundlage für die Gleichberechtigung der Frau in Staat und Politik.

Mittlerweile ist dieses Prinzip überall in der westlichen Welt unter Druck. Dort, wo die meritokratisch geprägte „natürliche Aristokratie“ noch in Regierungsverantwortung ist, wird sie als „Establishment“

geschmäht. Diese Verächtlichmachung ist zwar nicht immer, aber oft die Folge der Selbstauflösung der politischen Elite. Die innere Abdankung kann zwei Formen annehmen: Entweder ziehen sich die „natürlichen Aristokraten“ aus der Politik zurück und überlassen sie Personen, die sich nicht durch besondere Fähigkeiten und Verdienste auszeichnen, sondern durch die Beherrschung des parteipolitischen Spiels. Politiker ohne Erfahrungen im Arbeitsleben, ohne berufliche oder akademische Abschlüsse waren früher eine Spezialität linker Parteien. Heute findet man sie überall.

Die zweite Form der Abdankung ist weniger offensichtlich, weil sie auf den ersten Blick nicht zu einem Wandel der Elite führt. Was sich ändert, sind die Mechanismen der Rekrutierung. Leistung und Verdienst bleiben die entscheidenden Kriterien, jedoch werden die Bedingungen, sich auszuzeichnen, für alle erschwert, die nicht über die notwendigen finanziellen Mittel verfügen. Der britische Journalist Adrian Wooldridge spricht in seinem Buch *The Aristocracy of Talent* von einer „Vermählung von Meritokratie und Plutokratie“.⁸

In Großbritannien zeigt sich diese Tendenz seit den 1980er-Jahren zum Beispiel an der massiven Erhöhung der Gebühren für *Public Schools*. Diese Gebühren sind zu einem Mittel geworden, Kinder auszuschießen, die früher zur typischen Klientel dieser Schulen gehört haben, etwa der Nachwuchs von Ärzten, Lehrern, Journalisten oder Geistlichen. An ihre Stelle traten die Kinder von Investmentbankern und Unternehmensberatern. Schon vorher hatte die Abschaffung der dem deutschen Gymnasium vergleichbaren *Grammar Schools* Kindern aus der mittleren und unteren Mittelschicht eine Möglichkeit des sozialen Aufstiegs verbaut.

Nicht Technokraten, sondern weise Menschen

In Deutschland gibt es ähnliche Phänomene, etwa wenn Politiker das Gymnasium als Ort der Förderung von Talenten bekämpfen, aber ihre eigenen Kinder Privatschulen besuchen lassen. Überhaupt hängt der Niedergang des meritokratischen Prinzips eng mit der Zerstörung einstmals wichtiger Institutionen zusammen. Man muss sich nur das Schicksal der amerikanischen *Ivy League*-Universitäten vor Augen halten, die durch den Siegeszug der *New Left* und zuletzt der Woke-Kultur von Stätten geistigen Austausches zu Zentralen des linken Aktivismus geworden sind, in denen es möglich ist, eine Karriere auf Plagiaten aufzubauen.

Die Aushöhlung des meritokratischen Prinzips, zu der Quoten jeder Art ihren Teil beitragen, hat in allen westlichen Demokratien schwerwiegende Konsequenzen, vor allem aber dort, wo beide Formen

8 Adrian Wooldridge: *The Aristocracy of Talent. How Meritocracy Made the Modern World*, New York 2021, S. 307.

9 Jason Brennan: *Against Democracy. With a New Preface of the Author*, Taschenbuchausgabe, Princeton und Oxford 2017, S. 16, S. 204.

10 Raymond Aron: *Les Désillusions du progrès. Essai sur la dialectique de la modernité*, Éditions Gallimard, Paris 1996 (erstmalig 1969), S. 70.

11 Peregrine Worsthorne: *Democracy Needs Aristocracy*, Taschenbuchausgabe, London u. a. 2005 (erstmalig 2004 unter dem Titel: *In Defence of Aristocracy*), S. 77.

der Abdankung der Elite zusammenkommen. Die Schmähung des oft als „linksliberal“ und abgehoben empfundenen „Establishments“ ist dann unvermeidlich und nicht die Ursache für die Destabilisierung der Demokratie, sondern ihre Folge.

Was kommt nach dem Zusammenbruch der meritokratisch geprägten „natürlichen Aristokratie“? Die Herrschaft der Demagogen, wie sie uns Donald Trump vor Augen geführt hat und vielleicht noch einmal vor Augen führen wird. Das Ergebnis muss kein Cäsarismus sein, wie ihn einst Louis-Napoléon Bonaparte in Frankreich etablierte, nachdem er die alte liberale Elite der Zweiten Republik ausmanövriert hatte. Aber es könnte so kommen.

Wie kehrt man diese Entwicklung um? Nicht durch die „Epistokratie“, die „Herrschaft der Wissenden“, die der libertäre amerikanische Philosoph Jason Brennan als Ersatz für die aus seiner Sicht dysfunktionale Demokratie vorgeschlagen hat.⁹ Der politische Einfluss von Experten aus verschiedenen Wissenschaftszweigen dürfe, so Raymond Aron 1969, ein gewisses Maß nicht übersteigen, denn nicht Technokraten sollten die wichtigsten politischen Entscheidungen treffen, sondern „weise Menschen“.¹⁰

Die Weisheit, von der Aron sprach, war diejenige des *kaloskagathos* der griechischen Philosophie. Wenn die Demokratie überleben will, muss sie eine meritokratisch geprägte, verantwortliche „natürliche Aristokratie“ kultivieren, die ebenso selbstbewusst wie offen für neue Mitglieder ist. Ohne solch eine „Aristokratie“ im Sinne des *kaloskagathos* wird die Demokratie es im 21. Jahrhundert schwer haben, falls sie dann überhaupt eine Überlebenschance hat. Trump ist nicht der einzige Demagoge, der die Desillusionierung des Volkes, das Misstrauen gegen das „Establishment“ auszunutzen versteht.

Freilich haben die Gegner der „natürlichen Aristokratie“ mächtige Verbündete. Als Anwälte einer radikal ausbuchstabilisierten Gleichheit, die die Freiheiten oft geringschätzen, berufen sie sich auf die Aufklärung, die Französische Revolution oder gleich auf das Christentum. Aber obwohl Jesus das Gegenteil eines *kaloskagathos* war, wollte vielleicht auch er nicht auf die Hilfe der Gentlemen verzichten. Darauf weist der britische Journalist Peregrine Worsthorne in seinem Buch *Democracy Needs Aristocracy* hin: „Selbst Jesus, in dessen Augen alle Menschen wahrhaftig gleich waren, glaubte nicht daran, dass jeder ein Apostel sein könne, sondern erwählte um des Himmels Willen nur eine Aristokratie von zwölf.“¹¹

„Living Instrument“

Zur Integrationskraft unserer Verfassung und zu ihrer Zukunftstauglichkeit

Judith Froese
Geboren 1985 in Köln,
seit 2021 Inhaberin
des Lehrstuhls für
Öffentliches Recht
mit Nebengebieten,
Universität Konstanz.

In diesem Jahr begehen wir das 75-jährige Jubiläum des Grundgesetzes.

Als Provisorium war es gedacht, mit der Wiedervereinigung ist es zur Verfassung aller Deutschen geworden. Und auch wenn Artikel 146 Grundgesetz (GG) auf die Offenheit des Grundgesetzes für Alternativen zu seiner selbst verweist: Solche zeichnen sich nicht annähernd ab. Das Grundgesetz hat sich – wie es immer wieder heißt – „bewährt“.

Ein Jubiläum ist ein Grund zum Feiern, gibt jedoch auch Anlass für einen prüfenden Blick. Dies gilt besonders für das diesjährige Jubiläum. Die gegenwärtigen und künftigen Herausforderungen für Staat und Gesellschaft sind vielfältig: Der Klimawandel und die notwendige sozial-ökologische Transformation, die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands und Europas, die fortschreitende wie ubiquitäre Digitalisierung

und die Steuerung der Migration stellen nur einige der Bewährungsproben dar. Ist das Grundgesetz für diese gerüstet, ist es zukunftstauglich?

Das Grundgesetz ist ein starrer Text. Änderungen des Verfassungstextes sind möglich; sie bedürfen zwar einer Zweidrittelmehrheit in Bundestag und Bundesrat, unterliegen damit aber keinen unüberwindbaren Hürden. Änderungen machen eine Verfassung aber nicht notwendigerweise besser – im Gegenteil: Sie tendieren zuweilen dazu, detailgenaue Regelungen einzuführen; durch die „Hochzonung“ von Einzelfragen auf die verfassungsrechtliche Ebene werden diese der künftigen politischen Gestaltung weitgehend entzogen. Es bleibt dann bei einer Änderung der politischen Mehrheitsverhältnisse wiederum nur die Möglichkeit der Verfassungsänderung.

Dynamik und Wandelbarkeit

Als flexibleres Instrument erweist sich demgegenüber die Auslegung des Grundgesetzes. Der starre Text fungiert als *living instrument* und kann sich auf diese Weise gewandelter Herausforderungen annehmen. Das Bundesverfassungsgericht als diejenige Instanz, der das Grundgesetz die Aufgabe der verbindlichen Letztentscheidung zuweist, steht vor der Herausforderung, das Grundgesetz mit Blick auf die Fragen unserer Zeit auszulegen, ohne sich zu stark vom Text zu lösen.

Die Offenheit des Grundgesetzes macht den 75 Jahre alten Text zu einer modernen, zukunftsweisenden Verfassung. Die Aktualität ist allerdings nicht ohne Risiken: Offenheit birgt zugleich die Gefahr der Beliebigkeit und der Unterwerfung unter den Zeitgeist. Dynamik und Wandelbarkeit sind ein Drahtseilakt. Dies gilt auch für die Herleitung eines Zukunftsschutzes durch das Grundgesetz. Der intertemporale Freiheitsschutz, den das Bundes-

¹ BVerfGE 157, 30, Beschluss des Ersten Senats vom 24.03.2021.

² Peter Häberle: „Die offene Gesellschaft der Verfassungsinterpretation: Ein Beitrag zur pluralistischen und ‚prozessualen‘ Verfassungsinterpretation“, in: Juristenzeitung, 30. Jg., Nr. 10, 16.05.1975, S. 297 ff.

verfassungsgericht im Klimabeschluss¹ als Vorgabe der Grundrechte begründete, verpflichtet den Staat dazu, in der Gegenwart für einen Schutz der Zukunft zu sorgen. Bei aller Berechtigung der eingeforderten Zukunftsbezogenheit: Sie stellt nicht frei von verfassungsrechtlichen Bindungen in der Gegenwart.

Auch Politik und Gesellschaft sind gefragt: Ihre Aufgabe erschöpft sich nicht in der Akzeptanz und Befolgung der verfassungsrechtlichen Vorgaben einschließlich der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts. In der „offenen Gesellschaft der Verfassungsinterpretation“² wirken sie an der Auslegung und Weiterentwicklung des Grundgesetzes mit.

Resilienz des Grundgesetzes

Unmittelbar herausgefordert ist auch die Verfassung selbst, weil die Errungenschaften des Grundgesetzes angesichts des Erstarkens populistischer und extremistischer Kräfte infrage gestellt werden. In der Folge erscheinen die Grundpfeiler der Verfassung – Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit – fragil und vulnerabel.

In seiner Ausgestaltung als wehrhafte beziehungsweise streitbare Demokratie soll das Grundgesetz Angriffe auf das eigene Wertesystem verteidigen können. Die Instrumente des materiellen Verfassungsschutzes des Grundgesetzes, namentlich Partei- und Vereinsverbote sowie die Grundrechtsverwirkung, sind gegenwärtig aktueller denn je. Das Bundesverfassungsgericht formulierte strenge verfahrens- und materiellrechtliche Vorgaben an das Parteiverbot als „schärfstes Schwert“ im Kampf gegen Verfassungsfeinde; die

Grundrechtsverwirkung kennt bislang keinen positiv beschiedenen Anwendungsfall.

Der Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ist nicht allein dem „Selbstschutz“ des Grundgesetzes übertragen, sondern in hohem Maße auf Politik und Gesellschaft angewiesen. Als freiheitliche Ordnung erzwingt das Grundgesetz die Loyalität zu seinen eigenen Werten nicht. Es baut aber auf der Erwartung auf, dass die Bürger die allgemeinen Werte der Verfassung akzeptieren und verwirklichen.³ Der ethische Bedarf reicht damit weiter als die Rechtsgesetze des Gemeinwesens.⁴ Der Schutz des Grundgesetzes ist auf die Verwirklichung der verfassungsrechtlichen Werte durch die Bürger angewiesen. Wie können das Grundgesetz und die involvierten Akteure das Gelingen dieser Verfassungsvoraussetzung begünstigen?

In einer Zeit, in der das Grundgesetz in bislang ungekanntem Maße fragil und vulnerabel erscheint, ist es vielen Menschen ein Anliegen, sich zu den zentralen Werten des Grundgesetzes zu bekennen: Die zahlreichen Demonstrationen der letzten Monate verfolgen nicht die für Versammlungen typischen politischen Ziele, sondern treten gegen Rechts extremismus und für die Demokratie, das heißt letztlich für die Verfassung selbst, ein. In der Mobilisierung der Bürger liegt ein wichtiges Element der Widerstandsfähigkeit der Verfassung.

Das große Vertrauen, das das Grundgesetz in die Bürger setzt, zeigt sich darin, dass es freiheitlich ausgestaltet ist und die Infragestellung seiner eigenen Werte zulässt. Es schafft keine Gesinnungsgemeinschaft; als streitbare Demokratie verwehrt es den Bürgern jedoch Angriffe auf die freiheitliche demokratische Grundordnung. Im Kampf gegen die Verbreitung totalitärer, extremistischer und menschenverachtender Ideologien setzt es primär auf die „Kraft der freien Auseinandersetzung als wirksamste Waffe“.⁵

3 BVerfGE 124, 300 (320), Beschluss der 1. Kammer des Ersten Senats vom 09.11.2011.

4 Josef Isensee: „Verfassung als Erziehungsprogramm?“, in: Aloysius Regensbrunn (Hrsg.): Bildungstheorie und Schulstruktur, Münster 1986, S. 190 (S. 198).

5 BVerfGE 124, 300 (320), siehe Rn. 3.

6 Uwe Volkmann: Grundzüge einer Verfassungslehre der Bundesrepublik Deutschland, Tübingen 2013, S. 9.

7 Siehe nur: Andreas Reckwitz, Die Gesellschaft der Singularitäten, Berlin 2017.

8 Uwe Volkmann, a. a. O., S. 56, siehe Rn. 6.

Eine freie Auseinandersetzung bedarf lebhafter Debatten – auch über den Umgang mit extremistischen politischen Kräften. Derartige Debatten drohen zuweilen unter Verweis auf das Verfassungsrecht, das – vermeintlich – eindeutige Antworten liefert, nicht geführt oder vorschnell beendet zu werden.

Integrationskraft der Verfassung

Das Grundgesetz ist kein bloßes „Ensemble von Rechtsnormen“⁶; ihm kommt auch eine integrative Funktion zu. Damit es diese Funktion nachhaltig erfüllen kann, muss es seine ethischen Vorgaben auf ein Minimum begrenzen. Denn die freiheitliche Ordnung des Grundgesetzes gewährleistet zugleich die Pluralität der Lebensentwürfe, Anschauungen und Überzeugungen. Die vielfach konstatierte Individualisierung und Diversifizierung⁷ der Lebensstile fordern die Verständigung auf eine gemeinsame, integrative Grundlage zusätzlich heraus.

Das Grundgesetz verlangt den Bürgern einen Grundkonsens ab. Dieser kann indes nur ein abstrakter und minimaler sein: Er beinhaltet die drei zentralen, abstrakten Grundwerte der Verfassung – die Menschenwürde als Basis, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit –, stellt sie unstreitig und setzt sie als „Geschäftsgrundlage“⁸ voraus. Nur dasjenige, das zur

Gewährleistung eines freiheitlichen und demokratischen Zusammenlebens „schlechthin unverzichtbar ist“, muss „außerhalb jedes Streits“⁹ stehen.

Konsens und Streit

Das Grundgesetz enthält damit jedoch keine Absage an Auseinandersetzung und Streit. Die abstrakte Verständigung auf Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit vermag konkrete Streitfragen kaum aufzulösen. Das Grundgesetz setzt vielmehr die Verständigung auf einer gemeinsamen Grundlage voraus. Auf der Basis dieser Geschäftsgrundlage lassen sich Konflikte produktiv austragen.¹⁰

Das Spektrum dessen, was Gegenstand von Auseinandersetzung und Streit bleibt, ist breit. Von „links“ bis „rechts“ deckt es alles ab, was den Grundkonsens nicht aufkündigt. Dies gilt es zuweilen ins Bewusstsein aller Beteiligten – Politik und Gesellschaft einschließlich der Medien – zu rufen. Auseinandersetzungen gilt es in einer Demokratie zu führen, auch wenn

sie anstrengend und langwierig sein können und Konsens mitunter nicht erreichbar ist.

Gegenstand gesellschaftlicher und politischer Debatten ist in jüngerer Zeit vermehrt die hinreichende Resilienz des Grundgesetzes. So wird insbesondere vorgeschlagen, das Bundesverfassungsgericht stärker im Grundgesetz abzusichern. Lediglich auf den ersten Blick ist das Bezweifeln der hinreichenden Widerstandsfähigkeit Ausdruck schwindenden Vertrauens in das Grundgesetz. Tatsächlich zeigt sich hierin umgekehrt ein großes Zutrauen in die Leistungsfähigkeit des Verfassungsrechts. Ob sich das Grundgesetz weiterhin bewähren wird, hängt allerdings auch von den Akteuren ab, die es verwirklichen. Dies gilt auch für den Schutz des Grundgesetzes vor Angriffen auf seine Werte.

9 BVerfGE 144, 20, 205; BVerfG, Urteil vom 23.01.2024 – 2 BvB 1/19 –, Rn. 248.

10 Siehe hierzu im Kontext der Einwanderungsdebatte: Judith Froese: „Einheit in der Vielfalt“ zwischen Individuen, Gruppen und Gemeinwesen“, in: Daniel Thym (Hrsg.): Deutschland als Einwanderungsland, Tübingen 2024, S. 209, insbes. S. 227 ff.

„Critical Germanness“

Michael Braun
Geboren 1964 in Simmerath,
Literaturreferent der
Konrad-Adenauer-Stiftung,
außerplanmäßiger Professor
für Neuere Deutsche Lite-
ratur und ihre Didaktik,
Universität zu Köln.

Die Schriftstellerin Ulrike Draesner ist Trägerin des Literaturpreises der Konrad-Adenauer- Stiftung 2024

Um Definitionen, was deutsch sei, waren deutsche

Dichter und Denker selten verlegen. Sind es der Wald und die Musik? Ist es die ‚deutsche Angst‘? Was zeigen Hymne und Flagge vom ‚Deutschsein‘? Woher kommen die Klage über die Deutschen und das Leiden an Deutschland? Und wem gehört überhaupt die deutsche Sprache: etwa ‚dem Volk‘ (so hält es eine am 26. März 1998 vom Deutschen Bundestag beschlossene Resolution fest)? Fast könnte man meinen, die nahe-
liegende Antwort auf die Frage *Was ist deutsch?* sei diese Frage selbst.

Ulrike Draesner am
27. April 2023 auf der
Buchmesse in Leipzig.
Foto: © IMAGO / dts
Nachrichtenagentur



Das zumindest legt der Germanist Dieter Borchmeyer nahe. Er hat große Ideen und kleinliche Überlegungen auf der „Suche einer Nation nach sich selbst“ 2017 gesammelt.

Schriftsteller sehen es anders. Im *Gespräch über Deutschland* (2024) mit dem New Yorker Philosophen und Übersetzer Michael Eskin erklärt Ulrike Draesner: „Das Deutsche am ‚Deutschen‘ ist für mich die Sprache.“ Damit öffnet sie eine weite poetische Dimension. Sieben Romane und sieben Lyrikbände, mehrere Bände mit Erzählungen, Essays und multimediale Projekte bezeugen, wie einfallsreich Ulrike Draesner die Sprache als Spiegel und Siegel des ‚Deutschseins‘ versteht, auch und gerade über sprachliche Grenzen hinweg. So hat sie zwei Lyrikbände der amerikanischen Nobelpreisträgerin Louise Glück ins Deutsche übersetzt. Glücks Gedichte sprechen vielfach von Gewaltausübung und ihren Nachwirkungen, vor allem nach der Shoah.

Gewalt, Liebe und Verrat

Wie Gewalt sich über Generationen hinweg auswirkt und im kulturellen Gedächtnis Spuren hinterlässt, ist ein leitendes Thema von Ulrike Draesners Schreiben. Ihr Roman *Spiele* (2005) war das erste wichtige literarische Werk, das sich mit den Folgen des Olympia-Attentats 1972 in München auseinandersetzt. *Spiele* ist ein Medienroman im mehrfachen Sinne, der den Zusammenhang zwischen den Bildern eines globalen Terrorismus und dem Terror im Fernsehbild erschließt; der Aufklärungsprozess vollzieht sich im Erinnern an die öffentliche Katastrophe.

Um Gewaltverarbeitung geht es auch in Ulrike Draesners Auseinandersetzung mit dem Nibelungenlied. In dem Essayband *Heimliche*

Helden (2013) entzaubert die Autorin, die 1992 in Mediävistik promoviert hat, das germanische Heldennarrativ und betrachtet die unheroischen Eigenschaften der Figuren: Hagens Datenmanagement, Kriemhilds Terrorismus, Brünhilds posttraumatische Belastung. Auch in ihrer Nachdichtung *Nibelungen. Heimsuchung* (2016) geht es um die Körpererfahrung und um das Innenleben der Figuren. Aus den Perspektiven von Kriemhilt (sic!), Sîvrit, Brünhilt und Hagen, gefolgt von einem epiloghaften Dialog von Kriemhilt's „Söhnen“ über ein Nibelungen-Computerspiel, entwickelt sich eine Erzählung von Gewalt, Liebe und Liebesverrat.

Die mittelhochdeutsche Sprache wird dabei in den Dienst einer verdichteten Mehrsprachigkeit gestellt. Aus Kriemhilt's Wunsch, „*die werelde zu erfahren*“, im Sinne der ursprünglichen Bedeutung von „werelde“ („wêrlt“), die eigene Zeit zu verstehen, liest Draesner die Diagnose einer Zeitenwende. Kriemhilt erscheint ‚verstrickt‘ in traumatisierte Herrschaftsmilieus: „die frauen sitzen auf bildern und träumen das nichts.“ Wie wir ihre Selbstbefreiung verstehen können, bleibt unklar: als „Monster am Ende, Furie, starke Frau?“. Die postfeministische Lesart ist nur einer unter vielen Deutungswegen; das *Nibelungenlied* ist für die Übersetzerin auch Tränen-, Betrugs-, Exotik-, Liebes-, Migrationsroman – und die Geschichte der Bergung eines Sprachschatzes.

Suche nach Selbsterkenntnis

Der Roman *Kanalschwimmer* (2019), den Ulrike Draesner in ihrer ersten Frankfurter Poetikvorlesung als Novelle ausgelegt hat, fand große Aufmerksamkeit bei der Kritik. Es geht um Charles, 62 Jahre, Biochemiker, Langstreckenschwimmer. Was ihn dazu treibt, den Ärmelkanal zu durchschwimmen, ist weniger sportlicher Ehrgeiz als vielmehr die Suche nach Selbsterkenntnis, nach Tröstung und absurder Verzauberung: ein radikales Schwimmen zu sich selbst. Seine Frau Maude hat ihn nach jahrzehntelanger Ehe verlassen und ist mit seinem Jugendfreund Silas zusammengezogen. Im Naturgeschichtsmuseum in Oxford, unter Walskeletten, festigt sich sein Entschluss: als „Fisch Charles“, „Eisenmann“ seine traumatischen Verklüsterungen wegzukraulen.

Ulrike Draesner erzählt von diesem Extremschwimmen im Kontext der Vermüllung und Überschiffung der Meere. Der Kanalschwimmer muss mit der Verwirbelung von Gezeitenströmungen, Winden und Wellen rechnen, dem oft nebligen Wetter, der kühlen Wassertemperatur, dem dichten Schiffsverkehr und schwimmenden Wellblechen. Wenn der Pilot des Begleitbootes den Schwimmer für zu erschöpft hält, muss er ihn aus dem Wasser holen. Die Novelle bietet mehrere Enden der Abenteuergeschichte an: Charles geht mitten in der

Nacht unter oder wird im letzten Moment gerettet oder erreicht die französische Küste. Im Wechsel von der euphorisierten, zeitverschobenen Innensicht des Schwimmers zu der Vernunftperspektive seines ‚Piloten‘ öffnet sich die Novelle auf das Geheimnis des Meers, das „als Furcht, als Fremdheit, als unzukömmliches und wildes Abenteuer“ erscheint, wie Thomas Mann in seinem Essay *Lübeck als geistige Lebensform* (1926) geschrieben hat.

Erinnerungslast der „Nebelkinder“

Der Roman *Sieben Sprünge vom Rand der Welt* (2014) eröffnet eine weiträumige Trilogie von Gewalt- und Migrationsgeschichte. Erzählt wird ein deutsch-schlesisches Generationenepos. Die Kriegsflüchtlinge sind mit ihren Kriegskindern und Kriegsenkeln durch traumatische Ereignisse verbunden, die verschwiegen werden, aber in Haltungen und Gefühlen, in Geboten und Tabus weiterwirken, als „intrapyschische Gruff“ (Nicole Sütterlin) oder „kollektive Krypta“ (Ralf Simon). Die moderne Forschung hat dafür den Begriff der „Nebelkinder“ gefunden. Gemeint ist damit, dass die Kriegsenkel eine Erinnerungslast erben, weil diese von den Eltern so verschwiegen wird, dass aus jeder Heimat-Suche eine Heimsuchung wird. Auch hier spielt die Sprache des Romans eine entscheidende Rolle. Sie legt Denksuren und fordert das Selbstverständnis einer Einwanderungsgesellschaft durch Wortneubildungen wie „Ankommstland“ und „unwieder-gutbar“ heraus. Das macht den Roman zur Erinnerungskunst.

Im Mittelpunkt des zweiten Romans der Trilogie *Schwitters* (2020) steht der Schriftsteller und bildende Künstler Kurt Schwitters. Auch sein Leben stand im Zeichen von Flucht und Vertreibung. Schwitters war 49 Jahre alt, als er 1937 vor den Nationalsozialisten, die seine dadaistische Kunst als „entartet“ ächteten und ihn arbeitslos machten, nach Oslo floh, mit seinem Sohn Ernst, aber ohne seine Frau Helma.

Erzählt wird *Schwitters* aus der Perspektive des Künstlers selbst, außerdem aus Helmas und aus Ernsts Sicht. Deshalb ist Ulrike Draesners Roman mehr als nur eine Künstlerbiographie. Hinter dem Künstlerexil steckt eine moderne Migrationsgeschichte, an der die Muttersprache teilhat: Schwitters schrieb bis zu seinem Tod nicht mehr auf Deutsch, das Englische wurde sein Ausdrucksmedium. Dieses Doppelleben zwischen den Sprachen wird in der Struktur des Romans abgebildet, der in die Kapitel „Das deutsche Leben (Ausgang)“, „Das englische Leben“ und „Das Nachleben (Eingang)“ gegliedert ist. Diesen rückwärtigen Einstieg in eine Biographie, der verhindert, dass der Biograph nur „als eine Art Auftischservice“ fungiert, erklärt das dem Roman vorangestellte

Motto von Kurt Schwitters: „Man muss daher nicht den Eingang, sondern den Ausgang eines Kinos betreten, wenn man gratis hineinkommen will, stellt sich mit dem Gesicht nach außen, den anderen schönen Körperteil natürlich nach innen, und geht mit negativer Geschwindigkeit hinaus.“

Die „Verwandelten“

Der letzte Band der Romantrilogie von Ulrike Draesner, *Die Verwandelten*, gibt dem Krieg ein weibliches Gesicht. Erzählt wird eine Geschichte von starken Frauen, die sich inmitten der Schrecken des 20. Jahrhunderts ständig neu erfinden müssen. Deshalb werden sie zu „Verwandelten“: durch Gewalt veränderte Menschen mit neuen Körpern, Familien, Identitäten. Sie wissen genau, wer sie gewesen waren, aber im Unterschied zu den vergewaltigten Frauen in Ovids *Metamorphosen* schenkt ihnen Ulrike Draesner eine eigene Sprache.

Der Roman hat reale Vorbilder. Ulrike Draesner hat in ihrem kurzen Nachwort bekundet, dass sie die Geschichte einer polnischen Frau verdankt und akribisch in Polen recherchiert, ihre Figuren jedoch erfunden und wie einen Schutzmantel um die realen Personen gelegt hat. Es sind Frauen aus drei Generationen, von denen wir in diesem Roman lesen. In der mittleren Generation sind es Alissa und Reni, Kinder des polnischen Theaterschauspielers Marolf und Töchter verschiedener Mütter: Renis Mutter ist Marolfs Frau und Alissas Mutter dessen Hausangestellte, die das Mädchen 1943 in ein Lebensbornheim in Bayern bringt. Von dort aus wird Alissa von einem deutschen Ehepaar adoptiert, in Gerhild umgetauft und systematisch daran gehindert, nach ihrer wahren Mutter und ihrem Zuhause zu suchen.

Das nationalsozialistische Rassenzüchtungsinstitut, die Zwangsmigration von Renis Familie und die gewaltsame Abbindung von Alissas Erinnerung sind die dunklen Punkte im Rückspiegel der Geschichten, in den Draesner ihre Figuren blicken lässt. Hell und fabelfroh erzählt sind dagegen die Wiedererkennungsmomente des Romans: Reni und Alissa begegnen sich in Breslau als Halbschwestern, ihre Töchter Doro und Kinga in Hamburg als Halbcousinen.

Auf dieser Erzählebene, in unserer Gegenwart, beginnt der Roman. Doro und Kinga treffen sich bei einem Vortrag als Nebelkinder. Sie gehen auf eine deutsch-polnische Erinnerungsreise, zurück zu den blinden Flecken ihrer gemeinsamen Familiengeschichte, in die Tabuzonen ihrer Herkunft.

Doch Ulrike Draesner schreibt nicht, um Familiengeheimnisse zu lüften. Sie erzählt Geschichten von leisen Explosionen und von erstaunlichen inneren Kräften, vom Mut im Leben und von der Wut

angesichts des Todes durch Krieg und Vertreibung. So geht Erinnerung im Roman ihren Weg: nicht linear und nicht logisch, sondern zackig und brennend. Reni, um nur ein Beispiel zu nennen, hat im Lazarett deutsche Kriegsverletzte versorgt und wurde mit deren heilloser Ideologie konfrontiert, sie hat ihren deutschen Namen nach dem Krieg zu „Walla“ polnifiziert, einen Kiosk geführt, zwei Ehemänner und vier Kinder durchgebracht, „ungeheuergestählt“, wie es an einer Stelle im Roman heißt: ein wahrlicher „Durcheinandermensch“.

Deutschplus?!

Stark an Ulrike Draesners Sprachbewusstsein ist die Freiheit der künstlerischen Schöpfung und der Wille zur Verantwortung der Deutschen in der Welt. In dem *Gespräch über Deutschland* ist die Rede von einer „critical Germanness“. Das ist für sie jedoch kein kritisches, sondern ein kundiges „Deutschsein, das erlaubt, Geschichten zu erzählen, statt Etiketten zu verteilen“, „ein Deutsch mit Zusätzen, mit Geschichte, mit Verantwortung, Anerkennung von Differenz – und mit Humor statt Reinheitsgebot“, auch und besonders sprachlich.

Genau gesagt

Kaltërina Latifi
Geboren 1984 in Pristina (Kosovo), ist eine schweizerisch-deutsche Literaturwissenschaftlerin und Essayistin. Seit 2021 ist sie Kolumnistin für die Schweizer Wochenzeitschrift „Das Magazin“, seit 2023 Privatdozentin für Neuere deutsche Literatur, Georg-August-Universität Göttingen.

Oder: (Un-)Schärfen der Sprache

In Anbetracht der Schnellebigkeit unserer digitalisierten, vermehrt in fast allen Bereichen durch Künstliche Intelligenz gesteuerten Gesellschaft und der Sprache, die sich im ständigen Wandel befindet, scheinen wir einen zentralen Punkt aus den Augen zu verlieren.

Komplexes lässt sich nicht in einer vereinfachten Sprache vermitteln ohne „inhaltliche“ Verluste. Der Annehmlichkeit wegen scheinen wir jedoch genau diese Verluste in Kauf zu nehmen. Das Verlangen nach unwiderlegbarer Faktizität und unumstößlichen Konkretheiten war – zumindest dem Anschein nach – selten so groß wie heute. Rasche Antworten auf vielschichtige Sachverhalte werden verlangt. Wer zu weit ausholt und sich in grauschattierte Sphären

wagt, erfährt kaum mehr Resonanz. Kurzformigkeit ist angesagt. Man denke an die Platitüden eines Donald Trump: anspruchsloses, auf Schlagwörter reduziertes Sprechen mit potenziell verheerender Wirkung. In der Kürze liegt wohl die (gefährliche) Würze. Wobei sich die Frage stellt, was zuerst da war. Ist diese Art zu sprechen das unumgängliche Resultat einer bereits verkümmerten Denkfähigkeit, oder hat sie unsere Gedanken abgestumpft – sodass wir mittlerweile gar nicht dazu fähig zu sein scheinen, ohne größere Anstrengung auf Antagonismus zulaufende Denk- und Sprechmuster zu durchschauen?

Worte können von einer Schärfe sein, dass sie zu Waffen werden, verletzen, ja töten können. Als Friedrich Hölderlin Anfang des 19. Jahrhunderts das ungeheuerliche, auf die Sprache bezogene Wort „tödtlichfaktisch“ prägte, brachte er auf einen durchschlagenden Begriff, was in der Befehlssprache an schneidender Genauigkeit möglich ist. Zum sprachlichen Waffengebrauch gehört in erster Linie das Schlagwort, das rhetorische und (vor)verurteilende Bedeutung haben kann. So lässt sich etwa am inflationär gebrauchten „Populismusvorwurf“, wie der Soziologe und Politologe Jan-Holm Sussiek in seinem Buch *Von Volkstümlern und Falschspielern* erläutert hat,¹ aufzeigen, wie ein seinerzeit durchaus effektiver, weil in einzelnen Fällen bewusst gegen den politischen Kontrahenten erhobener und daher noch Substanz aufweisender Vorwurf – ein Populist zu sein oder sich populistischer Vorgehensweisen zu bedienen – inzwischen seine Wirksamkeit nahezu verloren hat. Das Um-sich-werfen mit solchen nach Sensation heischenden und daher schlagzeilenreifen Begriffen, die jedoch auf beziehungsreiche Zusammenhänge verweisen und nuanciert zu behandeln wären, verändert nicht nur die Sprachlandschaft, sondern auch die Wahrnehmung dessen, was etwa ein Populist ist. Mit Recht lässt sich fragen, wie in der

¹ Jan-Holm Sussiek: *Von Volkstümlern und Falschspielern. Der Populismusvorwurf in Deutschland*, Campus Verlag, Frankfurt / New York 2023.

² Mina Marschall: „Die Eindeutigkeit geht verloren“, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 18.12.2023.

Frankfurter Allgemeinen Zeitung geschehen, ob der „Populismusvorwurf durch seinen inflationären Gebrauch im Bundestag also an moralischer Schärfe“ verliert.² Was in den gängigen, etwas gedankenlos betriebenen Diskursen erkennbar wird, ist die mehr und mehr gekappte Verbindung zwischen dem „komplexen Inneren“ eines Begriffs (oder einer Aussage) und seinem „einfachen Außen“. Mit anderen Worten: Bestimmte Begriffe (dazu gehören unter anderem auch „Rassist“, „Verschwörungstheoretiker“ oder „Impfgegner“) haben mittlerweile nur noch plakative Funktion. Wer sie ohne weitere Ausdifferenzierung in den Mund nimmt, will nicht nur seinen Gegner verunglimpfen, sondern vor allem sich selbst in ein „moralisch gutes Licht“ stellen. Diese vereinfachte Schwarz-Weiß-Malerei hat fraglos verheerende Konsequenzen für die Meinungsbildung in einer Gesellschaft und das sonst allseits stets geforderte kritische Denken.

Lenkendes Verbrämen

Doch nicht nur mit polemischen und vorverurteilenden Schlagwörtern lassen sich Sachverhalte den eigenen Interessen und Zielsetzungen entsprechend „einrahmen“ respektive „einkleiden“, um auf diese Weise die Denkrichtung der Rezipienten vorzugeben. Auch idiomatische Ausdrücke wie „by the way“ („übrigens“) lassen sich zur Kategorie des lenkenden Verbrämens zählen. So kann zum Beispiel niemand ein „by the way“ unbefangener in seinen Diskurs einführen als der einstige britische Premierminister Tony Blair. Die von ihm insbesondere in Interviewsituationen verwendete Ausdrucksform hat sich mittlerweile zu einer

Trope entwickelt, die ihr eigenes Akronym hat (BTW). Laut der britischen Zeitung *The Standard* gilt sie als „a peculiarly Blairite phrase“. Diese „Nebenbei-erwähnt-Phrase“ kann ein fraglos neutrales rhetorisches Mittel sein, um bestimmte – für die Darstellung des eigenen Standpunkts wesentliche – bis dahin nicht besprochene Aspekte in eine Diskussion einzuführen. Wenn der Interviewpartner nicht die „richtigen“ Fragen stellt, erlaubt es einem ein „Übrigens“, ein „Am-Rande-erwähnt“ oder ein „Nebenbei-bemerkt“, Argumentationspunkte anzubringen, die sonst ungenannt geblieben wären. Diese kolloquialen Ausdrucksformen à la „Erwähnt-sei-noch“ können jedoch den illusorischen Eindruck entstehen lassen, dass eine zweifelsfreie Verbindung besteht zwischen der vorangehenden Argumentation und den nun beiläufig neu eingeführten Ausführungen. „By the way“ ist also eine Art rhetorischer Sprung, mit dem man von Einem ins Andere gelangen kann, ohne diesen Übergang im Detail ausführen zu müssen. So können einzelne Berührungspunkte, ja sogar Ursache-Wirkung-Beziehungen hergestellt werden, die, sähe man genauer hin oder fragte man genauer nach, womöglich gar nicht vorliegen.

Eiertanz vor laufender Kamera

Das Gegenstück zu dieser Direktheit anmutenden Beiläufigkeit im Sprechen (eine Direktheit wie gesagt, die sich bei genauerem Hinhören als eine Verkürzung entpuppen kann) ist das im Politischen ebenso allseits bekannte Drumherum-Reden. Niemand steht mehr in Verdacht, verschwommene Aussagen bewusster einzusetzen als Politiker. Das Lavieren, Taktieren, das Sich-winden, der Eiertanz vor laufenden Kameras – es scheint zu den Grundvoraussetzungen für den Politikerstand zu gehören. Obwohl doch gerade von ihm gefordert wird, „Tacheles zu reden“ und ohne Umschweife auf

den Problempunkt zu kommen. Nun scheinen sich aber vor allem Politiker – unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung – das Prinzip des vielen Redens, um möglichst wenig Substanzielles zu sagen, zu eigen gemacht zu haben. Warum nur dieses nie endende Phrasendreschen, die sich wiederholenden Worthülsen und Sprechblasen, die schiefen Metaphern und nichts ausagenden Vergleiche, die stereotypen Ausdrücke – alles das, um das Eigentliche auszusparen. Man könnte zuweilen glauben, es handele sich um ein überlebensstrategisch angewandtes Prinzip des „unbedingten An-der-Sache-Vorbeizielens“. Dabei hat diese Art des Redens entscheidend zum Vertrauensverlust gegenüber der Politik beigetragen.

Dennoch ist angeblich jeder um Klarheit bemüht, wie die bekannten rhetorischen Floskeln belegen: „Ich sage es mit aller Deutlichkeit“, „Lassen Sie mich klarstellen“. Ist womöglich sogar ein unbedingter Antrieb zur Präzision und Perfektion schuld daran, dass wir in den – sagen wir es paradox – seichten Tiefen der Unschärfe von Plattitüden und Worthülsen unterzugehen drohen? Das Aberwitzige daran: Je mehr unwiderlegbare Faktizität und unumstößliche Konkretheit verlangt wird, umso mehr sprachliche Ungenauigkeiten entstehen. Woran liegt das? Womöglich bedingen sich auf der Ebene der Vermittelbarkeit Exaktheit und ihr Gegenteil wechselseitig, und vielleicht ergeht es uns wie dem Protagonisten in Benjamin Constants Roman *Adolphe* (1816), der von sich behauptet: „Je länger ich redete [...], um so deutlicher spürte ich, wie meine Gedanken ungeschärfter wurden und meine Entschiedenheit nachließ.“ Wenn die Gedanken an Kontur verlieren und diffus werden aufgrund eines floskelhaften Vielredens, das um das Wirkliche zirkelt, ohne den eigentlichen Kern zu fassen, dann entstehen fortlaufend neue Undeutlichkeiten in der Kommunikation mit der Tendenz, ins Triviale abzugleiten.

Bestes Anschauungsmaterial lieferten in den vergangenen Wochen hierzulande die Aussagen zum Thema „Bundeshaushalt“. Der fliegende Wechsel von markig-scheingenaue Aussagen zu dehnbaren Unverbindlichkeiten grenzte ans Artistische. „Man“ wollte sich nicht festlegen müssen vor aller Öffentlichkeit, nicht Ross und Reiter nennen, die Teile ihres Zaumzeugs würden opfern müssen.

Taktische Unschärfe als Erfordernis für Politiker

Das aber bedeutet: Man hält die Öffentlichkeit nicht für vertrauenswürdig, glaubt, sie mit Floskeln, Worthülsen abspeisen zu können, obgleich sie es ist, die später zur Kasse gezwungen wird. Nun ist das keineswegs eine deutsche Eigenart; sie gehört offenbar zum Verfahren des Politischen an sich, eine prekäre Einsicht, die wir uns wohl immer wieder neu einzuschärfen haben. Sollen wir demnach die Befähigung zur taktischen Unschärfe als Erfordernis für Politiker akzeptieren, als unverzichtbaren Aspekt ihres Berufsbildes?

Ein weiteres Beispiel bietet das in Deutschland seit Juli 2023 geltende Hinweisgeberschutzgesetz, das Whistleblower rechtliche Deckung gewährt, wenn sie über Missstände berichten; das heißeste Eisen im Bereich des Persönlichkeitsschutzes und seiner globalen Bedeutung. Es führt zu rechtlicher Genauigkeit im Umgang mit Informanten; zugleich schafft es größere Grauzonen, indem dadurch bedingt weitaus mehr regierungsamtliche und behördliche Vorgänge als geheime Verschluss-sachen deklariert werden können. Machen Whistleblower deren Inhalt publik, werden sie straffällig. Unklar bleiben auch die Bestimmungsfaktoren, die darüber entscheiden, wer welche Information unter welchen Bedingungen zur Verschluss-sache erklären kann. Um das Wechselspiel und Wechselbad der Meinungen,

ihre Schärfung und Entschärfung studieren zu können, böte es sich an, eine Geschichte der Bundespressekonferenzen zu schreiben, versehen mit den Sprachprofilen der jeweiligen Regierungssprecher – in der Bundesrepublik Deutschland von Felix von Eckhardt bis Steffen Hebestreit. Nicht ohne Grund werden im politischen Netflix-Dauerbrenner *Designated Survivor* übermäßig oft Pressekonferenzen eingebildet, geleitet von Seth Wright (Kal Penn) als Pressesprecher des Präsidenten, einem Meister in Sachen Worthülsenproduktion. Präzise Fragen der Journalisten werden in der Antwort aufgeweicht, entstellt, oft in ihr Gegenteil verkehrt.

Den Wortlücken nachspüren

Beständig geschärft werden soll unser Blick auf die Dinge und Verhältnisse; auch unser Bewusstsein steht unter Schärfungsdruck. Dabei zeigt sich immer wieder, dass diese Leistungsvorgabe in ihr Gegenteil umschlagen kann und es oft auch tut. Aus der Optik weiß man ja, dass überscharfe Einstellungen zu Verzerrungen führen können. Ein prägendes Beispiel hierfür ist unsere begrifflich hypersensible Zeit. Missverständnisse lauern überall: Ein angeblich zeitgemäßes Wort hier, eine vermeintlich abgelebte Bezeichnung dort, und schon gerät die halbe Welt in Aufruhr. Und wer soll's richten? Die Sprache selbst? Worte werden zu Tätern, der Text zum Tatort. Da helfen nur noch die selbsternannten oder in quasiideologischem Auftrag agierenden Sprachreiniger. Könnte es jedoch nicht sein, dass diese Neigung zu einer angeblichen Spracheindeutigkeit zwecks Schaffung verkennungs-freier Räume, je ungestümer, ja radikaler sie sich zeigt, sich plötzlich auf der entgegengesetzten Seite des Pendels wiederfindet? Führt die im Namen von „Solidarität“, „Gleichberechtigung“ und „Inklusion“ eingeführte Eingrenzung des Sprachgebrauchs in

Wahrheit womöglich noch zu einer Ausgrenzung derer, die „anders“ sind, weil sie „anders“ denken? Eine solche Überregulierung kann auf Dauer nur die einseitige Abstumpfung des Denkens und Sprechens zur Folge haben.

Von Max Frisch stammt die Bemerkung, er habe keine Sprache für die Wirklichkeit. Sprache verstand er als eine Annäherung an das Eigentliche, ohne dieses jemals wiedergeben zu können. Als Schriftsteller galt sein Interesse „dem Weißen zwischen den Worten“. Dagegen sprächen die Worte selbst stets nur von „Nebensachen, die wir eigentlich gar nicht meinen“. Beim Versuch des sprachlichen Festhaltens von „faktischer Wirklichkeit“ entstehen Unschärfephänomene, die den darzustellenden

Gegenstand in ein „unscharfes Licht“ stellen. Frisch bezeichnete dies als ein „Drum-herum-Schreiben“. Doch sei dieser Umstand nicht als Manko zu verstehen, im Gegenteil: Vielmehr mache diese Art des Schreibens Literatur aus. Obwohl für die Politikersprache andere Voraussetzungen gelten, so lohnt es sich auch im öffentlichen Diskurs, mehr diesen Wortlücken, dem Ausgesparten und Nicht-Gesagten nachzuspüren. Mit Blick auf das Ganze ist vielleicht keine sprachskeptische Frage aktueller als jene, die Horatio in Shakespeares *Hamlet* gestellt hat: „Ist es nicht möglich, uns in einer anderen Sprache zu verständigen?“ Denn der politische Wörterbeutel scheint leer, alle „goldenen Worte sind ausgegeben“.

Importiert, islamisiert, integriert

Andreas Jacobs
Geboren 1969 in Kleve,
Stellv. Leiter, Haupt-
abteilung Analyse
und Beratung, Konrad-
Adenauer-Stiftung.

Geschichte und Gegenwart des Antisemitismus unter Muslimen

Seit dem Massaker der Hamas am 7. Oktober 2023 ist der Antisemitismus unter Muslimen in Deutschland ein Dauerthema.

Sicherheitsbehörden und Politiker beklagen einen dramatischen Anstieg antisemitischer Übergriffe von Personen mit muslimischem Hintergrund. Andere Stimmen kritisieren die Stigmatisierung von Muslimen. Rechtsradikale entdecken den islamischen Antisemitismus als Ablenkungsdiskurs von Judenfeindschaft und Rassismus in den eigenen Reihen. Der islamische Antisemitismus ist so zur Chiffre und Projektionsfläche für Debatten um Schuldabwehr, Opferkonkurrenz

und Rassismuskritik geworden. Dabei belegen Umfragen, dass bestimmte Formen und Ausprägungen des Antisemitismus gerade unter Muslimen stark verbreitet sind.¹

Eine Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung kam bereits vor dem 7. Oktober zu dem Befund, dass Menschen muslimischen Glaubens durchschnittlich signifikant höhere Zustimmungswerte für antisemitische Aussagen aufweisen als Christen und Konfessionslose. Die Studie weist außerdem darauf hin, dass Muslime mit Migrationshintergrund häufiger antisemitische Vorstellungen vertreten als andere Personen mit Migrationshintergrund.² Nach einer Befragung der Bertelsmann Stiftung vergleichen 68 Prozent der Muslime die Behandlung der Palästinenser durch die israelische Politik mit den Taten der Nationalsozialisten. Der Vergleichswert der deutschen Gesamtbevölkerung liegt bei 43 Prozent. Außerdem verweist die Bertelsmann-Studie auf eine auffällige Korrelation zwischen Religiosität und Antisemitismus.³ Wie sind diese Verbindungen zwischen Juden Hass, islamischer Religiosität und Zuwanderung zu erklären?

Koranische Quellen

Sowohl der Koran als auch die Prophetenüberlieferung enthalten nicht wenige Textstellen, die jüdenfeindlich gelesen werden können und tatsächlich auch so gelesen werden. Allerdings gibt es auch Textstellen, die mit Hochachtung über Juden sprechen. Juden werden in den frühislamischen Quellen als Empfänger der gleichen Offenbarung betrachtet. Dementsprechend groß ist aufseiten Mohammeds zunächst die Hoffnung, dass sich gerade die Juden den Muslimen anschließen würden. Mit dieser Hoffnung wird die Übernahme jüdischer Traditionen und Rituale (Fasten, Gebetsrichtung, Speiseregeln et cetera) in die muslimische Lebensweise erklärt. Als die Anerkennung Mo-

1 Vgl. beispielsweise: Antisemitismus in Deutschland. Eine Repräsentativbefragung, American Jewish Committee / Lawrence and Lee Ramer Institute, Berlin 2022.

2 Vgl. Dominik Hirndorf: Antisemitische Einstellungen in Deutschland. Repräsentative Umfrage zur Verbreitung von antisemitischen Einstellungen in der deutschen Bevölkerung, Monitor Wahl- und Sozialforschung der Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin, Juli 2023, S. 9.

3 Vgl. Antisemitismus, Rassismus und gesellschaftlicher Zusammenhalt, Religionsmonitor Kompakt, Bertelsmann Stiftung, Dezember 2023, S. 6.

4 Vgl. hierzu das Standardwerk von Johan Bouman: Der Koran und die Juden. Geschichte einer Tragödie, Darmstadt 1990.

hammeds seitens der Juden jedoch ausblieb, ändert sich die koranische Sichtweise. Aus den jüdischen Schriftbesitzern und Monotheisten werden daraufhin Schriftverfälscher und Häretiker. Aus den erhofften Verbündeten und Anhängern werden Gegner, die nach der koranischen Erzählung zum Großteil vertrieben, versklavt oder getötet wurden.⁴

Es ist dieser Kontext, auf den sich jene Koranstellen beziehen, die heute von muslimischen Antisemiten als Beleg für den vermeintlichen Hass (des islamischen) Gottes auf die Juden herangezogen werden. Die „klassische“ islamische Judenfeindschaft des 7. und 8. Jahrhunderts bezieht sich aber auf das Verhalten bestimmter Akteure in einem bestimmten historischen Zusammenhang. Als theologisch begründete, universale Sichtweise auf das Judentum kann sie nicht gelten.

Unterordnung und Bereicherung

Für diese Sichtweise spricht, dass sich Juden und Muslime im islamischen Herrschaftsbereich durchaus gegenseitig bereicherten. Solange sie die Autorität muslimischer Herrscher anerkannten, ging es Juden im islamischen Mittelalter oft besser als ihren Glaubensbrüdern unter christlicher Herrschaft. Dass es im islamischen Raum zu keinerlei Diskriminierungen und Verfolgungen kam, ist allerdings ein

Mythos.⁵ Juden mussten gelbe Abzeichen tragen, hohe Steuern zahlen und niedere Arbeiten verrichten. Ausgerechnet im für religiöse Toleranz gerühmten al-Andalus ereignete sich im Jahre 1066 der erste dokumentierte Massenerschießung an Juden auf europäischem Boden. Dennoch sind die Unterschiede zwischen islamischem und christlichem Antijudaismus augenfällig. Die koranischen Schilderungen bemühen eine Perspektive muslimischer Stärke und Überlegenheit. Anders als in den christlichen Traditionen werden die Juden als störrisch und unbedeutend dargestellt. Mit den Kreuzzügen, später der Reconquista und den osmanischen Eroberungen drangen dann aber allmählich christliche Antijudaisten auch in den islamischen Raum vor.

Importierter Antisemitismus

Der moderne Antisemitismus, der seit dem 18. Jahrhundert den Juden Hass pseudowissenschaftlich und biologisch zu legitimieren versuchte, ist erst seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts im islamischen Raum nachweisbar. Importiert wurde er durch europäische Diplomaten, Missionare und Intellektuelle. Als hilfreiche Elemente der Weltdeutung in der Auseinandersetzung mit Kolonialmächten und einer als krisenhaft empfundenen Moderne wurden Juden allmählich auch im Nahen Osten als allmächtige Verschwörer imaginiert. Verstärkt, aber nicht verursacht durch die zunehmende Einwanderung europäischer Juden nach Palästina, tauchten in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, also viele Jahre vor der Staatsgründung Israels, aus Europa bekannte antisemitische Stereotype und Argumentationsmuster bei muslimischen Denkern auf. Dieser Wahrnehmungswandel dockte am traditionellen islamischen Judenbild an: Solange Juden der Herrschaft von Muslimen unterworfen waren, stellten sie keine Bedrohung dar. Fordern sie

5 Vgl. hierzu Georges Bensoussan: Die Juden der arabischen Welt. Die verbotene Frage, Berlin/Leipzig 2019, S. 146.

6 Vgl. Guido Steinberg: Die Muslimbruderschaft und die Hamas. Zu den ideologischen Wurzeln von islamistischem Juden Hass und Antisemitismus, SWP-Aktuell 2023/A 65, 18.12.2023.

7 Vgl. hierzu das Standardwerk von David Motadel: Für Prophet und Führer. Die islamische Welt und das Dritte Reich, Stuttgart 2017.

aber Gleichberechtigung oder erlangen sie sogar Macht über Muslime, müssen sie bekämpft werden.

Vor allem für den sich damals institutionalisierenden Islamismus war diese Vorstellung von Beginn an mit prägend. Einer seiner Vordenker, der ägyptische Volksschullehrer Hasan al-Bannā, gründete 1928 mit der Muslimbruderschaft nicht nur die Keimzelle nahezu aller modernen islamistischen Bewegungen bis hin zur heutigen Hamas, er legte mit seinen Warnungen vor der „jüdischen Gefahr“ auch die Grundlagen für einen antisemitischen Aktivismus und Terrorismus im islamistischen Denken. Die zunehmenden Anschläge auf Juden und jüdische Einrichtungen, die sich in den 1940er-Jahren in Kairo und anderswo ereigneten, gingen fast immer auf das Konto von Muslimbrüdern.⁶

Nazis und Islamisten

Nahezu zeitgleich mit den Muslimbrüdern waren in Europa die faschistischen Massenbewegungen entstanden. Vor allem die Nationalsozialisten erkannten ideologische Parallelen zum Islamismus und bemühten sich ab den 1930er-Jahren um die Förderung des islamisch legitimierten Antisemitismus. Beraterprogramme, Radiosender und Übersetzungen kamen ebenso zum Einsatz wie religiöse Rhetorik und Motivik.⁷ Als Schlüsselfigur gilt der Großmufti von Jerusalem, Mohammed Amin al-Husseini – ein glühender Antisemit. Al-Husseinis Rolle und allgemein der Einfluss

der Nationalsozialisten auf die Formierung antisemitischer Konzepte im arabischen und muslimischen Raum sind seither Gegenstand akademischer Debatten.⁸ Sicher ist: Spätestens seit den 1940er-Jahren waren diese Ideen weit verbreitet.

Der bis heute wichtigste islamistische Denker, der 1966 hingerichtete Ägypter Sayyid Qutb, legte mit dem Essay *Unser Kampf mit den Juden* 1950 die in diesem Kontext bis heute zentrale Kampfschrift vor. Koranische Erzählungen werden in dem kurzen Traktat aus dem Kontext gerissen, mit modernen antisemitischen Stereotypen vermengt und als Geschichte einer ewigen und globalen Feindschaft zwischen Muslimen und Juden konstruiert. Adolf Hitler erscheint als Gesandter Gottes, die Judenvernichtung als gerechte Strafe. Millionenfach verbreitet, wird dieser Text in den folgenden Jahrzehnten zur Referenz des Judenhasses im islamischen Raum. Die Islamisierung des Antisemitismus war vollzogen.

Judenhass als Mainstream

Auch säkulare und nationalistische Akteure bedienten sich dieser Referenzen. Die Staatsgründung Israels führte nicht nur zum arabischen Angriff auf den jungen jüdischen Staat, sondern von Marokko bis Irak auch zur Enteignung und Vertreibung Hunderttausender arabischer Juden. Der ideologische und propagandistische Unterbau hierfür kam aus dem Antiimperialismus der politischen Linken und von den Islamisten. Kommunisten und Islamisten wurden von den arabischen Machthabern zwar verfolgt, ihre Begründungen des Judenhasses waren jedoch hochwillkommen. Selbst die arabisch-israelischen Annäherungen in den 1980er- und 1990er-Jahren änderten daran wenig. Kontakte zu Juden und nach Israel waren Sache der Machteliten. Die breite Bevölkerung blieb außen vor. Ab Mitte der 1990er-Jahre fand der An-

⁸ Vgl. hierzu Matthias Kuntzel: *Islamischer Antisemitismus*, CARS-Working Paper, Nr. 4, Aachen 2022.

tisemitismus durch Satellitenfernsehen, das Internet und später die sozialen Medien neue Verbreitungskanäle. Verstärkt durch Schulbücher, Nachrichten, Fernsehserien und Predigten, wurde er unter dem Deckmantel der Israelkritik in den meisten islamischen Ländern zum politisch-gesellschaftlichen Mainstream.

Aber es gab und gibt Hoffnungsschimmer. Wo sich Regierungen und Zivilgesellschaft der islamistischen Propaganda entgegenstellen, findet der Judenhass Grenzen. In den 1990er-Jahren tobte in Ägypten zwar die blutige Auseinandersetzung zwischen Islamisten und Regime – gleichzeitig bewarben Reisebüros in der Kairoer Innenstadt die direkte Busverbindung nach Tel Aviv mit der israelischen Flagge. Heute völlig undenkbar. In jüngerer Zeit sind es vor allem die Golfstaaten, die andere Wege gehen. Nachdem über Jahrzehnte von hier aus der islamisierte Antisemitismus verbreitet und finanziert worden war, haben vor allem die Vereinigten Arabischen Emirate und Saudi-Arabien erkannt, dass die Gefahr für das eigene Politik- und Gesellschaftsmodell nicht von Israel und den Juden, sondern vom Iran und von den Islamisten ausgehen.

Und in Deutschland?

Globalisierung, Migration und die sozialen Medien haben die spezifischen Formen und Ausprägungen des islamischen Antisemitismus in Deutschland abrufbar gemacht. In mindestens drei Richtungen wäre deshalb gegenzusteuern: *Erstens* sollten außenpolitisch die Kooperationsbeziehungen zu jenen islamischen Staaten verstärkt werden, die sich nachhaltig für eine politische und gesellschaftliche Normalisierung mit Israel einsetzen. *Zweitens* muss der Einfluss islamistischer und autoritärer Staaten und Akteure auf muslimische Strukturen in

Deutschland reduziert und die institutionelle Beheimatung des Islam hierzulande religionspolitisch vorangetrieben werden. *Drittens* ist im Rahmen dieser Strategie eine Auseinandersetzung mit den theologisch begründeten Quellen der Judenfeindschaft im Islam notwendig, auch im islamischen Religionsunterricht.⁹ Unabhängig davon, ob der bei deutschen Muslimen verbreitete Juden Hass als importiert, reimportiert, islamisch, islamistisch oder israelbezogen kategorisiert wird – er ist längst in antisemitische Diskurse in Deutschland integriert.

⁹ Vgl. Ednan Aslan: „Das Judentum im islamischen Religionsunterricht“, in: ders. (Hrsg.): *Handbuch Islamische Religionspädagogik*, Teil 1, Göttingen 2022, S. 877 f.

Anmerkung der Redaktion: Dies ist der zweite Teil einer Reihe von Beiträgen zum Thema „Antisemitismus“, die in diesem Jahr fortgesetzt wird. Der erste Teil dieser Reihe stammt von Marko Martin: „Im Gewand der Moral. Über die nicht zuletzt linken Wurzeln des gegenwärtigen Juden Hasses“, in: *Die Politische Meinung*, Nr. 584, POM 24/I, Februar 2024, S. 99-102.

Prozess der Heilung?

Christoph Plate
Geboren 1961 in Höxter,
2017 bis 2023 Leiter
des Medienprogramms
Subsahara-Afrika der
Konrad-Adenauer-Stiftung
mit Sitz in Johannesburg/
Südafrika, seit 2023
Leiter des Medienpro-
gramms Südosteuropa mit
Sitz in Sofia/Bulgarien.

Europäische Restitution und afrikanische Museen

In Deutschland sollte man beim Gang ins Museum bereits vorab eine Haltung zu dem haben, was man dort sehen wird. Idealerweise erachtet man die bedingungslose Restitution afrikanischer Kunstschatze als eine gute Sache. Zwischentöne und Nachfragen, auch Zweifel sind bei einer scheinbar klaren Angelegenheit unangebracht. Und wir stehen nun einmal alle gern auf der richtigen Seite der Geschichte.

Im MARKK – Museum am Rothenbaum. Kulturen und Künste der Welt in Hamburg, früher hieß es Völkerkundemuseum – fand 2022 eine Ausstellung mit dem selbstanklagenden Titel „Benin. Geraubte Geschichte“ statt. Auch Kulturstaatsministerin Claudia Roth, die ein halbes Jahr später gemeinsam mit der Bundesaußenministerin Anna-Lena Baerbock und einigen Dutzend Plastiken nach Nigeria flog, war da. Damit diese beschwerliche Debatte um Rückgabe und koloniale Verstrickung endlich entschieden ist, die Geschichte begraben werden kann, man nicht immer mit schlechtem Gewissen den afrikanischen Partnern bei Konferenzen begegnet, nur weil man noch etwas in der Asservatenkammer am Rothenbaum oder im Humboldt Forum hat.

Im MARKK – Museum am Rothenbaum. Kulturen und Künste der Welt in Hamburg, früher hieß es Völkerkundemuseum – fand 2022 eine Ausstellung mit dem selbstanklagenden Titel „Benin. Geraubte Geschichte“ statt. Auch Kulturstaatsministerin Claudia Roth, die ein halbes Jahr später gemeinsam mit der Bundesaußenministerin Anna-Lena Baerbock und einigen Dutzend Plastiken nach Nigeria flog, war da. Damit diese beschwerliche Debatte um Rückgabe und koloniale Verstrickung endlich entschieden ist, die Geschichte begraben werden kann, man nicht immer mit schlechtem Gewissen den afrikanischen Partnern bei Konferenzen begegnet, nur weil man noch etwas in der Asservatenkammer am Rothenbaum oder im Humboldt Forum hat.

Dass Nigerias Präsident die von Roth und Baerbock heimgeschafften Bronzen, seinerzeit hergestellt mit aus Deutschland geliefertem Messing, an einen König, den Oba, in dessen Familiengeschichte sich düstere Flecken – Sklavenhandel! – finden, weitergab, war im Voraus zu ahnen. Der Afrikakorrespondent der *Süddeutschen Zeitung* hatte

bereits ein halbes Jahr, bevor Roth und Baerbock nach Nigeria reisten, geschrieben: „Wer ist schon der Oba, sagten manche Befürworter des Museums in Berlin, London und Lagos. Ein König ohne Macht“ (Bernd Dörries, *Süddeutsche Zeitung*, 23. April 2022). Und auch die Nigeria-Experten im Auswärtigen Amt dürften auf diese Gefahr hingewiesen haben. Aber es macht sich nicht gut, wenn einem Geschädigten etwas zurückgegeben wird und man dann auch noch bestimmen möchte, was damit unbedingt und auf gar keinen Fall zu geschehen habe.

Verstörende Selbstgewissheit

Die Lage ist doch komplizierter als bei einem Raub. Und die Debatte wird in einem Ton geführt, bei dem nicht klar ist, ob man die Selbstbezeichnung braucht, um sich besser zu fühlen, weil man ja endlich wieder auf der Seite des Guten steht.

Deutschland, oder der kleine Teil der Gesellschaft, den das Thema interessiert, hatte sich gründlich auf die Rückgabe vorbereitet, wie etwa durch die Ausstellung in Hamburg. Andreas Kilb lobte diese in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* und merkte kritisch an, die Folgerung, dass „die Blütezeit Benins ein Nebenprodukt des Kolonialismus war“, werde „in der Hamburger Ausstellung nur hinter vorgehaltener Hand gezogen“ (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 5. Januar 2022). Dabei war die Ausstellung von einer Betulichkeit geprägt, die unentspannt wirkte, immer bedacht darauf, dass möglichst viele Menschen bitte merken sollen, dass man sich selbstkritisch seiner Geschichte gestellt hat und nun auch Vergebung erwarten kann. Viele der in Hamburg ausgestellten Exponate stammten von Händlern; sie waren also nicht geraubt worden, soweit die Provenienzforschung das bestätigen kann. Dennoch wurden sie mit dem Unterton ausgestellt, dass alle Europäer natürlich in Afrika ge-

raubt hätten und wir Deutschen auch schuldig seien und zurückgeben müssten.

Auf einen Deutschen, der die vergangenen sechs Jahre in Afrika verbracht und dabei viele Museen besucht hat, wirkt dies wie eine sehr deutsche Diskussion, die die vielen afrikanischen Wirklichkeiten des Umgangs mit Geschichte und Artefakten ignoriert.

Offenbar will man keine wirkliche Auseinandersetzung, sondern eine Wohlfühlveranstaltung, bei der erklärt wird, man habe sich schuldig gemacht, bereue das aber und wolle jetzt bitte schön Nachsicht und Vergebung. Viele Diskutanten in Deutschland genehmigen sich dabei eine Selbstgewissheit, wieder einmal alles richtig zu machen, die verstörend wirkt. Geschichte, auch und gerade in Afrika, ist vielfältiger, auch reicher und oft viel weniger eindeutig, als es sich im Feuilleton plakativ abbilden ließe.

Fremdheit zum Eigenen

Ich bin mit Museen aufgewachsen. Am besten fand ich immer jene, die erklärten, dass man selbst, die Mitschüler, die Familie und die Freunde Teil einer größeren Geschichte sind. Und dass es unsere Aufgabe ist, zu versuchen, die Gegenwart mitzugestalten. Als Erwachsener bin ich in Afrika immer wieder in Museen gegangen. Ich habe mich dabei oft fremd gefühlt, weil diese Ausstellungen wie die halbherzige Fortsetzung eines Konzepts wirken, das die Kolonialherren hinterlassen hatten. Sie schienen keine Verbindung mit dem Leben draußen zu haben. Es gibt nur wenige Museen in Afrika, in denen nicht auf vergilbten oder schlecht beleuchteten Schautafeln erklärt wird, dass der erste Homo erectus in Afrika durch die Savanne schritt. Der Stolz auf die eigene Geschichte scheint jedoch selten dabei hervor.

Ich wollte immer Lucy sehen, das Skelett einer über drei Millionen Jahre alten

aufrecht gehenden Frau. Sie liegt in einem Schaukasten in Addis Abeba, der Hauptstadt Äthiopiens. Bei solchen Museumsbesuchen versuche ich mich hineinzusetzen, etwa in einen äthiopischen Vater, der am Sonntag seine Kinder ins Museum führt, damit sie etwas von der Geschichte verstehen, deren Teil sie sind. Doch leider scheint das Nationalmuseum in Addis Abeba unterfinanziert. Jedenfalls kümmert man sich nicht so recht oder weil man es nicht für wichtig hält, den Teppichboden zu säubern oder auch nur ausreichende Beleuchtung zu installieren, damit Besucher die Schautafeln lesen können. Da hängen Bilder und Exponate an den Wänden ohne Erklärungen. Immerhin ist in dieser distanzierten Ansammlung von Ausstellungsstücken das Skelett von Lucy in einer ordentlichen Vitrine geschützt.

Die uninspirierte Zurschaustellung von Exponaten steht in lebhaftem Kontrast zur Kreativität der Menschen unmittelbar vor dem Museum, die versuchen, ihre Gebrauchskunst aus Holzlöffeln und schnellen Ölbildern des afrikanischen Alltags an die Museumsbesucher zu verkaufen. Drinnen äußert sich eine Fremdheit zum Ausgestellten, die erschreckend wirkt, vielleicht aber auch erklärbar ist, weil das museale Konzept, dem dort gefolgt wird, eben auch ein koloniales Erbe ist. Es entsteht eine Fremdheit zum Eigenen.

Gefrorene, erstarrte Geschichte

Kuratoren in Deutschland, die Beninbronzen und anderes zur Schau stellen, sind oft genug in Afrika unterwegs, um zu wissen, dass ihre Kollegen in Nigeria oder Kenia meist keine oder sehr kleine Budgets haben. Oder dass sie die Wirklichkeit nicht abbilden können, weil sie den Herrschenden nicht gefällt. So gibt es in Addis Abeba zwar ein Museum über die Verbrechen unter der kommunistischen Herrschaft

der äthiopischen Militärjunta *Derg* von Mengistu Haile Mariam; die Untaten unter Kaiser Haile Selassie oder den tigräiischen Herrschern um Meles Zenawi harren jedoch der breiten Aufarbeitung.

Selten sind Museen in Afrika so vorwärtsgerichtet und nehmen die Besucher in die Pflicht wie etwa im Apartheid-Museum oder im Holocaust- und Genozid-Zentrum in Johannesburg. Dort wird vor allem über die Shoa und daneben über die Apartheid, den Genozid in Ruanda und auch über jenen an den Armeniern informiert.

Viele andere Museen auf dem Kontinent sind dagegen gefrorene, wie erstarrte Geschichte, etwa das „Museum der schwarzen Zivilisationen“ in Dakar, Senegal, das *Musée des Civilisations Noires*, ein imposanter Bau, errichtet von Chinesen. Draußen an den Säulen hängen große Messingschilder, die darauf hinweisen, wer dieses Gebäude wann und warum eingeweiht hat. Zuerst steht der chinesische Text, darunter der französische, der den senegalesischen Besuchern, die bereit sind, vier Euro Eintritt zu zahlen, erklärt, was man eigentlich sieht. Es gibt Schautafeln, auf denen erklärt wird, wann zum ersten Mal Afrikaner am Victoriasee einen Kaiserschnitt vorgenommen haben. All das wirkt wie der ungelente Versuch, umgeben von chinesischem Bombast zu erklären, dass auch Afrika eine Entwicklung durchlaufen habe. Das ist unbestritten, aber es wirkt paternalistisch, gut gemeint, am Ziel vorbei. Es werden Fotografien schwarzer Gesichter gezeigt, von Barack Obama bis Macky Sall. Das Ganze strahlt eine protzige Lustlosigkeit aus in einer Ästhetik, die nicht bereit scheint, mit dem Betrachter in einen Dialog zu treten. Es tropft Kondenswasser von der hohen Decke.

Das Nationalmuseum in Sambias Hauptstadt Lusaka erinnert äußerlich an ein Gebäude auf dem Berliner Alexanderplatz zu DDR-Zeiten. Früher war dies ein Museum zum

Ruhme der Einheitspartei *United National Independence Party* (UNIP) unter Kenneth Kaunda, dem Präsidenten, der mit seinem weißen Taschentuch in der Hand oft öffentlich geweint hat. Unter dem späteren Präsidenten Frederick Chiluba sei dann, sagt der Kartenverkäufer am Eingang stolz, das Ganze zu einem Museum für die Nation geworden.

Man geht eine Treppe hinauf, und oben auf den umlaufenden Balkonen des Innenhofs wird die Geschichte der Region erklärt, vom *Homo erectus*, den es auch in Sambia gab und der von dem Schweizer Minenarbeiter Tom Zwigelaar entdeckt worden sei. Warum es immer Weiße waren, die die ersten Menschen in Afrika entdeckten, fragt man sich, denn Donald Johanson und Tom Gray gelten als die Entdecker von Lucy, obwohl selbstredend Heerscharen schwarzer Arbeiter, Fahrer und Geologen an der Suche beteiligt waren.

Im Museum in Lusaka geht man sehr entspannt mit historischen Details um. Manchem Museumsmacher aus Europa würde gar nicht gefallen, wie Geschichte in ihrer Vielfalt und so widersprüchlich, wie sie nun einmal ist, dargestellt wird. So ist die Rede von *European agents*, gemeint sind die ersten Händler und vermutlich auch Missionare. Natürlich habe es damals auch in Sambia lokalen Sklavenhandel gegeben, nur sei der eben viel weniger brutal gewesen als der europäische, denn Sklaven seien oft Schuldner gewesen, die ihre Schuld hätten abarbeiten müssen, jedoch in die Familien integriert gewesen seien, erklärt eine Schautafel. Würde ein europäischer Kurator, etwa in Deutschland, so etwas schreiben: Er müsste sich vermutlich nach einer anderen Betätigung umsehen, weil er etwas aussprach, das es nicht geben durfte.

Selbst wenn es eigentlich ein Museum für die Nation werden sollte, kamen die Kuratoren nach dem Tod Kenneth Kaundas nicht

umhin, eine hagiographische Schau über ihn herzurichten: Auf Tafeln wird über seine Geburtstage, seine Liebe zum Golfspiel, seine Besuche bei Saddam Hussein in Bagdad, bei Martin Luther King und Mao Tse-tung berichtet. Auch ein Bild mit Nicolae Ceaușescu, dem rumänischen Diktator, bei der Jagd 1979 ist dabei; zehn Jahre später wurde der Herrscher aus Bukarest selbst gejagt und exekutiert.

Unter kritischen Museumsexperten in Afrika werden Rückgaben durchaus diskutiert. So schreibt der ugandische Kurator Nelson Adebó Abiti gemeinsam mit dem Schweizer Anthropologen Thomas Laely über die Notwendigkeit zur Differenzierung in der Restitutionsdebatte. „Viele kulturgeschichtliche Museen in Afrika ringen immer noch mit der Tatsache, dass sie selbst Produkte der Kolonialherrschaft sind“ (*Towards a renewed concept of museum in Africa – and in Europe, Conference paper*, 16. Februar 2021). Dekolonisation könne nicht allein auf den schlichten Vorgang der Rückgabe reduziert werden, vermerken die beiden kritisch. Doch genau das scheint das deutsche Beispiel zu dokumentieren: Bevor die Exponate, ob nun gekauft oder gestohlen oder gar geplündert, zurückgegeben werden, werden sie alle nochmals in einer großen Schau gezeigt. Anschließend kann man sich an der Erzählung erwärmen, dass man ja zu den Guten gehört, weil man die Exponate zurückgegeben hat. Abiti und Laely weisen auch darauf hin, dass gerade Museen in Afrika, die Rückgaben erhalten, oft genug jene Einrichtungen waren, die ursprünglich am Raub oder Erwerb unter der Kolonialherrschaft beteiligt gewesen sind.

Ein wenig zu oft betonen Kuratoren in Europa, dass die Rückgabe von Artefakten aus der Kolonialzeit ein Prozess der Heilung sei. Das klingt gut, muss aber genauer untersucht werden: Heilung für wen, und wird das Thema dadurch nicht ein wenig überhöht?

„Europa kann schneller und besser werden“

Lena Düpont

Geboren 1986 in Dortmund, seit 2019 Mitglied der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) im Europäischen Parlament.

Über das Entwicklungspotenzial der Europäischen Union und die Wahl zum Europäischen Parlament

Frau Düpont, mit Blick auf die Krisen in der Welt: Was ist Europas Hauptaufgabe?

Lena Düpont: Durch den russischen Angriffskrieg ist die Gründungserzählung eines Europas des Friedens, der Freiheit und der Stabilität aktueller denn je. Dieses existenzielle Thema wird uns in den nächsten fünf bis zehn Jahren, vielleicht sogar weit darüber hinaus, intensiv beschäftigen.

Was leistet die Europäische Union? Wo gibt es Defizite?

Europa bietet zahllose praktische Vorteile, die für uns bereits alltäglich geworden sind, aber in anderen Weltregionen fehlen – wie das ungehinderte Reisen, die gemeinsame Währung. Aber im Kern geht es darum, Frieden, Freiheit und Stabilität zu bewahren. Seit fast achtzig Jahren



herrscht Frieden zwischen den vorher oft tief verfeindeten Staaten der heutigen Europäischen Union. Wie kostbar dieser Frieden ist, erfahren wir durch die Geschehnisse in der Ukraine.

Seit einunddreißig Jahren gibt es einen gemeinsamen Binnenmarkt, der für Europa und seine Bürgerinnen und Bürger, insbesondere aber auch für Deutschland, Wohlstand, Wachstum und Innovation ermöglicht. Es bleibt dabei: Es geht um die Verknüpfung aller Mitgliedstaaten in der Wirtschaft und um Harmonisierung in einzelnen Politikfeldern. Politische Themen, die am sinnvollsten europäisch zu lösen sind, müssen wir konsequent gemeinsam regeln. Dagegen gehören Themen, von denen wir wissen, dass eine andere politische Ebene sie genauso gut, manchmal sogar besser erfüllen kann, nicht auf die europäische Agenda. Wir müssen in Europa dringend wieder dahin kommen, dass die Stärken der Europäischen Union – etwa im Binnenmarkt –, nämlich Freiheit und Verantwortung, wieder deutlicher beachtet werden und sich angelehnt an die Soziale Marktwirtschaft und das Prinzip der Subsidiarität stärker etablieren. Das Thema Bürokratieabbau spielt hierbei eine wichtige Rolle.

Was sehen die neuen Regelungen nach der Reform des Asylsystems vor, und wie bewerten Sie diese?

Mit dem neuen Migrations- und Asylpaket haben wir zum ersten Mal in der Geschichte der europäischen Asyl- und Migrationspolitik eine gemeinsame Herangehensweise unter 27 Mitgliedstaaten. Wir werden nun viel früher eine Unterscheidung darüber treffen können, wer schutzberechtigt ist: Wer ist vor Krieg, Verfolgung und Gewalt geflohen und hat

damit ein Recht auf Schutz innerhalb der Europäischen Union? Und wer kommt aus anderen Motiven in die Europäische Union, hat aber entsprechend keinen Anspruch auf Asyl? Es gibt für diese Personen ohne Schutzberechtigung andere Instrumente und Wege, möglicherweise in der Europäischen Union zu arbeiten. Das ist jedoch nichts, was das Asylrecht lösen könnte und sollte. Die Entscheidung über eine mögliche Schutzberechtigung wird künftig an der Außengrenze der Europäischen Union getroffen, sodass nur noch die Menschen innerhalb der Europäischen Union verteilt werden, die auch eine Aussicht auf Schutzberechtigung in den jeweiligen Mitgliedstaaten haben.

Die Reform des Asylsystems konzentriert sich in großen Teilen auf die innere Ordnung in der Europäischen Union. Damit werden wir einen Beitrag zur Verlässlichkeit der Mitgliedstaaten untereinander leisten. In diesem Punkt gibt es auch unter den Mitgliedstaaten eine Vertrauenskrise. Diese Vertrauenskrise zu überwinden, ist neben den inhaltlichen Säulen einer der wesentlichen politischen Pfeiler, den das Asylpaket adressiert.

Sollte die Europäische Union in der Klimapolitik mehr oder weniger leisten?

Wir müssen uns zuerst auf das konzentrieren, was bereits jetzt vereinbart ist. Die Europäische Volkspartei (EVP) hat immer ihre Bereitschaft bekundet, auch ambitionierte Ziele mitzutragen. Man darf dabei nur nicht aus dem Blick verlieren, wie diese Ziele in der Praxis erreicht werden können. Es ist leicht, Zahlenvorgaben auf ein Papier zu schreiben. Wenn sie aber nicht mit Marktanreizen und Unterstützung für diejenigen unterlegt werden, die die Transformation leisten sollen, dann bleiben es nur Zahlen auf dem Papier.

Ist Deutschland für die Wahlen zum Europaparlament am 9. Juni 2024 gut aufgestellt?

Ich würde mir wünschen, dass die europäischen Themen in der politischen Diskussion eine größere Rolle spielen. Bei der letzten Europawahl stand die Frage des Brexit im Vordergrund. Es gab eine intensive Wahrnehmung der Europäischen Union und der Art und Weise, wie wir mit dem Brexit umgehen. Es wäre vielleicht hilfreich gewesen, wenn wir uns in dieser Legislaturperiode stärker auch auf institutionelle Fragen hätten konzentrieren können; stattdessen stand lange aus guten Gründen vor allem die Krisenbewältigung im Vordergrund.

Die bevorstehende Wahl wird eine Richtungsentscheidung darüber sein, wie viel Entwicklungspotenzial diese Europäische Union haben soll. Die Union ist – weiß Gott – nicht perfekt, es gibt vor allem Verbesserungspotenziale bei der institutionellen Zusammensetzung

und der Arbeitsweise. Europa kann schneller, kann besser werden. Aber die Europäische Union im politischen Diskurs infrage zu stellen oder sogar über einen Dexit zu fabulieren, ist unverantwortlich. Er wäre nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch und gesellschaftlich eine Katastrophe.

In Deutschland wurde das aktive Wahlalter von achtzehn auf sechzehn Jahre gesenkt. Ist das eine richtige Entscheidung?

Hinsichtlich des Wahlalters meine ich, dass es gute Gründe gab und weiterhin gibt, es an die Volljährigkeit zu knüpfen. Für die Europawahl ist eine andere Entscheidung getroffen worden. Aber da das nun so entschieden ist, hätte man stärker damit arbeiten müssen. Dazu gehört, dass die Diskussion über Europa im Schulalltag und bei denjenigen, die jetzt erstmals wählen dürfen, stärker verankert werden muss – und zwar nicht als eine national abgeleitete Diskussion, sondern als eine europäische. Es reicht beispielsweise nicht, sich zu denken, was das Baltikum bewegt, man muss die jeweiligen Staaten und Bevölkerungen auch fragen und sich aktiv mit den Antworten auseinandersetzen. Die Komplexität der bevorstehenden Aufgaben muss über die öffentliche Debatte hinaus auch in der politischen Bildung abgebildet werden.

Lassen sich die Menschen bei Europawahlen schwerer als bei anderen Wahlen erreichen?

Die Themen sind nicht viel anders als die, die auf nationaler und auf der Ebene der Bundesländer einschließlich der Kommunen diskutiert werden. Das politische System der Europäischen Union funktioniert nur anders, als wir es auf Bundes- und Landesebene gewohnt sind. Das ist aber die einzige Hürde, die es gibt, und die Europäische Union ist nicht so kompliziert, wie es gern behauptet wird. Bisweilen ist das auch eine Feigenblattdiskussion, weil man sich wenig mit dem, was die Europäische Union macht, auseinandersetzt oder in der politischen Debatte die eigene Verantwortung – den berühmten „Schwarzen Peter“ – abschieben möchte.

Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament gibt es keine Wahlkreise. Leidet dadurch die regionale Anbindung der Abgeordneten?

Innerhalb der christlich-demokratischen Parteienfamilie haben wir für Deutschland den Ansatz gewählt, zumindest auf der Ebene der Bundesländer zu versuchen, eine möglichst enge Anbindung zwischen Brüssel und dem „Wahlkreis“ zu etablieren. Die Abgeordneten stehen vor allem in der Pflicht, möglichst viele Brücken zwischen Brüssel, Straßburg und dem „Betreuungsgebiet“ zu bauen. Insofern leidet die Anbindung der Europaabgeordneten nicht direkt darunter, dass es keine Wahlkreise gibt. Aber der organisatorische und logistische Aufwand ist beträchtlich.

Ich bin beispielsweise für achtzehn flächengroße Landkreise innerhalb Niedersachsens zuständig. Hinderlich ist daher eher, dass es aufgrund von 42 Sitzungswochen jährlich zu wenig Zeit für die „Wahlkreisarbeit“ gibt. Änderungen wären in diesem Punkt erstrebenswert.

Wie ist die Stimmung im Europaparlament und in Ihrer Heimat vor Ort wenige Wochen vor der Wahl?

Im Europaparlament ist die bevorstehende Wahl mit Händen zu greifen. Die Debatten sind noch politischer geworden. Man merkt das an der Schärfe in der Diskussion zwischen den Fraktionen. Auch die sogenannten Schaufensterreden haben zugenommen.

Im „Wahlkreis“ spüre ich, dass aufgrund der Unsicherheiten und Umbrüche, in denen wir uns in Deutschland und international bewegen, das Bedürfnis nach Stabilität und verlässlichen Strukturen größer ist, als dies in den letzten Wahlkämpfen der Fall war. Vor diesem Hintergrund spielen die Themen Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit eine entscheidende Rolle. Das sind Themen, die den Alltag der Menschen berühren; es sind aber auch die Themen, bei denen die Europäische Union vor den größten Herausforderungen steht.

Steht Europa vor einer Schicksalswahl?

Ja, absolut! Während wir uns zu Beginn der letzten Legislaturperiode mit dem Austritt eines Mitgliedslandes beschäftigt haben und damit, was das für den Binnenmarkt bedeutet, stehen wir jetzt vor einer existenziellen Frage: Schaffen wir es, Europa als Friedensprojekt aufrechtzuerhalten?

Im Europäischen Parlament gibt es derzeit sieben Fraktionen, in denen über 200 nationale Parteien vertreten sind. Wie gelingt da die Bildung von Mehrheiten?

Innerhalb des demokratischen Spektrums müssen immer wieder neue Mehrheiten gesucht werden. Das ist eine andere Arbeitsweise als im Bundestag. Das Motto der Europäischen Union „Einheit in Vielfalt“ ist innerhalb des Parlaments deutlich zu beobachten. Das heißt, man braucht sehr gute Verhandlungsfähigkeiten, zwischenmenschlich viel Gespür für Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den Fraktionen und den Parteien innerhalb einer Fraktion.

Darin liegt aber auch die große Stärke der Europäischen Union. Wir haben es auch in tiefen Krisen bisher immer – mal schneller, mal langsamer – geschafft, tragfähige Mehrheiten zu bilden. Zwar haben alle das Bedürfnis, insgesamt schneller zu werden, aber die Kommunikationsfähigkeit über den Tellerrand hinweg ist immer noch der große Zugewinn der Europäischen Union.

In Deutschland gibt es bei den Europawahlen keine Sperrklausel. Führt das zu einer weiteren Zersplitterung im Europäischen Parlament?

Ich bin ein großer Anhänger der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Bei der Europarechtsprechung finde ich aber, dass sie manchmal den Kern nicht ganz getroffen hat. Mit der Absage des Bundesverfassungsgerichts an eine Sperrklausel mit der Argumentation, das Europaparlament sei kein Vollparlament, erschwert man, dass das Europäische Parlament effizienter funktioniert. Im Parlament haben wir auch Kleinstparteien bis zu einzelnen Mandatsträgern, die sich noch nicht einmal einer Fraktion anschließen, was die Mehrheitsfindung erschwert. Ich würde es begrüßen, wenn wir zu einer pragmatischen Regelung kommen würden, damit wir ein stabil mehrheitsfähiges Parlament bilden können, das Entscheidungen als Co-Gesetzgeber schnell und effektiv treffen kann.

Die Europäische Union will in Zukunft neun weitere Länder aufnehmen. Ist die Europäische Union reif dafür?

Die angespannte geopolitische Lage hat auch Auswirkungen auf die Frage der Erweiterungspolitik der Europäischen Union. Das ist die äußere Dimension. Wir arbeiten aber, und das ist die innere Dimension, immer noch mit Entscheidungsfindungsmechanismen, die aus einer Zeit mit zwölf Mitgliedstaaten stammen. Das funktioniert mit 27 Mitgliedstaaten noch gerade so, jedoch eben auch mit Einbußen bei der Reaktionsgeschwindigkeit und Effizienz der Gesetzgebung. Wenn wir darüber sprechen, weitere Staaten aufzunehmen, müssen wir institutionelle Reformen aktiv angehen, damit wir als Staatengemeinschaft weiterhin handlungsfähig bleiben.

Die deutsche Wirtschaft bleibt beim Wachstum auch in Zukunft Schlusslicht in der Europäischen Union. Welche Auswirkungen hat das auf Europa?

Deutschland liegt geografisch in der Mitte der Europäischen Union. Wir haben eine enge Verflechtung zu unseren Nachbarstaaten, knapp neunzig Prozent aller Unternehmen exportieren in den Binnenmarkt. Davon hat die deutsche Wirtschaft in den letzten Jahrzehnten immer stark profitiert. Ein schwächelnder Wachstumsmotor Deutschland hat negative Auswirkungen auf den gesamten europäischen Binnenmarkt. Alle anderen Staaten der Europäischen Union haben deutlich bessere Prognosen und ein zum Teil beachtliches Wirtschaftswachstum. Wir müssen aufpassen, dass wir nicht dauerhaft abgehängt werden.

Das Interview führte Ralf Thomas Baus am 1. März 2024.

Standort Deutschland in Gefahr

Miriam Siemes
Geboren 1997 in Caracas,
Referentin Soziale
Marktwirtschaft, Haupt-
abteilung Analyse
und Beratung, Konrad-
Adenauer-Stiftung.

Stiftung Marktwirtschaft
(Hrsg.): Wirtschafts-
und Industriestandort
Deutschland in Gefahr?
Was zu tun ist und was
man unterlassen sollte,
Kronberger Kreis-Studien
Nr. 71, Berlin 2023,
62 Seiten.

Für mehr Vertrauen in den Markt und eine Rückbesinnung des Staates auf seine Ordnungsfunktion

Optimisten haben es gegenwärtig schwer. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat gezeigt, dass Europas Sicherheitslage fragiler ist, als es sich westliche Regierungen lange Zeit eingestehen wollten. Zudem hat er die Inflation befeuert, insbesondere durch die hohen Energiepreise. Doch damit nicht genug: Der demografische Wandel und der damit verbundene Fachkräftemangel schwächen die deutsche Wirtschaft. Hinzu kommen eine marode Infrastruktur und eine Bundesregierung, die den Eindruck erweckt, überfordert zu sein. Die Angst vor einer

Deindustrialisierung geht um. Längst steht wieder die Frage im Raum, ob Deutschland zum kranken Mann Europas wird.¹

Auf diese beunruhigende Grundstimmung reagiert die Publikation *Wirtschafts- und Industriestandort Deutschland in Gefahr? Was zu tun ist und was man unterlassen sollte*. Verfasser ist der Kronberger Kreis, der wissenschaftliche Beirat der Stiftung Marktwirtschaft, der sich aus den namhaften Ökonomen Lars Feld, Clemens Fuest, Justus Haucap, Heike Schweitzer, Volker Wieland und Berthold Wigger zusammensetzt. Ziel der Publikation ist es, die Frage zu beantworten, „[...] mit welchen wirtschaftspolitischen Mitteln der Industrie- und Wirtschaftsstandort Deutschland verbessert werden könnte“ (S. 5). Das Resultat ist ein Plädoyer für mehr Vertrauen in den Markt und eine Rückbesinnung des Staates auf seine Ordnungsfunktion.

Systemische Herausforderungen

Zunächst wird die Lage des Standorts Deutschland analysiert, um sich danach den notwendigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen zuzuwenden. Deutschland habe im Vergleich zu anderen G7-Ländern einen großen Industrie-sektor, dafür jedoch einen kleinen Dienstleistungssektor. Zudem seien viele Dienstleistungen eng mit industriellen Aktivitäten verbunden, weshalb Industriepolitik in Deutschland gesamtwirtschaftlich betrachtet werden müsse. Die Autoren gehen sodann auf die Faktoren ein, die es dem Standort Deutschland schwer machen, wettbewerbsfähig zu bleiben. Zum einen gebe es grundlegende Trends wie den demografischen Wandel, Schwierigkeiten bei der Digitalisierung, die Dekarbonisierung und Unsicherheiten bei der künftigen Energieversorgung. Auch spielen für die Industrie die Offenheit der globalen Märkte sowie das steuer-

¹ The Economist: Is Germany once again the sick man of Europe?, 19.08.2023.

liche und regulatorische Umfeld in Deutschland eine Rolle. Dies seien systemische Herausforderungen, die bereits vor der Coronapandemie existiert hätten. Aufgrund dieser Probleme entwickle sich Deutschland schlechter als andere G7-Staaten.

Förderung des Standorts Deutschland

Vor diesem Hintergrund kommt der Kronberger Kreis zu dem Ergebnis, dass es durchaus Grund zur Sorge gebe. Die Autoren fordern von der deutschen Wirtschaftspolitik Maßnahmen zu einer zeitnahen Ausdehnung des gesamtwirtschaftlichen Angebotes, die zu einer allgemeinen Ausweitung der Produktionskapazitäten führen. Klassische Beispiele sind unter anderem der Abbau von Bürokratie, das Schaffen innovationsfreundlicher Rahmenbedingungen und die Stärkung des Wettbewerbs. Mithilfe einer solchen Wirtschaftspolitik könne ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum in Deutschland begünstigt werden. Deutschland müsse dafür offen für einen Strukturwandel sein. Der Kronberger Kreis glaubt nicht, dass der Staat die notwendigen Informationen besitzt, um beurteilen zu können, wie der Markt künftig aussehen wird und welche Unternehmen und Produkte in der Zukunft Erfolg haben werden. Dies entscheide der freie Wettbewerb. Der Staat müsse vielmehr die richtigen Bedingungen und Infrastrukturen für den Standort schaffen.

In der Analyse kommt der Kronberger Kreis zu dem Schluss, dass sich die „Transformative Angebotspolitik“ des Bundeswirtschaftsministeriums vom zentralen Gedanken der Angebotspolitik abgewendet habe. Denn das Ministerium lehne eine Ausweitung der Produktionskapazitäten der Wirtschaft aus

Gründen des Klimaschutzes ab. Damit wolle das Ministerium sicherstellen, dass es genügend Ressourcen für die Klimatransformation gebe. Dafür werde eine schwächere allgemeine Wirtschaftsentwicklung in Kauf genommen, was der Kronberger Kreis scharf kritisiert.

Anstelle von Eingriffen in den Markt fordert der Kronberger Kreis von der Bundesregierung ein neues Konzept zur Förderung des Standorts Deutschland. Alle bisherigen Konzepte griffen zu kurz. Erforderlich ist aus Sicht des Kronberger Kreises:

- „1. eine umfassende Strategie zur Stärkung des Arbeitsangebotes, eine Steigerung des Energieangebotes und eine Anpassung an höhere Energiepreise,
2. eine international abgestimmte Klimapolitik, die Klimaschutz und wachsenden Wohlstand miteinander verbindet,
3. eine Verbesserung regulatorischer und steuerlicher Bedingungen für unternehmerische Investitionen und Innovationen,
4. eine ambitionierte Digitalisierungspolitik, die den Ausbau digitaler Infrastruktur beschleunigt, die Aus- und Weiterbildung von digitalen Fähigkeiten ermöglicht und offene Datenmärkte schafft,
5. eine Modernisierung der öffentlichen und grenzüberschreitenden Verkehrsinfrastruktur,
6. eine europäische Handelspolitik, die weitere Handelsabkommen mit Drittstaaten abschließt und sich für eine offene, regelgebundene internationale Handelsordnung einsetzt“ (S. 9).

Wenn die Angebotsbedingungen in diesen Bereichen gestärkt würden, könnte nach Ansicht des Kreises der Strukturwandel in Deutschland gelingen.

Die Publikation kommt zum richtigen Zeitpunkt. Der deutsche Industrie- und Wirtschaftsstandort steht vor großen Veränderungen. Deutschland braucht jetzt die richtigen

Rahmenbedingungen, damit der Wandel gelingen kann. Dafür muss sich die Bundesregierung auf die Aufgabenverteilung zwischen Staat und Markt zurückzubedenken. Erinnern sollte man sich an den Ausspruch Ludwig Erhards: „Ebenso wie beim Fußballspiel der Schiedsrichter nicht mitspielen darf, hat auch der Staat nicht mitspielen.“ Das Problem ist nur, dass der Staat längst mitspielt.

Der Frust der Ordnungsökonomien ist an mancher Stelle der Publikation durchaus spürbar. Besonders die Regierungsentscheidung, den Klimaschutz allen anderen wirtschaftspolitischen Aufgaben überzuordnen, kommentiert der Kronberger Kreis mit Unverständnis. Immer wieder betont er, dass staatliche Eingriffe in die Angebotsstruktur möglichst breit und unspezifisch angelegt werden müssten. Von Subventionen an Chipfabriken, die ohne monetäre staatliche Anreize den Standort Deutschland nie gewählt hätten, hält der Kreis nichts. Auch von einer Subventionierung des Strompreises rät er ab; nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass nur relativ wenige Unternehmen von der spezifischen Subvention profitieren würden.

Dass die Publikation Fehlentwicklungen im Verhältnis von Staat und Markt aufdeckt und thematisiert, ist ein zentraler Ansatz zur Diskussion um die deutsche Wirtschaftspolitik. Was sich Deutschland in dieser angespannten Lage nicht leisten kann, ist ein überlasteter und überforderter Staat, der außerdem noch ständig zugunsten von Partikularinteressen und aus ideologischen Gründen in den Markt eingreift. Eine derart gestaltete Wirtschaftspolitik vergeudet Kraft und Ressourcen, die an anderer Stelle fehlen.

Wichtig und gut begründet ist die Forderung des Kronberger Kreises, das Angebot zu stärken, denn im Kern geht es dabei um die Preisstabilität. Während sich die Nachfrage seit der Pandemie nicht zuletzt dank staatlicher

Finanzspritzen erholt hat, gilt dies für die Angebotsseite des Marktes nicht. Steigt die Nachfrage schneller als das Angebot, steigen auch die Preise. Eine nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik zum jetzigen Zeitpunkt würde die Inflation anheizen.

Die Handlungsempfehlungen des Kronberger Kreises sind zwar nachvollziehbar, bleiben aber allgemein. Sie enthalten zudem wenig Neues und Innovatives. Bereits in den 1970er-Jahren war der unspezifische und allgemeine Ansatz eine Schwäche der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik, deren Instrumentenkasten Karl Schiller seinerzeit spöttisch als „einen Gemischtwarenladen“ bezeichnet hat.²

Warnung vor Protektionismus

An der einen oder anderen Stelle wünscht man sich, dass der Kronberger Kreis auch auf ökonomische Probleme eingegangen wäre, die sich nicht durch ein vergrößertes Angebot lösen lassen. So betont der Kronberger Kreis, dass der Klimawandel mit einem funktionierenden CO₂-Preis bekämpft werden solle. Das ist sicherlich richtig, aber damit ist das globale Trittbrettfahrerproblem nicht gelöst. Staaten fehlt der Anreiz, CO₂-Emissionen zu verteuern, wenn sie von den Anstrengungen anderer Staaten profitieren können, ohne sich selbst an

² Michael Hüther: „Und es hat sich doch gelohnt. Wir müssen unseren Blick für die tatsächlichen Erfolge und Misserfolge der Wirtschaftspolitik schärfen“, Gastbeitrag, Institut der deutschen Wirtschaft (IW), 19.10.2006, www.iwkoeln.de/presse/in-den-medien/und-es-hat-sich-doch-gelohnt.html [letzter Zugriff: 04.03.2024].

den Kosten beteiligen zu müssen. Es wäre deshalb begrüßenswert, wenn der Kronberger Kreis weitere Vorschläge unterbreiten würde, wie CO₂-Emissionen auch mit anderen marktwirtschaftlichen Mitteln bekämpft werden könnten.

Der Kronberger Kreis warnt schließlich vor zu viel Protektionismus. Die Analyse des Kreises bringt treffend auf den Punkt, dass es im Eigeninteresse der deutschen Exportation liege, ein offenes und regelbasiertes internationales Handelssystem zu unterstützen. Nur was geschieht, wenn die Regeln gebrochen werden und es keinen wirksamen Schiedsrichter gibt? Chinesische Automobilunternehmen können heute beispielsweise E-Autos zu Dumpingpreisen anbieten, da sie vom Staat unterstützt werden. Für solche Szenarien findet man in der Publikation Anhaltspunkte, aber noch keine wirklichen Lösungen.

Die Publikation ist kostenfrei bestellbar unter www.stiftung-marktwirtschaft.de/inhalte/publikationen/kronberger-kreis-studien/detailansicht/wirtschafts-und-industriestandort-deutschland-in-gefahr-was-zu-tun-ist-und-was-man-unterlassen-sollte/kronberger-kreis-studien/show/Publications/.

Kampf um die globale Macht

Helmut L. Müller

Geboren 1954 in Murnau am Staffelsee, promovierter Politikwissenschaftler, ehemaliger Ressortleiter Außenpolitik „Salzburger Nachrichten“, freier Autor.

Herfried Münkler: Welt in Aufruhr. Die Ordnung der Mächte im 21. Jahrhundert, Rowohlt-Verlag, Hamburg 2023, 528 Seiten, 30,00 Euro.

Janka Oertel: Ende der China-Illusion. Wie wir mit Pekings Machtanspruch umgehen müssen, Piper Verlag, München 2023, 304 Seiten, 24,00 Euro.

Matthias Naß: Kollision. China, die USA und der Kampf um die weltweite Vorherrschaft im Indopazifik, C.H. Beck Verlag, München 2023, 282 Seiten, 26,90 Euro.

China als neuer Gegenspieler des demokratischen Westens

Es ist ernüchternd, wie Herfried Münkler in seiner herausragenden Studie *Welt in Aufruhr* die internationale Situation einschätzt. Zerfallen ist nach seinem Eindruck mittlerweile die Weltordnung, die in der Zeitenwende von 1989/1991 entstanden ist. Diese Ordnung, die global vom Willen zur Kooperation getragen wurde und in den USA einen Hüter hatte, wird laut seiner Analyse nicht wiederkehren. Stattdessen leben wir erneut in einer Zeit der Kriege und Konflikte, die mit Russlands Angriff auf die Ukraine in die Zentren

der bisherigen Ordnung vorgedrungen sind. Realität ist jetzt die Konkurrenz rivalisierender Großmächte, die miteinander um Einflusszonen auf der Welt ringen.

Vorbei ist damit die „Ära der Sorglosigkeit“, in der sich der demokratische Westen drei Jahrzehnte lang gewöhnt hat. Dahinter stand laut Münklers Analyse die inzwischen als illusionär erkannte Idee, dass die Welt nicht länger geteilt sei, weder machtpolitisch noch ideologisch, sondern immer mehr zusammenwachse.

Vor allem zwei Gründe nennt der deutsche Politikwissenschaftler für diese negative Entwicklung: Zum einen seien die USA bei dem Bemühen, das Wertemodell von liberaler Demokratie samt Marktwirtschaft mittels militärischer Macht in die islamische Welt zu exportieren, „auf der ganzen Linie gescheitert“. Das zeigten die fehlgeschlagenen Interventionen im Irak und in Afghanistan. Zum anderen hätten sich dem Ansinnen, das westliche Politik- und Wirtschaftsmodell möglichst weltweit durchzusetzen, auch China und Russland in den Weg gestellt. China sei zum neuen Gegenpol der USA und zu einem ernst zu nehmenden Konkurrenten mit globalem Anspruch geworden. Russland, unzufrieden mit dem Status quo und dem ihm nach dem Ende des Kalten Krieges zugefallenen Platz in der zweiten Reihe, trete als revisionistischer und imperialistischer Akteur auf.

der Rolle einer Balancemacht spielen. Diese Ordnung ist multipolar, hat jedoch durch den Gegensatz zwischen demokratischen Rechtsstaaten und autoritären Regimen eine starke bipolare Komponente. Es gibt innerhalb des Fünfer-Direktoriums eine klare Rangordnung: Die Europäische Union ist auf der demokratischen Bank der designierte Zweite hinter den USA; China ist Führungsmacht auf der Bank der Autoritären mit Russland als Juniorpartner. Hinter den „fünf Großen“ stellen sich in der zweiten Reihe Staaten wie Brasilien, Indonesien oder Südafrika auf. Demokratische wie autokratische Polmächte bemühen sich darum, diese Länder auf ihre Seite zu ziehen und so ihr Gewicht im globalen Kräfteressen zu erhöhen. Dies zeigen neuerdings ebenso die Anstrengungen des westlichen G7-Verbunds wie der von China angeführten BRICS-Vereinigung – Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika –, den eigenen „Klub“ durch die Aufnahme neuer Akteure zu erweitern.

Fünf große Mächte

Aus gutem Grund verweist Münkler darauf, dass man sich diese neue Weltordnung nicht als ein starres System vorstellen solle. Denn es gibt Auf- und Abstiege, es kann zu einem Platzwechsel sowohl in der ersten Reihe als auch in den Reihen dahinter kommen. Eine Dekarbonisierung der Weltwirtschaft beispielsweise hat massive Folgen für erdöl- und erdgasproduzierende Länder und kann eine technologisch rückständige Rohstoffmacht wie Russland weiter zurückwerfen. Die Europäische Union wird über die Rolle als Wirtschaftsmacht und Regelgeber hinaus nur dann zu einem global gestaltungs-fähigen Akteur werden, wenn sie ihre politische Entscheidungsfähigkeit signifikant steigert.

Der Konflikt mit dem neuen Gegenspieler China ist für den Westen eine Auseinandersetzung, die „wesentlich mit wirtschaftlicher Macht geführt wird“, wie Münkler bemerkt. Viel zu spät haben die USA und Europa

Keinen Hüter und keine globalen Normen hat die neue Weltordnung, die sich allmählich herausbildet. Stattdessen entwirft Herfried Münkler plausibel das Szenario eines Systems von fünf großen Mächten. In dieser Ordnung stehen die demokratischen Mächte USA und Europa den Autokratien China und Russland gegenüber; Indien ist das Zünglein an der Waage, soll also

darauf reagiert, dass China mit seinem Infrastrukturprojekt der Neuen Seidenstraße einen gewaltigen Einflussraum schafft. Zu starke ökonomische Abhängigkeit von China wiederum können US-Amerikaner und Europäer vermeiden, indem sie „diversifizieren“ und mit ihren Geschäften insbesondere auf Indien ausweichen.

Die Russland-China-Achse

Europas Blick auf China ist längst von wachsender Skepsis bestimmt. Die Europäische Union erachtet die Volksrepublik explizit nicht nur als politischen Partner, sondern inzwischen auch als wirtschaftlichen Konkurrenten und Systemrivalen. Mit schonungsloser Schärfe zeigt die Chinaexpertin Janka Oertel, dass unsere Annahmen über Pekings Rolle in der Welt allesamt auf den Prüfstand gestellt werden müssen.

China sei nicht gleich Russland, so eine weitverbreitete westliche Vorstellung. Will heißen: Präsident Xi Jinping erscheine als rationaler politischer Akteur, er werde nicht wie Präsident Wladimir Putin wider jede ökonomische Vernunft einen Krieg anzetteln. Nichts als eine Illusion, kontert die Autorin. Denn Xi habe sich eine absolute Macht gesichert und stehe im Bann seiner kommunistischen Ideologie. Er demonstriere Chinas globalen Machtanspruch und sei im Streit um Taiwan notfalls auch zur militärischen Eskalation bereit.

Das Zusammenspiel von Peking und Moskau sei ein Zweckbündnis und keine Allianz, heißt es im Westen heute oftmals beschwichtigend und beschönigend. Auch die Politikwissenschaftlerin und Sinologin Oertel ist sich der komplizierten russisch-chinesischen Geschichte bewusst. Wladiwostok etwa war bis 1860 chinesisch, ehe es vom russischen Zarenreich erobert wurde. Aber die Autorin hebt hervor, dass die wirtschaftliche und militärische Kooperation Chinas und Russlands zuletzt

stark zugenommen habe. Realität sei ein Schulterchluss zwischen beiden Staaten, zementiert im Verlauf des Ukrainekonflikts. Peking als Vermittler? Wenig wahrscheinlich. China stehe vielmehr fest an der Seite Russlands. Im Nahen Osten unterhält Peking enge Beziehungen mit dem Iran, dessen Regime wiederum Russland unterstützt. Die zwei Autokratien China und Russland geben sich also gegenseitig Rücken- deckung beim Kampf um die Neuverteilung der globalen Macht.

Der demokratische Westen hofft auf die Rückkehr zur gewohnten internationalen Ordnung. Pures Wunschdenken, sagt hingegen Janka Oertel. Es müsse jedermann klar sein, dass Peking nicht wirklich willens sei, sich an die Regeln zu halten. Hinzu komme die China-Russland-Achse. Das vorhandene Konstrukt von Institutionen könne die durch den neuen Systemwettbewerb entstehenden Spannungen kaum noch aushalten. Wer weiterhin eine regelbasierte Ordnung wolle, müsse sie bauen, stellt die Autorin fest, und zwar durch andere Optionen, die auch funktionierten. Ein Netz aus modernen Freihandelsabkommen könne beispielsweise das Nichtagieren der Welthandelsorganisation ausgleichen, ein „Klima-Klub“ engagierter Staaten schnelleres Handeln für mehr Klimaschutz vorantreiben.

Ein globales „Gitterwerk“ aus Bündnissen

Aber globales Regieren ist schwieriger denn je, wie der Asienexperte Matthias Naß in seiner aufschlussreichen Analyse darstellt. Vor allem im Indopazifik ringen die USA und China, die etablierte und die aufsteigende Supermacht, um die „weltpolitische Vorherrschaft“. Den Begriff „Indopazifik“ hat der frühere japanische Premierminister Shinzo Abe geprägt. Er war stets gegen China und dessen Ambitionen gerichtet, die eigene Macht ebenso im Indischen

wie im Pazifischen Ozean auszubauen. Der besorgte Beobachter sieht die USA und China auf Konfrontationskurs; eine „Kollision“ ist demnach keineswegs ausgeschlossen. Die Welt muss schon froh sein, wenn die zwei großen Mächte darauf bedacht sind, dass ihr Konflikt nicht außer Kontrolle gerät.

Washington hält die Politik der Einbindung Chinas in das vom Westen geprägte Welt-system für gescheitert. Es setzt inzwischen auf wirtschaftliche Entkopplung – zumindest par-

tiell, insbesondere im Technologiesektor – und auf militärische Eindämmung. Gegen Chinas Vormarsch will die US-Regierung, so der Nationale Sicherheitsberater Jake Sullivan, ein globales „Gitterwerk“ aus Bündnissen und Partnerschaften mobilisieren. Peking wiederum knüpft ein dichtes Netz von regionalen Abhängigkeiten. China will die USA bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts als Führungsmacht ablösen, zuerst in Asien, dann weltweit. Das ist das Ziel von Pekings „langem Spiel“.

Publikation Mit der Verbreitung von Anwendungen, die auf Künstlicher Intelligenz (KI) beruhen, hat die Digitalisierung der Gesellschaft eine neue Stufe erreicht. Wie KI in der Bevölkerung wahrgenommen und bewertet wird, untersucht die repräsentative Umfrage *Die digitale Spaltung der Gesellschaft*, die am 13. März 2024 erschienen ist.

Publikation Afrikas Gewicht im geopolitischen Wettstreit und bei der Bewältigung globaler Herausforderungen hat in den vergangenen Jahren signifikant zugenommen. Unterdessen ringen die politischen Vertreter des Kontinents um eine gemeinsame Stimme. Die am 1. März 2024 publizierte Studie *Zwischen Repräsentation und Reform* analysiert, welche Ansätze dabei verfolgt werden und welche Rolle insbesondere der Afrikanischen Union zukommt.

Publikation Im Juni 2024 wählen die Bürgerinnen und Bürger ein neues Europäisches Parlament. Wie sie aktuell über die Europäische Union denken, wie sehr sie sich für Europa interessieren und wie sie europapolitische Parteikompetenzen einschätzen, erkundet die repräsentative Umfrage *Die Stimmung vor der Europawahl 2024*, die am 1. März 2024 veröffentlicht wurde.

Publikation Die Studie *Bäumchen wechsel dich? Politische Einstellungen im Wandel* vom 18. Februar 2024 zeigt Veränderungen bei den

politischen Einstellungen der Bevölkerung zwischen Dezember 2022 und Dezember 2023 auf. Unter anderem untersucht sie die Entwicklung von Demokratiezufriedenheit und Institutionenvertrauen.

Publikation Die Entsendung der Fregatte „Hessen“ ins Rote Meer gilt als gefährlichster Einsatz der deutschen Marine seit Bestehen der Bundeswehr. Während Europa verteidigungspolitisch an der NATO-Ostflanke gebunden ist, zeichnet sich ab, dass die konfliktbehaftete Region um das Rote Meer als zusätzliche sicherheitspolitische Herausforderung ein längerfristiges Engagement und weitere Ressourcen der deutschen Marine erfordern könnte. Worum es dabei geht, verdeutlicht die Analyse *Eskalation im Roten Meer*, die am 28. Februar 2024 veröffentlicht wurde.

Personalie Thomas Volk leitet seit Februar 2024 kommissarisch das Auslandsbüro Israel.

Personalie Zum 1. März 2024 hat Andreas Jacobs die stellvertretende Leitung der Hauptabteilung Analyse und Beratung übernommen; Thomas Birringer übernahm die Leitung des Auslandsbüros Ukraine.

Personalie Gerald Frost wird im Mai 2024 als neuer Verwaltungs-Auslandsmitarbeiter für Afrika nach Ghana entsandt.

Die nächste Ausgabe erscheint im Juli 2024 zum Thema:

„Osten“ Räume und Risiken

Mit Beiträgen unter anderen von Michael Kleeberg, Katharina Raabe, Gwendolyn Sasse, Kristin Shi-Kupfer, Ursula Weidenfeld und Hermann Wentker.

Impressum

POM 24/II, Nr. 585, 69. Jahrgang,
ISSN 0032-3446

Die Politische Meinung



**Herausgegeben für die
Konrad-Adenauer-Stiftung von**
Norbert Lammert und Bernhard Vogel

Begründet 1956 von
Otto Lenz und Erich Peter Neumann

Redaktion
Bernd Löhmann (Chefredakteur)
Ralf Thomas Baus (Redakteur)
Cornelia Wurm (Redaktionsassistentin)

Geschäftsführung
Konstantin Otto
Jenny Kahlert (Assistenz)

Anschrift
Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin
Klingelhöferstraße 23, 10785 Berlin
Telefonnummer: (02241) 2462592
ralf.baus@kas.de
cornelia.wurm@kas.de
www.politische-meinung.de

Redaktionsbeirat
Stefan Friedrich, Ulrike Hospes,
Matthias Oppermann, Matthias Schäfer

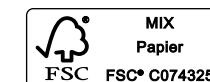
Verlag und Herstellung
Fromm + Rasch GmbH & Co. KG
Breiter Gang 10–16, 49074 Osnabrück
Telefonnummer: (0541) 310-333
kas@frommrasch.de

Konzeption und Gestaltung
Stan Hema GmbH, Berlin
www.stanhema.com

Coverfoto
© Timo Darco, „Chronophotographie : mouvements de la roue“

Bezugsbedingungen
Die Politische Meinung erscheint fünfmal im Jahr. Der Bezugspreis für fünf Hefte beträgt 50,00€ zzgl. Porto. Einzelheft 12,00€. Schüler und Studenten erhalten einen Sonderrabatt (25 Prozent). Die Bezugsdauer verlängert sich jeweils um ein Jahr, sofern das Abonnement nicht bis zum 15. November eines Jahres schriftlich abbestellt wird. Bestellungen über den Verlag oder durch den Buchhandel.

Das Copyright für die Beiträge liegt bei der Politischen Meinung. Nicht in allen Fällen konnten die Inhaber der Bildrechte ermittelt werden. Noch bestehende Ansprüche werden ggf. nachträglich abgegolten. Die Zeitschrift wird mitfinanziert durch Zuwendungen der Bundesrepublik Deutschland.





Aufstehen und durchatmen!

Zum Jahresabschluss 2023 verlor das DFB-Team 0:2 gegen Österreich. Es war ein weiterer Dämpfer in einer langen Reihe enttäuschender Leistungen.

Ist aus Deutschland „die Luft raus“, wie eine Boulevardzeitung nach dem Spiel spottete? Oft wird darüber spekuliert, inwieweit die Fußball-Nationalmannschaft ein Spiegelbild der deutschen Gesellschaft abgibt.

Ab dem 14. Juni 2024 tritt das Team – zunächst gegen Schottland – bei der Heim-Europameisterschaft an. Laut DFB-Präsident müsse das Finale der Anspruch sein. Wir, die längst ernüchterten Fans, sollten das ambitionierte Ziel nach Kräften unterstützen: Leistung fordern und fördern!

Foto: @picture alliance/GES/Marvin Ibo Güngör

